



Interfraktioneller Antrag

20.10.2025

Sicherung von Freiraumbelangen im Regionalen Grünzug

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, zeitnah darzulegen, mit welchen regionalplanerischen Instrumenten innerhalb des Regionalen Grünzuges eine stringente Sicherung von Freiraumbelangen erreicht werden kann.

Begründung:

Der Schutz der verschiedenen Freiraumfunktionen ist für die Gewährleistung der Lebens- und Standortqualität der Region Stuttgart von besonderer Bedeutung. Die einzelnen Aspekte des Freiraumschutzes (z.B. Erholung, Landwirtschaft, Biodiversität, Klimaschutz- und Klimaanpassung) überlagern sich in ihrer jeweiligen räumlichen Ausprägung regelmäßig. Für Verdichtungsräume wie die Region Stuttgart gilt dies in ganz besonderem Maße: Flächen für Naherholung dienen häufig auch der Landwirtschaft, sind gleichzeitig auch Lebensräume für Flora und Fauna und dienen dem lokalen Klima. Um dieser Überlagerung Rechnung zu tragen, erfolgte der Schutz wichtiger Freiflächen bislang durch den Regionalen Grünzug ohne weitere Differenzierung nach einzelnen Freiraumfunktionen.

Damit stand ein Planelement zur Verfügung, das nachvollziehbar und umfassend begründet war, effizient und rechtssicher angewendet werden konnte, den Gemeinden einen ausreichenden und verlässlichen Planungsspielraum ließ und dennoch einen stringenten Schutz des Freiraumes gewährleistete.

Mit den rechtlichen Regelungen zum - notwendigen - Ausbau Erneuerbarer Energien wurde die Wirksamkeit des Regionalen Grünzuges durch die gesetzlich vorgeschriebene Öffnung für Wind und Freiflächen-PV-Anlagen, auch über die Ausweisung der zum Erreichen der jeweiligen Flächenziele erforderlichen Gebiete hinaus, erheblich reduziert. Andere, monofunktionale Planelemente (wie etwa Vorranggebiete für Land-, oder Forstwirtschaft) werden von den gesetzlichen Regelungen hingegen nicht erfasst.

Der multifunktionale, mehreren Freiraumfunktionen dienende Regionale Grünzug kann damit den gerade im Verdichtungsraum erforderlichen Freiraumschutz nicht mehr optimal gewährleisten. Alternativen durch den Einsatz anderer Planelemente sollen daher geprüft werden.

Jan Tiesch
Fraktionsvorsitzender

Andre Reichel
Fraktionsvorsitzender

Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender

Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender

Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender

15. Oktober 2025

Interfraktioneller Antrag

Haushalt 2026

Videoüberwachung an Bahnhöfen im S-Bahnnetz

Die Regionalversammlung beschließt:

Unter Bezugnahme auf die neue **Agenda für zufriedene Kunden auf der Schiene** des Bundesministers für Verkehr vom 22.08.2025 fordert die Regionalversammlung die DB InfraGO AG auf, sich künftig beim Thema Videoüberwachung an Bahnhöfen an den Vorgaben dieser Agenda zu orientieren.

In diesem Sinne fordert die Regionalversammlung die DB InfraGO AG auf, ein Konzept vorzulegen, wie sie diese Ziele ab dem ersten Quartal 2026 bei den Bahnhöfen und Haltestellen der S-Bahn Stuttgart, insbesondere im Bezug auf die Videoüberwachung, zu erreichen beabsichtigt.

Die Geschäftsstelle wird beauftragt entsprechende Gespräche zu führen und dem Verkehrsausschuss im Laufe des 1. Quartals 2026 darüber zu berichten.

Begründung:

Die Agenda für zufriedene Kunden auf der Schiene gibt allen Teilkonzernen des DB Konzern klare Vorgaben, deren Einhaltung und Umsetzung die Regionalversammlung nun für ihren Aufgabenträgerbereich bei der S-Bahn einfordert.

Für die Bereiche Sicherheit und Sauberkeit lauten die Vorgaben des BMV wie folgt: „Ziel ist, eine objektiv wie subjektiv verbesserte Sicherheit und Sauberkeit durch einen Mix aus Personal und Technik (bspw. Videoüberwachung) zu erreichen. Es soll sowohl das Sicherheitsbedürfnis der Reisenden als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Geschäftspartner der DB in den Bahnhöfen in den Blick genommen werden. Dieses Sofortprogramm soll ab dem ersten Quartal 2026 greifen.“



Jan Tiesch
Fraktionsvorsitzender
CDU/ödp



André Reichel
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/Die Grünen



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender
Freie Wähler



Thomas Leipzig
Fraktionsvorsitzender
SPD



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender
FDP



Interfraktioneller Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Weiterentwicklung S-Bahn Fahrzeuggeneration

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

1. eine Evaluation der Innenausstattung des Re-Designs durchzuführen und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Innenausstattung zu erarbeiten. Dabei sollen die Anforderungen für die nächste Fahrzeuggeneration - die ab Mitte 2032 eingesetzt werden soll - definiert werden.
2. die möglichen Fahrzeuglängen für die nächste Fahrzeuggeneration darzustellen, deren Unterschiede zu analysieren und die Ergebnisse zur Entscheidungsfindung, im Rahmen des Ausschreibungsprozesses aufzubereiten und darüber zu berichten.

Begründung:

Aktuell werden die neu designten S-Bahn-Fahrzeuge in der Region Stuttgart ausgeliefert. Gleichzeitig steht die Region vor einer entscheidenden Weichenstellung:

Mit Beginn des neuen S-Bahn-Vertrags ab Mitte 2032 müssen mindestens 60 Fahrzeuge der Baureihe 423 ersetzt werden. Diese neue Fahrzeuggeneration wird ein anderes Innendesign erhalten als die derzeit eingeführten Fahrzeuge.

Daher ist es notwendig, bereits jetzt eine fundierte Evaluation und konzeptionelle Vorbereitung für das zukünftige S-Bahn-Design zu beginnen. Eine Evaluation soll einerseits untersuchen, wie das aktuelle Re-Design von den Fahrgästen angenommen wird - beispielsweise in Bezug auf Komfort, Funktionalität, Barrierefreiheit und Gestaltung. Andererseits soll sie die Grundlage dafür schaffen, wie die nächste Generation von S-Bahn-Fahrzeugen gestaltet und ausgestattet sein sollte, um die Fahrgastzufriedenheit zu erhöhen und die Attraktivität des Systems langfristig zu sichern.

Ein wichtiger Impuls wurde bereits durch die Studie des VWI gegeben, die auf Entwicklungen in München verwies. Dort hat man sogenannte XXL-S-Bahnen in Auftrag gegeben, die in der

gesamten Länge von 200m aus durchgängigen Wagen bestehen und damit neue Maßstäbe in Bezug auf Kapazität und Fahrgastfluss setzen. Dieses Beispiel zeigt auf, dass eine vorausschauende und designorientierte Planung der Fahrzeugflotte wichtig ist, um zukünftige Anforderungen an Kapazität, Komfort und Nachhaltigkeit zu erfüllen.

Der Bericht soll daher sowohl die gestalterische als auch die funktionale Weiterentwicklung der S-Bahn-Fahrzeuge in den Blick nehmen. Neben Aspekten wie Innenraumgestaltung, Sitzanordnung, Beleuchtung und Materialwahl sollen auch Themen wie Barrierefreiheit, Energieeffizienz und digitale Informationssysteme berücksichtigt werden.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen



Prof. Dr. André Reichel
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/Die Grünen

Für die Fraktion CDU/ÖDP



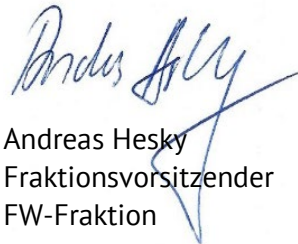
Jan Tielech
Fraktionsvorsitzender
CDU/ÖDP-Fraktion

Für die Fraktion FDP



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender
FDP-Regionalfraktion

Für die Fraktion FW



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender
FW-Fraktion



CDU
FRAKTION IM VERBAND REGION STUTTGART



Interfraktioneller Antrag

06.10.2025

Filderauffahrt und Nord-Ost-Umfahrung vorantreiben

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, beim Bundesverkehrsministerium und beim Land darauf hinzuwirken:

1. Die Filderauffahrt in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen.
2. Die im Bundesverkehrswegeplan als weiterer Bedarf mit Planungsrecht aufgenommene Nord-Ost-Umfahrung (Grüner Tunnel) weiterzuführen.

Begründung:

Wirtschaft und Bevölkerung sind auf eine gut funktionierende Infrastruktur angewiesen. Nachdem nun im Schienennah- und -fernverkehr wichtige Projekte aufs Gleis gesetzt werden konnten, muss der Fokus auf die Planung und Umsetzung weiterer Kernprojekte der Region bei der Straßeninfrastruktur gerichtet werden.

Nach wie vor steht im Osten Stuttgarts keine Umfahrung mit hoher Bündelungs-, Erschließungs- und Entlastungsfunktion zur Verfügung.

Nachdem eine optimierte Führung einer Nord-Ost-Umfahrung überwiegend im Tunnel möglich erscheint, muss die vom Bundesverkehrswegeplan angebotene Möglichkeit, diese unverzichtbare Verkehrsinfrastrukturmaßnahme weiterzuführen, wahrgenommen werden.

Die Filderauffahrt ist von vergleichbarer Bedeutung und erfordert nun eine Trassenentscheidung und die Einleitung der Planung.

Jan Tielesch
Fraktionsvorsitzender

Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender

Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Interfraktioneller Antrag zum Haushalt 2026

Sportstätten-App für die Region

Die Fraktionen Linke.Piraten.SÖS und Bündnis 90 / Die Grünen beantragen:

Die Geschäftsstelle der Region Stuttgart wird beauftragt, gemeinsam mit der SportRegion Stuttgart die Entwicklung einer digitalen Karte aller öffentlich zugänglichen Sportstätten in der Region Stuttgart als App zu prüfen.

Begründung

Die Region Stuttgart verfügt über eine große Anzahl öffentlich zugänglicher Sportstätten – von Sportplätzen, Turnhallen und Outdoor-Fitness-Anlagen bis hin zu Basketballplätzen, Skateparks oder Bolzplätzen. Diese Infrastruktur ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und fördert Gesundheit, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bislang fehlt jedoch eine einheitliche, niedrighschwellige, digitale Übersicht über diese Einrichtungen. Eine mobile Anwendung, die auf einer interaktiven Karte sämtliche öffentlich nutzbaren Sportstätten der Region darstellt, kann hier Abhilfe schaffen. Damit könnten alle Menschen in der Region schnell und ohne Aufwand von der Tischtennisplatte bis zum Volleyballfeld die nächstgelegene Sportstätte finden. Eine App würde zudem einen Beitrag zur digitalen Sichtbarkeit der Region leisten.

Die **SportRegion Stuttgart** ist die zentrale Plattform für Sportförderung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit im Sportbereich der Region. Ihre Expertise, Netzwerke und Erfahrungen in der Darstellung von Sportangeboten machen sie zu einem idealen Partner für die inhaltliche und kommunikative Ausgestaltung der geplanten App. Eine enge Zusammenarbeit stellt sicher, dass die Plattform sowohl inhaltlich fundiert als auch nutzungsorientiert gestaltet wird.

Das Projekt „Digitaler Zwilling“ zielt auf eine datenbasierte Modellierung und Steuerung von Infrastruktur und Lebensräumen in der Region ab. Die geplante Sportstätten-App kann auf bereits bestehende Geodaten, 3D-Modelle und Verwaltungsdaten zurückgreifen und gleichzeitig das System durch zusätzliche Daten (z. B. Nutzungsfrequenz, Zustand der Anlagen, Nachfrage) sinnvoll ergänzen.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Marc Dreher
Sprecher Wirtschaft

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Prof. Dr. André Reichel
Fraktionsvorsitzender



Sabine Kober
Sprecherin Wirtschaft

Interfraktioneller Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Zukunftssicherung durch Internationalisierung und Weiterbildung - Mit der Hochschulregion in die Zukunftssicherung starten!

Der Verband Region Stuttgart möge beschließen, im Haushalt 2026 Mittel in Höhe von 100.000 EUR mit Sperrvermerk zur Umsetzung der vorzulegenden Strategie zur Internationalisierung und Weiterbildung durch die Hochschulregion Stuttgart e.V. (HRS) und der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) einzustellen.

Begründung:

Der Verband hat die Hochschulregion Stuttgart e.V. (HRS) und die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) aufgefordert einen Aktionsplan zur Förderung der Internationalisierung und Weiterbildung in der Region Stuttgart vorzulegen (vgl. siehe Sitzungsvorlage Nr. RV-018/2024). Nach derzeitigem Stand wird die Bedarfsanalyse mit Aktionsplan voraussichtlich erst Anfang 2026 vorliegen. Angesichts der aktuellen Lage und der behandelten Themen sollte der Aktionsplan, vorbehaltlich einer positiven Resonanz im Wirtschaftsausschuss, bereits 2026 angegangen werden können. Bislang sind dafür aber keine Mittel veranschlagt.

Für die Fraktion gez.



Prof. Dr. André Reichel
Fraktionsvorsitzender



Jan Tievesch
Fraktionsvorsitzender
CDU/ÖDP-Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

Bundesgartenschau 2043 – Prozess intensivieren – Schwerpunktthemen benennen

Antrag:

1. Der Verband Region Stuttgart beschließt eine Organisationsstruktur für die Vorbereitung der BUGA 2043 und richtet einen Unterausschuss der Regionalversammlung ein, in dem der fortlaufende Prozess begleitet wird.
2. Der VRS bereitet drei Themen als mögliche Schwerpunkte der BUGA vor und bringt sie in den Planungsprozess ein:
 - a. Flusslandschaft Neckar (Flüsse und Wasser)
 - b. Erhalt der Steillagen und der Weinberghäuschen
 - c. Erhalt und Pflege von Streuobstwiesen.
3. Der VRS wirkt darauf hin, dass für die BUGA ein übergreifendes Radwegekonzept zur Gesamterschließung entwickelt wird.

Begründung:

Mit den Anträgen vom 14.10.2024 hat die CDU/ÖDP Fraktion für eine BUGA-Bewerbung und mögliche inhaltliche Themen einen ersten Impuls gegeben.

Die Städte Stuttgart, Esslingen und Ludwigsburg haben sich mit dem VRS auf eine BUGA-Bewerbung verständigt und eine Machbarkeitsstudie auf den Weg gebracht.

Unterausschuss einrichten

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat bereits einen BUGA Ausschuss gebildet und im Sitzungsplan 2026 abgebildet, um die Fraktionen frühzeitig einzubinden und zu informieren. Wir sind der Auffassung, dass der VRS nachziehen und sich eine entsprechende Struktur geben sollte.

Eine BUGA ist ein wirksames Instrument für die Weiterentwicklung urbaner Lebensräume. Die CDU/ÖDP Fraktion sieht unter diesem Aspekt drei wichtige Themenfelder, die in eine BUGA einbezogen werden sollten:

1. Flusslandschaft Neckar wiederentdecken

Der Neckar ist aktuell vorrangig als Wasserschiffahrtsstraße geprägt. Er darf aber nicht ausschließlich als Wirtschaftsfaktor und Transportweg gesehen werden. Es gilt, dem Fluss so viel wie möglich seine Natur zurückzugeben und den Menschen den Fluss in allen seinen Möglichkeiten zu öffnen. Die Erlebbarkeit des Neckars steht in einer Umfrage der Landeshauptstadt Stuttgart am Ende der Zufriedenheitsskala. Der Masterplan Neckar hat bereits gezeigt, was möglich ist. Auch halten wir es für möglich, den Kreis der beteiligten Kommunen zu erweitern, um noch mehr in die Breite arbeiten zu können.

2. Erhalt der Steillagen und der Weinberghäuschen in der Region

Der Weinbau insbesondere in den Steillagen zeigt zunehmende Erosionserscheinungen. Auch werden immer weniger der landschaftsprägenden Weinberghäuschen erhalten und gepflegt. Die BUGA kann Lösungen und Ideen zur Stabilisierung, zu Nutzungsalternativen und neuen Wegen finden.

3. Erhalt und Pflege der Streuobstwiesen

Die Streuobstlandschaften prägen weite Teile der Landschaft in der Region. Da das Interesse an Pflege und Erhalt der Streuobstwiesen abnimmt, müssen frühzeitig Wege und Ideen gesucht werden, um hier Impulse zum Erhalt zu geben.

Radwegekonzept BUGA planen

Eine BUGA entlang des Neckars bringt weite Wege mit sich und erwartet viele Besucherinnen und Besucher. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie muss deswegen auch untersucht werden, ob ein Radwegenetz aus einem Guss entwickelt werden kann, das Schwachstellen beseitigt und als verbindendes aber auch nachhaltiges Element dienen kann.



Tiesch, Schmid, Klamt, Kling und Fraktion



FRAKTION IM VERBAND REGION STUTTGART

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

Fernverkehr muss bleiben

Antrag:

Die Geschäftsstelle berichtet über die Fernverkehrsankündigung der Mittelzentren in der Region Stuttgart ab dem kommenden Fahrplanwechsel 12/2025 und lädt Vertreter der DB Fernverkehr in den Verkehrsausschuss ein, um das künftige Fernverkehrsangebot in der Region Stuttgart – insbesondere unter Berücksichtigung des Zustands nach der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 – zu diskutieren.

Begründung:

In den vergangenen Wochen gab es mehrfach Presseberichte (zuletzt Welt vom 15. Oktober 2025), wonach Angebote der DB Fernverkehr in der Region Stuttgart gestrichen werden und einzelne Städte überhaupt nicht mehr bedient werden sollen. Eine gute Anbindung an den Schienen-Fernverkehr ist aber ein wesentlicher Standortvorteil für Bürger und Wirtschaft.

Es soll deshalb geklärt werden, wie sich das Angebot der DB Fernverkehr verändert. Vor allem soll aber mit der DB Fernverkehr in einen Dialog eingetreten werden, wie das Fernverkehrsangebot perspektivisch verbessert werden kann.

Tiesch, Steinbacher und Fraktion



FRAKTION IM VERBAND REGION STUTTGART

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

Fildertunnel zum Nahverkehrstarif freigeben!

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, zusammen mit dem Landesverkehrsministerium Gespräche mit der DB Fernverkehr aufzunehmen mit dem Ziel, dass auf der Strecke zwischen dem neuen Stuttgarter Hauptbahnhof und dem neuen Fernbahnhof am Flughafen auch in Fernverkehrszügen die Tickets des Nahverkehrs anerkannt werden.

Begründung:

Mit der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 entsteht durch den Fildertunnel eine neue Verbindung zwischen dem Hauptbahnhof im Talkessel und dem Flughafen Stuttgart. Die Fahrtzeit von sechs Minuten ist gegenüber der aktuellen Fahrtzeit mit der S-Bahn von 27 Minuten ein Quantensprung.

Davon sollen alle Fahrgäste profitieren! Dies gelingt am Besten, wenn auch Kunden mit Nahverkehrsticket die zwischen Hauptbahnhof und Flughafen verkehrenden Fernverkehrszüge ohne Aufpreis nutzen können. Eine entsprechende Anerkennung von Nahverkehrstickets erfolgt aktuell bereits auf der Gäubahn – die künftig über den Fildertunnel in den Hauptbahnhof geführt werden wird – auf der Grundlage einer Vereinbarung („Tarif-Integrationskonzept“) von DB Fernverkehr und dem Landesverkehrsministerium. Im Interesse der Fahrgäste bietet es sich an, diese Regelung auf alle zwischen Flughafen und Hauptbahnhof verkehrenden Fernzüge zu erweitern

Tielesch, Steinbacher und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

Notfallsysteme verbessern – Defibrillatoren an allen Bahnhöfen anbieten – Lebensretter-Apps fördern

Antrag:

Die Geschäftsstelle berichtet,

1. Welche Lebensretter-Apps/Community First Responder-Apps in der Region Stuttgart im Einsatz sind, welche Lücken es gibt und wie diese Systeme unterstützt werden können.
2. Über die aktuelle Ausstattung der S-Bahnhöfe mit Defibrillatoren und über die weitere Ausbauplanung.

Begründung:

In Deutschland gibt es mehrere Community First Responder – Systeme und Apps, wie z.B. “Region der Lebensretter”, die in der Nähe eines Notfalles befindliche geschulte Ersthelfer alarmieren und zum Notfall dirigieren.

Diese Alarmierungssysteme überbrücken die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes und haben schon viele Leben gerettet. Gerade im Fall einer Reanimation zählt jede Minute. Deshalb ist es wichtig, einen Überblick für die Region Stuttgart zu haben, welche Systeme

im Einsatz sind, wo es Lücken gibt und inwieweit der Verband Region Stuttgart diese unterstützen kann.

In dem Zusammenhang ist eine flächendeckende Ausstattung mit Defibrillatoren wichtig. Diese Defibrillatoren können Leben retten und auch von ungeschulten Menschen sicher eingesetzt werden. Defibrillatoren müssen an allen S-Bahnhöfen sichtbar zur Verfügung stehen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Tiesch', with a stylized, flowing script.

Tiesch, Steinbacher, Schmid, Vöhringer und Fraktion



FRAKTION IM VERBAND REGION STUTTGART

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

Neue Perspektiven für die Bundeswasserstraße Neckar

Antrag:

Im weiteren Diskussionsprozess für den Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar (insbesondere Faktencheck Neckarschleusen und Schleusengipfel) soll ein besonderer Fokus auf kurz- und mittelfristige Lösungen gelegt werden. Dabei sind insbesondere eine Ertüchtigung der Schleusen für 110 Meter-Schiffe und ein Ausbau des Wasserwegs für einen dreilagigen Containertransport näher zu beleuchten.

Begründung:

Der Neckar ist eine zentrale Infrastrukturachse für die Region Stuttgart. Er bietet als einziger Verkehrsträger noch freie Transportkapazitäten und ist mit einem um rund Zweidrittel geringeren Primärenergiebedarf gegenüber dem Straßentransport auch ökologisch vorteilhaft.

Am Ziel eines vollständigen Ausbaus der Neckarschleusen für 135 Meter-Schiffe halten wir daher fest. Hierbei handelt es sich allerdings um eine langfristige Perspektive. Im Sinne einer Stufenlösung sollte deshalb in einem Zwischenschritt ein besonderer Fokus auf kurz- und mittelfristig umsetzbare Optimierungsmöglichkeiten gelegt werden, die zeitnah Verbesserungen für die Schifffahrt und Wirtschaft bringen. Auf der Basis der von team ewen vorgelegten Interviews Neckarschleusen: Zusammenfassung und Perspektiven erscheint es besonders zielführend, den Aspekten einer Ertüchtigung der Schleusen für 110 Meter-Schiffe und einem Ausbau für einen dreilagigen Containertransport (anstelle der bislang zwei Lagen) zu untersuchen.

Tiesch, Steinbacher, Schmid und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

Weltmeisterschaft für Robotik in der Region Stuttgart

Antrag:

- 1) Die WRS erarbeitet ein Konzept zur Ausrichtung einer **Weltmeisterschaft für Robotik** für verschiedene Disziplinen in der Region Stuttgart. Diese Weltmeisterschaft ist idealerweise eine sich wiederholende Veranstaltung, mit der die Region die Spitzenliga der Robotik aus Forschung und Industrie versammelt.
- 2) Mit der Weltmeisterschaft sollen folgende Ziele erreicht werden:
 - a) Begeisterung von Menschen für dieses Thema (Fachwelt und Laien), z.B. Generierung von Interesse von jungen Menschen in diesem Bereich beruflich einzusteigen, zu studieren, Startups zu gründen usw. oder auch die Erhöhung bzw. Schaffung von Akzeptanz der neuen Technik in der Gesellschaft zu erreichen.
 - b) Positionierung der Region als führenden Standort für Robotik.
 - c) Vernetzung von Hochschulen & Wirtschaft & Bevölkerung.
- 3) Außerdem soll geprüft werden, welche Zuschussmöglichkeiten für ein solches Event durch Land, Bund und EU bestehen.

Begründung:

1. Hohe Marktbedeutung der Robotik mit hohem Wachstumspotenzial

Der Einsatz von Robotern nimmt stetig zu und mit der Entwicklung von Humanoiden können Roboter auch immer mehr Tätigkeiten übernehmen. Weltweit waren im Jahr 2024 über 4.664.000 Industrieroboter in Fabriken im Einsatz – ein Plus von etwa 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Stark wachsend ist dabei auch die Zahl der professionellen Servicerobotik, die 2023 um 30 Prozent auf mehr als 205.000 verkaufte Einheiten zulegte. Deutschland ist der größte Einzelmarkt der EU für Robotik (etwa 36 Prozent aller Industrieroboter der EU) und die Region Stuttgart dürfte hier eine führende Rolle spielen.

Für den Bereich der „Humanoiden“ wird in Zukunft ein hohes Wachstumspotenzial erwartet. Studien gehen davon aus, dass in 20 Jahren jeder zweite Haushalt einen Humanoiden im Einsatz hat.

2. Internationale Wettbewerbslage erfordert Förderung dieses Themas auch bei uns.

- In Ländern wie China, Südkorea, Japan und einigen Teilen Ostasiens wird Robotik-Technologie staatlich stark gefördert. Diese Staaten verzeichnen hohe Wachstumsraten bei Roboterinstallationen und Servicerobotik. Sie setzen Robotik-Wettbewerbe und Messen bewusst als Teil ihrer Innovationsstrategie ein.
Ein Beispiel: In China fand 2025 ein Event namens World Humanoid Robot Games statt, mit 280 Teams aus 16 Ländern, darunter Universitäten und Unternehmen, mit Disziplinen wie Fußball, Leichtathletik, Tischtennis etc.
- Ein Großevent wie eine Weltmeisterschaft könnte ein gutes Instrument sein, um die Robotik in der Region zu fördern sowohl in der Herstellung als auch bei dem Einsatz. Es ist zu erwarten, dass eine solche Veranstaltung substantielle Impulse für Wirtschaft, Bildung und den Standort haben kann.

3. Region Stuttgart hat wichtige Voraussetzungen für eine Weltmeisterschaft der Robotik.

Die Region Stuttgart hat heute eine führende Stellung beim Einsatz von Robotik in der Industrie in Europa. Gleichzeitig sind in der Region wichtige Akteure für die zukünftige Entwicklung der Robotik zu Hause: einerseits die zahlreichen Hochschulen als auch Industrieunternehmen, und zwar sowohl als Käufer von Robotern als auch als Produzenten.



Tiesch, Koch, Schick-Ebert und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

S 1 - Verlängerung nach Weilheim/Teck umsetzen

Antrag:

Die Regionalversammlung bekennt sich zu einer zeitnahen Verlängerung der S 1 nach Weilheim/Teck auf der Basis des Beschlusses des Verkehrsausschusses vom 16. Juli 2025.

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, über den Stand der Verlängerung der S 1 Richtung Weilheim/Teck zu berichten.

Begründung:

Der Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung am 16. Juli 2025 beschlossen, das Vorhaben „Verlängerung S 1 nach Weilheim/Teck“ kontinuierlich und vordringlich weiter zu verfolgen, zeitnah einen Sachstandsbericht zu geben und einen Zeitplan für den weiteren Planungsprozess vorzustellen. Sobald die Rahmenbedingungen es zulassen, soll ein Umsetzungsvorschlag vorgelegt werden. Zudem sollen in der Leistungsbeschreibung für die S-Bahnausschreibung die vertraglichen Grundlagen gelegt werden, um über Nachträge die Ausweitungen des Verkehrsangebots, während der Laufzeit des Verkehrsvertrags, zu ermöglichen.

Mit diesem Maßnahmenpaket hat der Verkehrsausschuss die Weichen für einen zeitnahen S-Bahnanschluss von Weilheim/Teck gestellt. Dies gilt sowohl für den Infrastrukturausbau als auch eine unmittelbar daran anschließende Aufnahme des Fahrbetriebs im Rahmen des dann geltenden S-Bahnvertrags.

Diese Entscheidung soll durch die Regionalversammlung bekräftigt und die Geschäftsstelle gebeten werden, über den Fortgang zu berichten.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'T. Tiesch'.

Tiesch, Steinbacher, Heiß und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

S-Bahn: Sauber

Antrag:

1. Die Verbandsgeschäftsstelle erstellt zusammen mit DB Regio ein über das bisherige Maß hinausgehendes Reinigungskonzeptes für die S-Bahn. Dabei sollen an den Endpunkten der S-Bahn Reinigungsteams stationiert werden, welche die Wendezeiten der Fahrzeuge nutzen, um diese von Müll zu befreien und bei Bedarf Bereiche in den Fahrzeugen auszufegen oder auch nass zu reinigen.
2. Die Verbandsgeschäftsstelle nimmt zeitnah mit DB InfraGO Gespräche mit dem Ziel auf, im Zuge der Umsetzung des Sofortprogramms „Mehr Sicherheit und Sauberkeit an Bahnhöfen“ die Sauberkeit auch an den S-Bahnhöfen in der Region zu verbessern. Sie berichtet über das Ergebnis im Verkehrsausschuss.

Begründung:

Die Sauberkeit in den S-Bahnen lässt teilweise sehr zu wünschen übrig. Neben der Sicherheit ist die Sauberkeit aber einer der wichtigsten Punkte, damit sich Fahrgäste in der Bahn wohl fühlen. Es geht dabei nicht nur darum, Müll aus den Müllbehältern oder von den Sitzen und vom Boden aufzusammeln, sondern verunreinigte Bereiche ausfegen zu können oder sogar nass zu reinigen. Es gibt nichts Abstoßenderes, als stark verunreinigte Sitzbereiche.

Gleiches gilt für die Bahnhöfe, die eigentlich zum Verweilen einladen sollten. Hier hat das Bundesministerium für Verkehr im Rahmen der Agenda für zufriedene Kunden auf der Schiene unter anderem ein Sofortprogramm „Mehr Sicherheit und Sauberkeit an Bahnhöfen“ angekündigt, das zusätzliches Personal vorsieht und bereits ab dem ersten Quartal 2026 greifen soll. Die Region Stuttgart sollte sich bei der Umsetzung dieses Sofortprogramms an die Spitze setzen. Die Geschäftsstelle wird deshalb beauftragt, sehr zeitnah Gespräche mit der DB InfraGO aufzunehmen, um die Einbeziehung der S-Bahn-Stationen in das Sofortprogramm sicherzustellen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Tielesch', is written over a horizontal line.

Tielesch, Steinbacher, Klamt und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

Sicherheitspaket für die S-Bahn Stuttgart

Antrag:

Die Sicherheit in der S-Bahn Stuttgart soll durch folgende Maßnahmen gestärkt werden:

1. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, in der Ausschreibung für den neuen Verkehrsvertrag der S-Bahn Stuttgart als Vorgabe aufzunehmen, dass **sämtliche S-Bahnen ab 20 Uhr** mit einem zusätzlichen **Sicherheitsbegleiter** besetzt werden müssen, der für die Fahrgäste unmittelbar im Abteil hinter dem Triebfahrzeugführer ansprechbar ist.
2. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, den aktuellen Stand der Sicherheitsmaßnahmen in den S-Bahnen darzustellen und darauf aufbauend ein Konzept vorzulegen, wie schon vor dem Inkrafttreten des neuen Verkehrsvertrags weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage umgesetzt werden können.
3. Die Videoüberwachung in den S-Bahnen wird auch im neuen Verkehrsvertrag fortgeführt.
4. Die Geschäftsstelle nimmt Gespräche mit der DB InfraGO auf, um zeitnah eine Wiederaufnahme der Videoüberwachung an S-Bahnhöfen in der Region zu erreichen. (Siehe auch: interfraktioneller Antrag „Videoüberwachung an Bahnhöfen im S-Bahnnetz“).
5. Die Geschäftsstelle berichtet im Verkehrsausschuss über das Sicherheitskonzept für den künftigen Hauptbahnhof und den Fernbahnhof am Flughafen.

Begründung:

Die Kriminalitätsbelastung im ÖPNV in Stuttgart ist hoch. Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024 weist 283 Fälle der Gewaltdelinquenz, 94 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und 1.186 Diebstahlsdelikte aus. Allein für den Bereich des Hauptbahnhofs in Stuttgart sind

im Jahr 2023 insgesamt 3.792 Straftaten ausgewiesen (Bundestags-Drucksache 20/14959, Antwort zu Frage 3).

Diese Entwicklung beeinträchtigt auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bahnkundinnen und Bahnkunden in der Region massiv. Dem muss mit konkreten Maßnahmen zum Schutz der Fahrgäste entgegengetreten werden. Dementsprechend hat der Verkehrsausschuss bereits im Jahr 2021 (Nr. VA-154/2021) zusätzliche Mittel für Bestreifungen und für die Verbesserung und Erneuerung von Videoüberwachungsanlagen zur Verfügung gestellt.

Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden:

- Zum einen soll im neuen Verkehrsvertrag der S-Bahn vorgegeben werden, dass in allen Zügen ab 20 Uhr ein S-Bahn-Begleiter im ersten Wagen unmittelbar hinter dem Triebfahrzeugführer mitfährt, die für die Fahrgäste bei Problemen unmittelbar ansprechbar sind. Ein entsprechendes Konzept wird beispielsweise im Rhein-Main-Verkehrsverbund seit vielen Jahren erfolgreich umgesetzt (vgl. <https://www.rmv.de/c/de/ueber-uns/der-rmv/sicherheit-im-rmv>).
- Zum anderen soll der Einsatz von Videoüberwachung in den S-Bahnen und an den Bahnhöfen der Region konsequent umgesetzt werden. So betont die Bundesregierung in der Vorbemerkung zu ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion CDU/CSU (Drs. 20/14491) vom 12. Februar 2025, dass der Einsatz von Videotechnik an Bahnhöfen ein wichtiger Baustein ist, um die Sicherheit immer weiter zu erhöhen. Bis Ende des Jahres 2024 seien mehr Kameras als je zuvor im Einsatz, insgesamt 11.000 Kameras an rund 750 Bahnhöfen. Es muss deshalb auch in der Region Stuttgart der Ausbau der Videoüberwachung an Bahnhöfen vorangetrieben werden.

Diese Aufgabe fällt zuvorderst in die Verantwortung der DB InfraGO - als Eigentümerin der Bahnanlagen – und der Bundespolizei. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass das Bundesministerium für Verkehr im Rahmen der Agenda für zufriedene Kunden auf der Schiene unter anderem ein Sofortprogramm für mehr Sicherheit und Sauberkeit an Bahnhöfen angekündigt hat, das Verbesserungen durch einen Mix aus Personal und Technik – die Videoüberwachung wird dabei ausdrücklich benannt! – erreichen und sowohl für Ballungszentren als auch im ländlichen Raum greifen soll. Nachdem dieses Programm bereits ab dem ersten Quartal 2026 wirksam werden soll, ist Eile geboten. Die Geschäftsstelle soll in einem ersten Schritt beauftragt werden, mit der DB InfraGO, der Bundespolizei und dem Land als Besteller des Regionalverkehrs Gespräche über die Fortführung und den Ausbau der Videoüberwachung an Bahnhöfen aufzunehmen.



Tiesch, Steinbacher und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

Startup-Förderung konsolidieren und Schlagkraft erhöhen

Antrag:

Wir bitten die Geschäftsstelle zu prüfen

1. Wo in der Wertschöpfungskette der Startup-Entwicklung heute noch Unterstützung fehlt.
2. Ob es für die Gründer einfach möglich ist, die erforderlichen Infos über die Unterstützungsangebote zu bekommen oder ob es hier sinnvoll sein könnte, ein Art Meta-Plattform im Sinne einer one-stop Information bereit zu stellen.
3. Welche Möglichkeiten Startups heute haben, um preiswert Räume bzw. Office-Strukturen (Schreibtisch mit Infrastruktur, Besprechungsräume) temporär anzumieten bzw. wie solche Möglichkeiten geschaffen werden können (z.B. online-Börse).
4. Ob ein großer Finanzierungsevent eine gute Ergänzung sein könnte (ähnlich slush in Helsinki oder bits & Pretzels in München, bei dem ausgewählte Startups auf Investoren treffen) und welche Kosten damit verbunden wären.

Begründung:

Um langfristig den Wohlstand in der Region zu sichern, müssen wir jetzt neue Geschäftsideen fördern, aus denen dann im Lauf der Zeit hoffentlich „big player“ werden. Da Startups immer mit einem hohen Risiko behaftet sind, ist es wichtig, eine entsprechend große Zahl an Startups zu fördern.

Berlin scheint im Moment an Attraktivität für Startups zu verlieren. Diese Chance sollte die Region Stuttgart gezielt nutzen, und die eigene Attraktivität erhöhen.

Angesichts der Transformation ist die Förderung neuer Geschäftsideen ein wichtiger Baustein, damit die Transformation gelingt. Daher ist es unser Anliegen, Startups bestmögliche Chancen hier in der Region einzuräumen. Deshalb wollen wir einen Überblick erhalten, wo wir gezielt noch effizienter Startups unterstützen können. Dabei sollen alle sechs Phasen eines Startups mitbetrachtet werden.

Die sechs Phasen eines startups



Quelle: Perplexity.ai, media lab Bayern
AK WIV 19. Mai 2025

CDU 8dp Fraktion (Elisabeth Schick-Ebert)

Es gibt heute zahlreiche Initiativen, um Startups zu fördern (Land, Bund, Region, Stadt Stuttgart, Universitäten, Firmen). Unklar ist, wie einzelne Startups die für sie bestmögliche und passende Unterstützung finden.

Wie können durch kluge Wirtschaftsförderung startups unterstützt werden - Hebel



AK WIV 19. Mai 2025

CDU 8dp Fraktion (Elisabeth Schick-Ebert)

Bei der Förderung geht es nicht nur um Geld, sondern auch um Vernetzung, Erfahrungsaustausch, Business Angel Programme usw. Auch Möglichkeiten für preiswerte temporäre Büroräumlichkeiten, spielen eine Rolle, z.B. wenn ausländische Startups für Vertriebsaktivitäten in die Region kommen, aber auch für Garagenbetriebe für entsprechende Meetings. Eine Einmietung in klassische Office Spaces oder auch z.B. in das Softwarezentrum in Böblingen ist für viele Startups zu teuer. D.h. es braucht hier günstige, für Stunden nutzbare Räumlichkeiten.

Bei der Finanzierung scheinen Startups aus der Region nach wie vor schwierigere Bedingungen als in anderen Städten vorzufinden. Daher sollen hier zwei Themen geprüft werden:

1. wie Family Offices stärker für die Finanzierung von Startups gewonnen werden können und
2. ob ein großes Finanzierungsevent hier systematisch Abhilfe schaffen könnte.



Tielesch, Koch, Klamt, Schick-Ebert und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart



FRAKTION IM VERBAND REGION STUTTGART

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

24.09.2025

Strategien zur Stärkung des Weinbaus in Steillagen

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt:

- 1) Im Programm Landschaftspark Maßnahmen zur Förderung des Weinbaus in Steillagen als Förderschwerpunkt aufzunehmen.
- 2) Mit der Regio Stuttgart Marketing- und Tourismus GmbH Maßnahmen zur Förderung des Steillagenweinbaus und im Bereich Tourismus eine Kampagne zum Thema Steillagenweinbau zu entwickeln. Damit soll die Bedeutung des Steillagenweinbaus für die Region, aber auch für den Erhalt der einzigartigen Kulturlandschaft, der Artenvielfalt und bester Weine in den Mittelpunkt gerückt werden.
- 3) Der Verband Region Stuttgart soll Vorbild sein in der Unterstützung der Winzerinnen und Winzer in der Region. Deshalb werden bei Veranstaltungen der Region nur regionale Weine angeboten und ausgeschenkt. Bei Gastgeschenken werden nur Weine aus der Region Stuttgart eingesetzt.
- 4) Der Verband Region Stuttgart führt in 2026 einen Weinbaukongress durch, bei dem auf die Besonderheiten des Steillagenweinbaus hingewiesen, aber auch ganz gezielt Maßnahmen eruiert werden, bei der die Region Stuttgart unterstützen kann.
- 5) Die Region Stuttgart ruft einen Wettbewerb für Jungwinzerinnen und -winzer aus, bei dem in einem regelmäßigen Rhythmus die besten Weine aus der Region prämiert und als „Wein der Region“ ausgezeichnet und vermarktet werden.

Begründung:

Nur noch 40 Prozent der in Deutschland getrunkenen Weine kommen aus Deutschland. Gerade in Baden-Württemberg und speziell in der Region Stuttgart sind wir stolz auf unseren Steillagenweinbau. Er prägt nicht nur unsere Heimat auf einzigartige Weise, er leistet auch einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Artenschutz. Und am Ende bringt er herrliche Weine hervor, die sich bei der Qualität nicht verstecken müssen.

Auf der anderen Seite kämpfen die Winzerinnen und Winzer mit den zunehmenden Folgen des Klimawandels, der wachsenden Bürokratie und einem sinkenden Absatz. Als Region Stuttgart bekennen wir uns zu unseren Winzerinnen und Winzern und wollen für sie ein Zeichen setzen.

Der Weinbau insbesondere in den Steillagen leidet auch in der Region zunehmend unter hohen Produktionskosten und abnehmendem Verbrauch der Konsumenten. Die bewirtschafteten Flächen und Brachflächen entwickeln sich zu einem Flickenteppich, der zu einer bereits sichtbaren Veränderung unserer Kulturlandschaft führt. Landschaftsprägende Weinbauhäuschen werden immer weniger gepflegt und verfallen zunehmend.

Mit dem Antrag sollen im Rahmen der Möglichkeiten des Verbandes Maßnahmen zur Förderung und Sicherung des Steillagenweinbaus entwickelt werden.

Als Schwerpunktthema im Programm Landschaftspark können vielerlei kommunale Maßnahmen dazu beitragen, Steillagen zu stabilisieren und dem Weinbau dort neue Perspektiven zu geben. Dies können Maßnahmen zum Trockenmauerbau, zur Förderung von Vermarktungsmöglichkeiten in den Steillagen, Weinwanderwege und vieles mehr sein.

In Zusammenarbeit mit der Regio Stuttgart Marketing- und Tourismus GmbH können beispielsweise Steillagentage, ein Label „Regio-Steillagenweine“, ein „Tag der Weinregion Stuttgart“ und ähnliches entwickelt werden.



Tiesch, Schmid, Kling und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

Tour de France in der Region Stuttgart

06.10.2025

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt ein Konzept zu erstellen mit dem Ziel, eine Etappe der Tour de France in der Region Stuttgart durchzuführen. Dafür sind Gespräche mit der Veranstalterorganisation aufzunehmen, um Bewerbungskriterien, Machbarkeit, Zeithorizonte und Kosten für eine Realisierung zu eruieren.

Bestenfalls würde eine Etappe der Tour de France durch alle fünf Landkreise und die Landeshauptstadt führen. Eine Einbeziehung Ludwigsburgs als der Ort, an dem der französische Präsident Charles de Gaulle 1962 seine berühmte „Rede an die deutsche Jugend“ hielt, wäre wünschenswert – ggf. im Rahmen eines Jubiläums (z.B. 2032 – 70 Jahre danach).

Begründung:

Die Region Stuttgart hat sich in den vergangenen Jahren als wichtiger Standort für Radsport-Events etabliert. Mit dem Women's Cycling Grand Prix und dem Brezelrace finden bereits jährlich deutschlandweit beachtete Veranstaltungen statt, die das Sportprofil unserer Region unterstreichen. Eine Auslandsetappe der Tour de France in der Region Stuttgart könnte unser Sportprofil weiter schärfen und in erheblichem Maße internationale Aufmerksamkeit generieren. Eine Bewerbung um das Frauenradrennen „Tour de France Femmes“ ist ebenfalls denkbar.

Im Jahr 1987 war Stuttgart schon einmal Etappenort, ein Millionenpublikum hat damals die Athleten angefeuert. Eine Streckenführung der Tour de France durch die Landeshauptstadt und alle fünf Landkreise der Region würde bei einer Wiederauflage dem regionalen Gedanken Rechnung tragen.

Die deutsch-französische Freundschaft ist ein besonderes Kapitel der Nachkriegsgeschichte beider Länder. Deutschland und Frankreich sind die zentralen Motoren der europäischen Integration. Die „Rede an die deutsche Jugend“, die der damalige französische Staatspräsident Charles de Gaulle am 9. September 1962 im Ludwigsburger Schloßhof hielt, gilt als bedeutender Schritt auf dem Weg zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag im Jahr 1963. Es wäre ein weithin sichtbares Signal, wenn man deshalb – ggf. im Rahmen eines Jubiläums dieses historischen Ereignisses – auch Ludwigsburg in die Etappenplanung einbeziehen würde.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Tielesch, Koch und Fraktion'.

Tielesch, Koch und Fraktion



FRAKTION IM VERBAND REGION STUTTGART

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

06.10.2025

Nachtzugverbindungen aufs Gleis setzen – über Nacht umsteigefrei von der Region in europäische Metropolen

Antrag:

Die Geschäftsstelle eruiert zusammen mit dem Landesverkehrsministerium und Bahnunternehmen (insbesondere DB, ÖBB) sowie unter Beteiligung von Industrieverbänden (z.B. IHK) die Möglichkeit, nach der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 weitere Nachtzugverbindungen von Stuttgart Hbf in europäische Metropolen einzurichten.

Begründung:

Nachtzugverbindungen von Stuttgart aus in europäische Metropolen bzw. von dort nach Stuttgart sind touristisch und wirtschaftlich für die Region wichtig. Aktuell gibt es Nachtzugverbindungen von Stuttgart aus nur über München in Richtung Venedig, Zagreb und Budapest. Berlin, Hamburg, Brüssel und weitere Metropolen können mit Schlafwagenzügen über Nacht nicht direkt von Stuttgart aus erreicht werden. Dies ist für die Region Stuttgart ein deutlicher Nachteil gegenüber anderen Regionen. Aus diesem Grund soll eruiert werden, ob es Möglichkeiten gibt, weitere Nachtzugverbindungen über Stuttgart einzurichten.

Tiesch, Steinbacher und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

08.10.2025

Versorgungssicherheit mit Energieressourcen

Antrag:

Geschäftsstelle und WRS erarbeiten eine Übersicht, aus der hervorgeht, wie die Region Stuttgart mit Energieressourcen versorgt ist und was es bedarf, um die Versorgungssicherheit langfristig sicherzustellen.

Begründung:

Die Energieversorgung der Region Stuttgart ist ein Grundpfeiler für Wirtschaft, Bevölkerung, Mobilität und Klimaschutz. Ohne eine zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung wären Produktion, Alltag und die Energiewende gefährdet.

Die Region ist ein führendes Zentrum der Automobil- und Maschinenbauindustrie. Die Unternehmen benötigen eine zuverlässige und stabile Energieversorgung, um Produktion, Forschung und Digitalisierung sicherzustellen. Planbare und bezahlbare Energiepreise sind entscheidend, damit Unternehmen ihre Produkte global wettbewerbsfähig herstellen können.

Rund 2,8 Millionen Menschen in der Region benötigen Strom und Wärme für Heizung, Kühlung, Kochen, Beleuchtung und digitale Anwendungen. Öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen und Kindertagesstätten sind auf eine unterbrechungsfreie Energieversorgung angewiesen.

Zur Umsetzung der Energiewende entsteht ein verstärkter Bedarf an Elektrizität für die E-Mobilität (Busse, Bahnen und private E-Autos). Ladeinfrastruktur erfordert stabile Stromnetze und ausreichend Kapazität. S-Bahn, Stadtbahn und Regionalzüge hängen vollständig von einer sicheren Stromversorgung ab.

Mit der Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen und Freiflächenphotovoltaik wird der Ausbau erneuerbarer Energien massiv vorangetrieben, damit CO₂-Emissionen reduziert werden. Allerdings fehlt es an einer Einschätzung dazu, ob diese Aktivitäten ausreichend sind, um die künftigen Bedarfe decken zu können und insbesondere, ob es genügend Speichermedien gibt, um schwankende erneuerbare Energiequellen auszugleichen.

Darüber hinaus nehmen Meldungen zu, dass im Zuge des Klimawandels in verschiedenen deutschen Regionen sowie in Europa insgesamt die Grundwasserspiegel sinken und die Versorgung mit Wasser bzw. Trinkwasser knapp wird. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung, auch verschiedene Industriezweige sind auf eine stabile Versorgung mit Wasser angewiesen.

Angesichts von Naturkatastrophen, Hackerangriffen oder geopolitischen Krisen sind Energieflüsse massiv gefährdet. Wir benötigen eine Einschätzung dazu, wie resilient die Region in dieser Hinsicht aufgestellt ist und inwieweit die Resilienz ggf. verbessert werden kann.

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of a large, flowing 'T' followed by a series of loops and a final horizontal stroke.

Tiesch, Koch und Fraktion

Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Bedeutung von Migration in der Wirtschaft

Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt, einen Schwerpunkt im Rahmen des Strukturberichts durchzuführen, der die Bedeutung von Migration für die Wirtschaft in der Region Stuttgart analysiert. Ziel ist es, die Rolle von Beschäftigten mit ausländischer Staatsbürgerschaft sowie deren Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und Innovationskraft sichtbar zu machen. Entsprechende Mittel sind im Haushalt einzustellen.

Begründung:

Migration ist ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Innovationskraft der Region Stuttgart. Im Jahr 2024 hatten 21 % der Beschäftigten in der Region eine ausländische Staatsbürgerschaft. Diese Gruppe leistet einen erheblichen Beitrag zum Fachkräfteangebot, zur Vielfalt und unternehmerischen Dynamik.

Vor dem Hintergrund zunehmender fremdenfeindlicher, gesellschaftlicher Tendenzen ist es wichtig, fundierte Daten und Analysen zur ökonomischen Bedeutung von Migration bereitzustellen. Ein Schwerpunkt im Strukturbericht ermöglicht es, die Relevanz von Migration transparent darzustellen und Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft abzuleiten.

Die Ergebnisse sollen als Grundlage für strategische Entscheidungen und eine positive Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden, um die wirtschaftliche Stärke und Vielfalt der Region Stuttgart nachhaltig zu sichern.

Für die Fraktion gez.

Philipp Buchholz; Sabine Kober; Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushalt 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Bericht aktueller Stand barrierefreie Haltestellen

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, einen Bericht mit einer Übersichtstabelle zum aktuellen Stand der Barrierefreiheit aller Haltestellen zu erstellen. Ziel dieser Abfrage ist es eine tabellarische Übersicht über alle Haltestellen (S-Bahn, Schusterbahn, Teckbahn sowie das Netz der Zukunft) vorzulegen, aus der der Umsetzungsstand bezüglich verschiedener Aspekte der Barrierefreiheit hervorgeht.

Begründung:

Barrierefreiheit ist ein zentrales Element für eine inklusive und nachhaltige Mobilität in der Region Stuttgart. Um Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, sowie Eltern mit Kinderwagen und Reisenden mit Gepäck eine gleichberechtigte Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu ermöglichen, ist eine systematische Erhebung des aktuellen Standes notwendig.

Teil der Abfrage sollte einen Überblick über den aktuellen Zustand der Ausstattung mit taktillem Leitsystem, Informationsanlagen (akustische Ansagen der einfahrenden Linien und Fahrtrichtung), Stufenloser Zugang (Bordsteinkanten auf Einstiegsniveau der Fahrzeuge) sowie an den Haltestellen Rampen und Aufzüge, kontrastreiche Markierungen an Bahnsteigkanten, Infoscreens oder LED-Anzeigen mit Echtzeitdaten, einfache Sprache (z.B. Fahrpläne) verschaffen.

Die Übersicht soll aktuell bestehende Defizite transparent machen, um gegebenenfalls Prioritäten für die Umsetzung von Barrierefreiheit an identifizierten Haltestellen anzumerken. Damit wird die Attraktivität des ÖPNV gesteigert und ein wichtiger Beitrag zur Mobilitätswende sowie zur Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Behindertengleichstellungsgesetz und der UN-Behindertenrechtskonvention geleistet.

Für die Fraktion

Hanna Gutknecht; Michael Lateier; Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Bürokratieabbau im Regionalplan – Flächenkonflikte auflösen wo keine sind

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, im Anschluss an die Fortschreibung des Regionalplans zum Thema Freiflächen-Photovoltaik (FF-PV),

- a) die im Regionalplan ausgewiesenen Flächenkulissen zu Themen der Freiraumstruktur, Siedlungsentwicklung, Gewerbeentwicklung, Rohstoffvorkommen, Verkehr, Energie und Abfallwirtschaft auf ihre Verträglichkeit mit Freiflächen-Photovoltaik zu evaluieren.
- b) als verträglich identifizierte raumplanerische Ziele der FF-PV verfügbar zu machen.

Begründung:

Anders als andere bauliche Errichtungen ist die FF-PV durch eine deutlich geringere Versiegelung und eine deutlich vereinfachte Rückbaubarkeit geprägt. Diese Eigenschaften, und die Notwendigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien, unterscheiden sich klar von einigen anderen Vorbehalts- und Verbotsflächen, die der Regionalplan regelt.

In der diesjährigen Sitzung des Planungsausschusses am 30.04.2025 stellte sich heraus, dass Planungen des Verband Region Stuttgart (VRS), in diesem Fall eine Vorbehaltsfläche für den Rohstoffabbau (Vorlage PLA058/2025), Vorhaben der Photovoltaik, die bereits zwischen allen Beteiligten konsensfähig waren, zu verhindern suchten.

Im Sinne eines sinnvollen Bürokratieabbaus ist es notwendig, den Regionalplan hier auf planerische Hemmnisse zu überprüfen und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu entbürokratisieren.

Für die Fraktion gez.

Leo Buchholz; Leon Buchholz

Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Echtzeitanzeige für SEV-Busse

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, ein Konzept zur Ausstattung der Schienenersatzverkehre (SEV) mit Echtzeitinformationen zu erstellen und zeitnah vorzustellen. Ziel ist es, den Fahrgästen ab dem Jahr 2026 auch während des Schienenersatzverkehrs aktuelle Informationen zur Ankunft und Abfahrt der Busse bereitzustellen.

Begründung:

Die Fahrgäste der S-Bahn Stuttgart sind durch die häufigen Schienenersatzverkehre (SEV), insbesondere während der alljährlichen Stammstreckensperrung und den zahlreichen Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Stuttgart 21, leidgeprüft. Ein wesentliches Problem dieser Schienenersatzverkehre ist das Fehlen von Echtzeitinformationen für die Ersatzbusse. Fahrgäste wissen oft nicht, ob der Bus noch kommt oder bereits abgefahren ist, was zu großer Unsicherheit und Frustration führt.

Insbesondere durch die unregelmäßigen Streckenführungen und wechselnden Routen der SEV-Busse sind Verspätungen oder Abweichungen vom Fahrplan keine Seltenheit. Echtzeitanzeigen könnten diese Informationslücke schließen und den Fahrgästen die notwendige Transparenz über Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Busse bieten.

Eine solche Maßnahme würde nicht nur den Komfort der Fahrgäste erhöhen, sondern auch das Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Schienenersatzverkehrs stärken. Dies ist besonders wichtig in Zeiten, in denen der öffentliche Nahverkehr aufgrund zahlreicher Störungen und Baustellen immer wieder negativ in den Schlagzeilen steht.

Positive Erfahrungen wurden bereits bei der Riedbahnsanierung gemacht, wo SEV-Busse mit Echtzeitinformationen ausgestattet wurden. Aber auch in der Vergangenheit wurden bei einzelnen SEV-Verkehren in der Region Stuttgart Echtzeitinformationen angeboten.

Für die Fraktion gez.

Philipp Buchholz; Michael Lateier; Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushalt 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Entwicklung bei regionalen X-/Expressbussen

Die Geschäftsstelle des Regionalverbandes Stuttgart wird beauftragt

- a) über die aktuellen Entwicklungen bei den X-Bussen sowie
 - b) zu den Potentialen für die Weiterentwicklung der Relex-Linien
- zu berichten.

Zudem möge die Geschäftsstelle berichten ob und inwieweit die zukünftige (End-)Haltestelle Neuhausen in die Linienführung integriert werden kann.

Begründung

Vor einiger Zeit wurden zusätzliche X-/Expressbusse als Maßnahme zur Luftreinhaltung eingeführt. Derzeit überlegen einige Kommunen und Kreise dieses Angebot auszudünnen. Einzelne Linien, namentlich der X 4 (Nürtingen/Degerloch) haben sich nicht nur bewährt, sondern sind als Lückenschluss bzw. Tangentiale von hoher regionaler Bedeutung.

Mit dem neuen S-Bahnhalt Neuhausen (Inbetriebnahme voraussichtlich 2028) ergeben sich neue Aspekte und Potentiale für zusätzliche Haltepunkte bzw. die Linienführung. Diese müssten aber frühzeitig geplant werden.

Für die Fraktion gez.

Prof. Dr. André Reichel, Michael Lateier

Antrag zum Haushalt 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Fußwege zu S-Bahnhaltestellen

Die Geschäftsstelle möge den aktuellen Stand und zukünftige Planungen bei den folgenden S-Bahn-Haltestellen darstellen:

- Nordbahnhof
- Nürnberger Straße

Dabei ist insbesondere darzustellen, wie diese Haltestellen nicht nur stufenfrei sondern auch ohne entsprechenden „Fernwanderweg“ erreichbar werden. Die Geschäftsstelle möge auch darstellen ob und wie die Region entsprechende Planungen unterstützen könnte.

Begründung:

Der Verband Region Stuttgart unterstützt, nicht zuletzt auch durch erhebliche finanzielle Mittel den „barrierefreien“ Zugang zu den S-Bahnen. Ein erster „Zwischenschritt“ wurde durch den „stufenfreien“ Zugang zu allen S-Bahnsteigen 2021 erreicht. Nichtsdestotrotz sind noch einige Verbesserungen bis zu einem „barrierefreien“ Zugang notwendig.

Dazu gehört auch, dass mobilitätseingeschränkte Personen nicht auf einen „Fernwanderweg“ zur Erreichung der S-Bahn begeben müssen (Nordbahnhof +/- ein Kilometer)

Für die Fraktion gez.

Michael Lateier; Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushalt 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Gartenschauen in der Region – Kooperationseffekte nutzen!

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt darzustellen, inwiefern eine Kooperation der Geschäftsstelle, insbesondere im Rahmen des Landschaftsparkprogramms, mit den Initiatoren und Veranstaltern der Gartenschauen in Vaihingen/Enz (2029), in Benningen und Marbach am Neckar (2033) angedacht oder vorbereitet ist, oder noch entwickelt werden muss.

Begründung:

Der Verband Region Stuttgart hat sich selbst auf den Weg zu einer Bundesgartenschau im Jahr 2041 gemacht. Bis dahin werden allerdings auch zwei weitere Gartenschauen im Gebiet der Region stattfinden, die elementare Themen des Landschaftsparks, insbesondere das Leben am Fluss, aber auch Steillagen oder stadtnahe Erholung, thematisieren und umsetzen.

Der Verband Region Stuttgart mit seinem Landschaftspark ist ein Akteur, der hier durch Know-How und Vernetzung, aber auch durch finanzielle Mittel, unterstützen kann.

Für die Fraktion gez.

Renate Burkhardt-Schimpf; Leo Buchholz; Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushalt 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Innenentwicklung in kleinen Kommunen – Förderprogramme nutzen!

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine Bewerbung für das Landesförderprogramm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ einzureichen, um personelle Kapazitäten zu schaffen. Ziel soll es sein, auf regionaler Ebene, durch Handreichungen und aktive Mithilfe, insbesondere kleiner Kommunen bei der Reorganisation und Entwicklung von innerstädtischen Grundstücken zu unterstützen.

Begründung:

Durch das Programm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ fördert das Land Baden-Württemberg nicht-investive Maßnahmen, die auf eine aktive und qualitätsvolle Innenentwicklung abzielen. Gefördert werden insbesondere Maßnahmen, die darauf abzielen, innerörtliche Flächen, wie Baulücken und Brachflächen, aber auch bestehende Leerstände sowie Aufstockungs- und Nachverdichtungspotenziale zu aktivieren.¹

Antragsberechtigt sind dabei neben Städten, Gemeinden, Gemeindeverwaltungsverbänden und Landkreisen auch explizit die Träger der Regionalplanung. Die Regionalverbände Mittlerer Oberrhein und Rhein-Neckar sind bereits Teil dieses Förderprogramms und nutzen es, um das Thema in den Kommunen durch Impulsreihen und Personalstellen zu setzen.

Für die Fraktion gez.

Ulrich Dilger; Leo Buchholz; Prof. Dr. André Reichel

¹ <https://mlw.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderprogramme/liste-foerderprogramme-mlw/flaechen-gewinnen-durch-innenentwicklung/>

Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Innovationsplattform „Arena2036“ für Gesundheitstechnologien prüfen

Im Rahmen des kommenden Haushalt 2026 prüft die Verwaltung, wie das erfolgreiche Innovationsmodell „Arena2036“ auf den Bereich Gesundheitstechnologien übertragen werden kann.

Begründung:

Die Region Stuttgart ist ein führender Standort für Industrie, Forschung und Innovation. Mit der Arena2036 ist hier ein europaweit einzigartiges Modell entstanden, das Wissenschaft, Wirtschaft und Start-ups in einem offenen Innovationscampus zusammenbringt. Dieses Modell hat Strahlkraft weit über die Automobil- und Mobilitätsbranche hinaus.

Die Gesundheitswirtschaft ist eine der größten Zukunftsbranchen unserer Region und gleichzeitig von enormer Bedeutung für Lebensqualität, Daseinsvorsorge und Beschäftigung. Themen wie Medizintechnik, digitale Gesundheit, Robotik in Pflege und Therapie oder KI-gestützte Diagnostik erfordern neue Plattformen für Zusammenarbeit und beschleunigte Innovationszyklen.

Die Prinzipien der Arena2036 – Interdisziplinarität, Co-Creation, offene Innovationskultur – sollen, wenn möglich, auf den Bereich Gesundheitstechnologien übertragen werden.

Ziel ist es, die Region Stuttgart als eine Leitregion für Gesundheitstechnologie zu profilieren und neue Wertschöpfung zu generieren.

Für die Fraktion gez.

Irmela Neipp-Gereke; Sabine Kober; Prof. Dr. André Reichel

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Antrag zum Haushalt 2026

Klimaneutrale S-Bahn

Die Geschäftsstelle möge im Rahmen der Neuausschreibung darstellen, wie die Klimaneutralität der S-Bahn im Rahmen der Ausschreibung bzw. Vertragsgestaltung hergestellt werden kann.

Begründung:

Deutschland hat sich verpflichtet bis 2045 klimaneutral zu sein. Dabei schreibt das Klimaschutzgesetz verbindliche Zwischenziele auf dem Weg zur Klimaneutralität (Netto-Treibhausgasneutralität) vor. Dabei wurden die Zielerreichung nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorgezogen und die Zwischenziele verschärft, unter anderem auf 65 % Emissionsreduktion bis 2030 gegenüber 1990. Die Klimaneutralität soll durch eine umfassende Umstellung der verschiedenen Sektoren, u.a. dem Verkehr, erreicht werden.

Der neue/zukünftige S-Bahn-Vertrag fällt in diesen Zeitraum. Spätestens bis 2045 soll die S-Bahn in der Region Stuttgart klimaneutral fahren. Diese gesetzlichen Vorgaben müssen im Rahmen des neuen Vertrages zum Betrieb der S-Bahn Stuttgart berücksichtigt werden.

Für die Fraktion gez.

Prof. Dr. André Reichel; Michael Lateier

Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Machbarkeitsstudie für eine regionale KI-Logistikplattform - Ein Beitrag zur CO2 Reduktion im Wirtschaftsverkehr

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, mit einer extern zu vergebenden Machbarkeitsstudie, die Einführung einer KI basierten Logistikplattform für die Region Stuttgart zu prüfen.

Als Vorbild für eine solche Plattform kann dabei das erfolgreiche Pilotprojekt „Garantiert Geliefert“ des Odenwaldkreises dienen.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie ist die Übertragbarkeit eines solchen Ansatzes auf die Region Stuttgart zu prüfen. Darzulegen ist die aktuelle Situation in der Region Stuttgart, das vorhandene Potential für eine KI-Logistikplattform, sowie technische Optionen zur Umsetzung. Dafür sind 100.000 EUR im Haushalt einzustellen.

Begründung:

Der größte Teil der CO2-Emissionen in Deutschland, so auch in der Region Stuttgart, geht auf den Verkehrssektor zurück. Mit Blick auf den Wirtschaftsverkehr rechnet das Kraftfahrtbundesamt deutschlandweit mit rund 40% Leerfahrten im Lieferverkehr.

Weitere, nur teilausgelastete Fahrten nicht mitgezählt.

Hier setzen KI basierte Logistikplattformen, wie die genannte im Odenwaldkreis mit dem Titel „Garantiert Geliefert“ an.

Diese setzt auf die gezielte Optimierung von Transportkapazitäten und der gleichzeitigen Senkung von CO2-Emissionen.

Künstliche Intelligenz (KI) kann nachweislich helfen, den Lieferverkehr effizienter zu gestalten und Leerfahrten zu vermeiden. Erfasst werden freie Ladeflächenkapazitäten bei registrierten Unternehmen. Dies ermöglicht es weiteren Firmen, diese freien Kapazitäten in Realzeit zu buchen.

Davon profitieren regionale Unternehmen ökonomisch. Gleichzeitig handelt es sich um eine effektive Klimaschutzmaßnahme in der Region. Ein Beitrag zur nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit unserer Region.

Für die Fraktion gez.

Ulrich Dilger, Sabine Kober, Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushalt 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Panoramabahn in 2027 nutzen

Die Geschäftsstelle möge zusammen mit Fachvertreter/innen (im AK S21) darstellen, welche Möglichkeiten bestehen die „Panoramabahn“ weiter als Ausweichstrecke während der Stammstreckensperrung in 2027 zu nutzen; dabei sind auch eventuelle Kosten, Risiken und anderweitige Einschränkungen zu benennen.

Begründung:

Für Frühjahr/Sommer 2027 ist die 13-wöchige Vollsperrung der S-Bahn-Stammstrecke (Vaihingen–Hbf) zur Anbindung der neuen Station Mittnachtstraße vorgesehen. Nach aktuellem Bauablauf soll die Gäubahn-Zuführung (Panoramabahn - Kopfbahnhof) bereits ab März 2027 entfallen. Damit fehlt während der Sperre im Jahr 2027 eine wesentliche Entlastungs- und Umleitungsoption in die Innenstadt.

Seit 2018 liegen DB-interne Hinweise vor, dass die technische Aufrechterhaltung der Gäubahn-Zuführung in den Kopfbahnhof auch während der Anbindung Mittnachtstraße mittels bahnhofsnaher Weichen-/Signal-Provisorien grundsätzlich möglich wäre. Vor diesem Hintergrund wird um einen sachlichen Bericht zu Machbarkeit, Kosten, Risiken und den Auswirkungen auf Bau- und Betriebsabläufe gebeten, einschließlich Alternativen sowie eines Vergleichs der Gesamtwirkung auf den Verkehrsfluss in der Region.

Für die Fraktion gez.

Prof. Dr. André Reichel; Michael Lateier

Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Radtourismus stärken

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, gemeinsam mit der Region Stuttgart Marketing und Tourismus GmbH das Thema Radtourismus als eigenständigen Schwerpunkt in die touristischen Marketingaktivitäten der Region Stuttgart zu integrieren. Dabei sollen insbesondere die regionalen Radwege, die E-Bike-Ladeinfrastruktur sowie touristisch attraktive Radrouten und Ausflugsziele beworben werden. Zusätzlich sollen digitale Kartenangebote und Online-Informationsangebote für den Radtourismus in der Region erstellt und bereitgestellt werden.

Begründung:

Der Radtourismus gewinnt sowohl im Naherholungs- als auch im Ferntourismusbereich zunehmend an Bedeutung. Auch in der Region Stuttgart besteht ein hohes Potenzial, den Fahrradtourismus als nachhaltige und klimafreundliche Freizeit- und Tourismusform weiterzuentwickeln. Bislang wird dieses Potenzial jedoch nicht ausreichend genutzt. Während es auf Landesebene durch die Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg bereits Konzepte, etwa für den Neckartalradweg, gibt, fehlt bislang eine gezielte, regionale Vermarktung der vielfältigen Radangebote innerhalb der Region Stuttgart.

Die Region verfügt über ein dichtes und attraktives Netz an Radwegen, landschaftlich reizvolle Strecken und zahlreiche Anknüpfungspunkte an touristische Ziele, gastronomische Angebote und kulturelle Sehenswürdigkeiten. Darüber hinaus hat der Verband Region Stuttgart in den vergangenen Jahren die E-Bike-Ladeinfrastruktur im Verbandsgebiet gefördert – ein wichtiges Element, um insbesondere den E-Bike-Tourismus zu stärken. Diese Infrastruktur sollte im Rahmen einer Marketingstrategie stärker beworben und mit konkreten Tourenvorschlägen verbunden werden.

Durch die Integration des Themas Radtourismus in die Aktivitäten der Region Stuttgart Marketing und Tourismus GmbH (RSM) kann eine professionelle Vermarktung erfolgen. Dies sollte sowohl über klassische Kommunikationswege wie Printprodukte als auch über digitale Formate geschehen. Besonders ist die Erstellung und Bereitstellung von Online-Karten mit Radrouten, Ladepunkten und Sehenswürdigkeiten entlang der Strecken wichtig. Diese digitale Aufbereitung ermöglicht eine zeitgemäße, nutzerfreundliche Ansprache und stärkt die Sichtbarkeit der Region als attraktives Ziel für Radfahrer*innen.

Für die Fraktion gez.

Philipp Buchholz; Sabine Kober; Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Region Stuttgart unterstützt Fachkräfte aus aller Welt bei der Integration

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS), den Kammern und kommunalen Partnern ein Konzept für einen so genannten regionalen Relocation-Service zu erarbeiten, der insbesondere kleine und mittlere Betriebe, Start Up's und Forschungseinrichtungen bei der Integration von Fachkräften aus aller Welt unterstützt. Die Kosten für das Konzept und die jährlich entstehenden Kosten für den Betrieb sind zu ermitteln sowie eine Zeitschiene für den Start darzulegen.

Begründung:

Die Region Stuttgart ist auf internationale Fachkräfte angewiesen. Vor allem in den Zukunftsbranchen wie Medizintechnik, IT/KI und Mobilitätswirtschaft. Während die Global Player in der Region längst interne Strukturen zur bestmöglichen Integration ihrer Fachkräfte aus dem Ausland geschaffen haben, sind kleine und mittlere Betriebe, Start Up's und Forschungseinrichtungen kaum in der Lage dies mit Bordmitteln zu bewältigen.

Ein regionaler Relocation-Service, der bei

- Visa-, Aufenthalts- und Meldeformalitäten unterstützt,
- Hilfe bei Wohnungssuche, Kita- und Schulplätzen leistet,
- bei Sozial- und Krankenversicherungsfragen berät,
- Angebote zur Sprachförderung und kulturellen Integration unterbreitet sowie
- Unterstützung der beruflichen Integration von mitziehenden Partner:innen anbietet

beschleunigt den Arbeitsantritt und erhöht die Bindung qualifizierter Arbeitskräfte an den Standort. Erfolgreiche Metropolregionen wie München, Zürich oder Kopenhagen zeigen, dass solche Angebote eine positive Wirkung im Wettbewerb um die besten Köpfe haben.

Der Verband Region Stuttgart kann mit diesem Service einen zentralen Beitrag zur Fachkräftesicherung und Standortattraktivität leisten und die Region als weltoffenen, zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort profilieren.

Für die Fraktion gez.

Heike Schiller; Sabine Kober; Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Schwerpunkt Gesundheitstechnologien beim Förderprogramm Zukunftstechnologien

Der Verband Region Stuttgart möge beschließen im Förderprogramm Zukunftstechnologien einen Schwerpunkt für den Bereich Gesundheitstechnologien einzusetzen. Die Ausarbeitung der Förderrichtlinien sowie die Umsetzung des Programms im Bereich Gesundheitstechnologien erfolgen in gemeinsamer Verantwortung der Geschäftsstelle des Verbands Region Stuttgart und der BioRegio STERN Management GmbH.

Begründung:

Mit der Bereitstellung von 5,5 Mio. Euro für Zukunftstechnologien hat der Verband Region Stuttgart ein starkes Signal gesetzt. Wir wollen Schlüsseltechnologien gezielt fördern, die unsere Region im internationalen Wettbewerb stärken und Zukunftsmärkte erschließen.

Ein zunehmend zentraler Zukunftsbereich ist die Gesundheitstechnologie. Sie verbindet wissenschaftliche Exzellenz, wirtschaftliche Wertschöpfung und gesellschaftliche Relevanz in besonderer Weise. Medizintechnik, digitale Gesundheit, KI-gestützte Diagnostik, Robotik in Therapie und Pflege, sind alles Felder in denen die Region Stuttgart bereits heute stark ist und in denen enormes Wachstumspotenzial liegt.

Am 17. Juli 2025 fand die Science2Start-Preisverleihung der BioRegio STERN Management GmbH statt. Im Technologiepark Tübingen-Reutlingen wurden Ideen von Wissenschaftlern gewürdigt, die nach Meinung einer Expertenjury besonderes wirtschaftliches Potenzial haben. Nicht zufällig erhielt dabei das Max-Planck-Institut für intelligente Systeme in Stuttgart den 3. Preis der Jury für „EndoSurge“ - ein MRT- kompatibles Kathetersystem mit robotischer Steuerung und künstlicher Intelligenz für interventionelle Eingriffe bei Herzrhythmusstörungen.

Damit die Region diese Potenziale konsequent nutzt, braucht es eine klare Schwerpunktsetzung innerhalb des Förderprogramms. Mit einem wesentlichen Anteil der Mittel für Gesundheitstechnologien werden gezielt Start-ups, Scale-ups und Unternehmen unterstützt, die neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen in diesem Bereich entwickeln.

Die Förderrichtlinien sollen dabei sicherstellen, dass Projekte mit hoher Innovationskraft, starkem Transferpotenzial und wirtschaftlich klarer regionaler Wertschöpfung ausgewählt werden.

Für die Fraktion

Irmela Neipp-Gereke; Sabine Kober; Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushalt 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Streuobstwiesen

Wir beantragen zur Feier des 50-jährigen Streuobstwiesen-Jubiläums ein zusätzliches Sonderbudget von 50.000€ im Rahmen des Landschaftsparkprojektes, der zeitgleich sein 20-jähriges Bestehen feiert, einzustellen. Mit diesem Budget sollen erlebnispädagogische Konzepte gefördert werden, die Streuobstwiesen sichtbar und erlebbar machen und über ihre Funktion aufklären.

Begründung

Vor 50 Jahren wurden durch den Ornithologen Bruno Ullrich die Streuobstwiese als ein definiertes Biotop identifiziert, das trotz der landwirtschaftlichen Nutzung im Obstanbau eine ungeheure Artenvielfalt aufweist und darüber hinaus der Viehzucht Grünland zur Verfügung stellt.

Streuobstwiesen sind nicht nur wertvolle Biotope, sondern prägend für unsere Kulturlandschaft und haben damit einen hohen Identifikationswert für die Bürgerinnen und Bürger in der Region Stuttgart. In der zuletzt überarbeiteten Fassung zur Ausschreibung des Landschaftsparks wurde deshalb der Erhalt und die Weiterentwicklung von charakteristischen Kulturlandschaften und damit der Streuobstwiese neu aufgenommen. Viele Kommunen haben in den letzten Jahren Streuobstwiesen auf kommunalen Flächen als Ausgleichsmaßnahmen angelegt. Ziel des Sonderbudgets soll es sein, Streuobstwiesen erfahrbar und erlebbar für die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten und so für ihre Schutzwürdigkeit zu sensibilisieren.

Mit diesem Antrag möchten wir im Kontext der Jubiläen im besonderen Maße auf die Wichtigkeit der Streuobstwiesen aufmerksam machen und so ihren Erhalt unterstützen.

Für die Fraktion gez.

Dr. Angela Brück; Sonja Elineau; Leo Buchholz; Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Zukunftssicherung: Wasser für Industrie, Landwirtschaft und Menschen in der Region Stuttgart

Wasser als lebenswichtige Ressource für Alltag, Wirtschaft und Landwirtschaft ist für die Region Stuttgart ein Zukunftsthema. Die in der Region vorhandenen eigenen Wasservorkommen sind begrenzt - Stichwort Grundwasserstress - und sind mehr und mehr auf Fernwasser angewiesen. Die Verwaltung wird gebeten, Fachleute in den Wirtschaftsausschuss einzuladen, die den Status Quo darstellen.

Begründung

Auch in der Region Stuttgart wird das Grundwasser knapper und steht durch die Klimakrise zunehmend unter Druck. Es wird mehr entnommen, als sich durch Niederschläge neu bildet. Daher haben etwa die Landkreise Böblingen und Esslingen schon früh im Jahr 2025 die Entnahme aus Flüssen und Bächen eingeschränkt. Gleichzeitig steigen die Wasserbedarfe in privaten Haushalten, Industrie und Landwirtschaft an. Daher müssen wir informiert sein, um bei unseren Entscheidungen auch diesen Aspekt der Zukunftssicherung einbeziehen zu können.

Das ISOE (Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt) beschreibt die Situation wie folgt: »Deutschland verliert Wasser. Weltweit zählt es zu den Regionen mit den höchsten Verlusten. Im Zuge der Erderhitzung ist das höchst problematisch. Mehr als zwei Drittel des Trinkwassers werden aus dieser Ressource gewonnen. Grundwasser versorgt Pflanzen und Böden, speist Bäche und Flüsse. Auch in unserer Ernährung, dem Transport von Gütern oder der Kühlung von Industrieanlagen sind wir abhängig von Grundwasser.«

Fachleute aus Wasserwirtschaft, Land, Landkreisen, IHK, BUND, ISOE sollen im Wirtschaftsausschuss den Status Quo darlegen und die Strategien zur künftigen Sicherung aufzeigen. Zwar wurden in den Dialogforen Wasser der WRS verschiedene Themen in diesem Bereich diskutiert. Es ist jedoch erforderlich, das Augenmerk der Regionalversammlung aktuell zu fokussieren.

Für die Fraktion gez.

Heike Schiller; Sabine Kober; Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushalt 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

+49 (0) 711 226 30 10
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Wettbewerb effiziente Flächennutzung

Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt einen Wettbewerb zu konzipieren und auszu-schreiben, der die Städte und Gemeinden sowie Bürgerinnen und Bürger der Region motiviert, kreative und gute Strategien zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in der Region zu entwi-ckeln. Dafür sollen im Haushalt 90.000€ eingestellt werden.

Bewerben können sich Kommunen, Privatpersonen und Organisationen.

Der Wettbewerb soll das jeweils beste Vorhaben oder Bauprojekt in den folgenden Kategorien prämiieren und veröffentlichen:

1. Intelligente Nachnutzung und Reaktivierung von leerstehenden Büro- und Gewerbeflächen
2. Flächenschonender Wohnungsbau
Es sollen Neubauten prämiert werden, die sich durch besonders flächenschonende Bauweise auszeichnen. Explizit sollen Projekte prämiert werden, die sich nicht im Kontext der IBA `27 bewegen.
3. Als Sonderkategorie schlagen wir einen Entsiegelungswettbewerb vor, der die Kommune mit der größten entsiegelten Fläche im Jahr prämiert, analog dem in den Niederlanden verbreiteten und beliebten Tegel-Wippen.

Begründung:

Für Baden-Württemberg ist vorgesehen bis 2030 weniger als 3 ha neue Fläche pro Tag zu be-anspruchen. Aktuell liegt der Flächenverbrauch in Baden-Württemberg bei 4,6 ha Fläche, es besteht also Handlungsbedarf. Besonders in der dicht besiedelten Region Stuttgart mit diver-gierenden Flächenbedarfen ist das Ziel 3 ha für 2030 und die in Baden-Württemberg vorgese-hene Netto Null in 2035 ambitioniert.

Wir möchten gute und kreative Lösungsansätze belohnen und publik machen und so zur Nachahmung anregen. Viele Lösungsansätze zu dem Thema wurden und werden bereits im Rahmen der IBA27 entwickelt und können so in die Breite getragen werden.

Zu den Preiskategorien:

Durch den Transformationsprozess und den immer noch vorhandenen Trend zum Homeoffice gibt es insbesondere bei Büroflächen Leerstände, deren Nachnutzung die Erschließung von neuen Flächen verhindern kann.

Nachhaltig konzipierte Gebäude können durch geschickte Planung direkt zur Minimierung des Flächenverbrauchs beitragen, indirekt sparen sie Fläche durch die Minimierung des Einsatzes von Primärrohstoffen und reduzierten Energiebedarf, da für deren Bereitstellung ebenfalls Flächen benötigt werden.

Der Tegelwippenwettbewerb ist in den Niederlanden ein beliebtes Ereignis, bei dem viele Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen. Er hat bereits Nachahmer in Deutschland gefunden, zum Beispiel in Zweibrücken, Hamburg, Koblenz und Gerach. Auf diese Weise lassen sich auch viele kleinere Flächen in privaten Besitz entsiegeln, die in der Summe einen relevanten Beitrag zur klimaresilienten Stadt und Schwammstadt liefern. Sie helfen Kommunen und Städte bei Hitzetagen abzukühlen und bieten bei Starkregenereignissen zusätzliche Versickerungsflächen.

Für die Fraktion gez.

Dr. Angela Brück; Sonja Elineau; Leo Buchholz; Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushaltsplan 2026

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

20.10.2025

Zielgruppenspezifische Marketingkampagne Nachtökonomie und -mobilität

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, gemeinsam mit dem PopBüro, der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) und dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) eine zielgruppenspezifische Marketingkampagne zur Stärkung der Nachtökonomie und zur Bewerbung der nächtlichen ÖPNV-Angebote in der Region Stuttgart zu entwickeln und umzusetzen. Hierfür werden 50.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Die Nachtökonomische Studie Stuttgart des PopBüro, der WRS und der Stadt Stuttgart hat die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Nachtökonomie erstmals umfassend erfasst. Demnach nehmen rund 120.000 Menschen jedes Wochenende am Stuttgarter Nachtleben teil - ein Drittel davon kommt aus der Region. Damit stellt das Nachtleben einen zentralen wirtschaftlichen und kulturellen Standortfaktor für die gesamte Region dar.

Trotz des gut ausgebauten nächtlichen ÖPNV-Angebots - insbesondere durch die Nacht-S-Bahn und Nacht-Regionalzüge - zeigt sich, dass die Nutzung dieser Angebote noch ausbaufähig ist. Die Studie weist darauf hin, dass 41% der Besucher*innen aus der Region weiterhin das Auto nutzen. In Anbetracht eines häufig vorkommenden Alkoholkonsums im Nachtleben ist eine Erhöhung der Nutzung des ÖPNVs erstrebenswert.

Eine zielgruppenspezifische Marketingkampagne soll hier ansetzen und die bestehenden Mobilitätsangebote besser kommunizieren. Ziel ist es, insbesondere junge Erwachsene, Studierende, Beschäftigte in der Nachtgastronomie sowie Gäste aus dem Umland gezielt anzusprechen und über Heimfahrmöglichkeiten mit dem ÖPNV zu informieren.

Damit soll einerseits die Nutzung der Verkehrsmittel in der Aufgabenträgerschaft des Verbands beworben, andererseits die Nachtökonomie als Teil der regionalen Wirtschaftsleistung gestärkt und zugleich ein Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet werden.

Für die Fraktion gez.

Philipp Buchholz; Michael Lateier; Prof. Dr. André Reichel

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Landschaftspark: 25 Jahre feiern, dafür richtig“

Antrag:

1. Der Landschaftspark feiert seinen 25. Geburtstag im Jahr 2031. Auf die Feier des 20-jährigen Jubiläums wird verzichtet. Die veranschlagten Haushaltsmittel für das Jubiläum 2026 werden umgewidmet und für Landschaftsparkprojekte der Landesgartenschauen Vaihingen an der Enz 2029 und Marbach-Benningen 2033 verwendet.
2. Zum 25ten Jubiläum wird nicht nur die Kultur am Neckar in den Blick genommen, sondern ein Motto gewählt, das den Bogen zwischen den Landschaftsparkprojekten in der Fläche einerseits und den Gartenschauen und besonders zur BUGA andererseits schlägt.

Begründung:

Der regionale Landschaftspark ist ein wirksames Instrument, um grüne Infrastruktur zu fördern, die Aufwertung von Landschaft positiv zu besetzen und Projekten durch die Fördermittel in die Realisierung zu verhelfen, die sonst nicht in dieser hohen Qualität umgesetzt würden.

Die Geschäftsstelle plant das zwanzigjährige Jubiläum in 2026 und dann 2031 zum 25. Geburtstag ein Neckar-Kultur-Festival mit Blick auf die BUGA in 2043. Aus Sicht der Freien Wähler ist das klassische Jubiläumsjahr das Vierteljahrhundert in 2031. Angesichts dessen, dass Städte und Gemeinden aktuell selbst bei örtlichen Stadtfesten einsparen müssen, erscheint es aus der Zeit gefallen, den Landschaftspark im Fünfjahres-Rhythmus zu feiern.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Dadurch wird die Akzeptanz, die dieses Programm in vielen Jahren Stück um Stück auch in den Rathäuser gewonnen hat, in Frage gestellt.

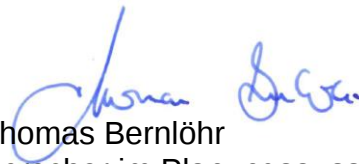
Der Zeitpunkt 2031 ist ohnehin mit Blick auf 2043 und auch auf die Landesgartenschau Marbach-Benningen 2033 äußerst passend.

Daher kann 2026 auf ein separates Jubiläum verzichtet werden. Die eingestellten Mittel in Höhe von 50.000 € werden umgewidmet und für Landschaftsparkprojekte in den Gartenschau-Kommunen verwendet.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Thomas Bernlöhr
Sprecher im Planungsausschuss

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Erste Ergebnisse der Fortschreibung des LEP und wie steht es um die Einstufung unserer Kommunen als zentrale Orte?“

Antrag:

1. Nach Vorliegen des ersten Planentwurfs des fortzuschreibenden LEP berichtet die Geschäftsstelle über die Fortschreibung und wie sich die Region in den bisherigen Beteiligungsprozess eingebracht hat.
2. Die Ergebnisse des ersten Planentwurfs werden vorgestellt und die Inhalte und Wirkungen auf Region und Regionalplan bewertet.

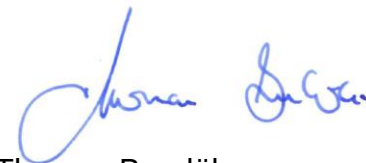
Begründung:

Der Landesentwicklungsplan (LEP) ist bereits mehr als 20 Jahre gültig und wird seit einigen Jahren fortgeschrieben. Die Ergebnisse der ersten Beteiligung im Fortschreibungsverfahren sollen dem Vernehmen nach noch vor der Landtagswahl veröffentlicht werden. Auch für die Region Stuttgart und den Regionalplan legt die Landesplanung die Grundlagen. Dazu gehört die Einstufung der Städte und Gemeinden als *Gemeinde im Siedlungsraum* oder als *zentraler Ort* ist für die kommunale Entwicklung von herausgehobener Bedeutung. Es ist angekündigt, dass auch das bestehende System der zentralen Orte an sich auf den Prüfstand gestellt und möglicherweise fortentwickelt oder durch ein neues System ersetzt wird. Daher wird eine frühzeitige Information der Regionalversammlung erbeten.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Thomas Bernlöhrl
Sprecher im Planungsausschuss

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhrl

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Und jährlich grüßt das Murmeltier: Gewerbeflächen - von der Analyse zum Handeln“

Antrag:

1. Die Geschäftsstelle stellt den aktuellen Stand der Gespräche im Raum Vaihingen dar.
2. Auf Basis der Gewerbeflächenanalyse skizziert die Geschäftsstelle, in welchen weiteren Teilräumen das Angebot an zur Verfügung stehender Gewerbefläche besonders gering ist.

Begründung:

Auch die aktuelle Gewerbeflächenanalyse arbeitet erneut - wie nicht anders zu erwarten war - in erschreckender Klarheit heraus, dass die Region weder kurzfristig, noch in einer längerfristigen Perspektive ausreichende Flächen für Unternehmen aller Art und damit auch nicht für zukunftsgerichtete Unternehmen vorweisen kann.

Damit gehen der Region viele Betriebe und wichtige, zumeist hochwertige Arbeitsplätze verloren. Denn ansiedlungswillige Betriebe finden außerhalb der Region genügend Flächen und Perspektiven. Die Veränderung im Ranking der Regionen zeigt, dass andere Bereiche aufholen. Den Bestand gilt es zu pflegen, aber auch neue Betriebe brauchen in der Region eine Zukunft.

Über die im Bericht dargestellten Maßnahmen hinaus muss es vor allem in solchen Teilräumen, in denen erkennbar ein Mangel an verfügbaren Flächen vorhanden ist, darum gehen, rasch und effektiv Abhilfe zu schaffen.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Die Entwicklung in Mundelsheim und Bönningheim hat gezeigt, dass solche Lücken identifiziert und geschlossen werden können, wenn die Kommunen und die Region gemeinsam an einer Lösung arbeiten.

Eine ähnliche Situation stellt sich im Mittelbereich Vaihingen an der Enz dar. Auf Antrag der Freien Wähler aus 2024 ist die Region in diesem Mittelbereich in Gesprächen mit der Raumschaft hinsichtlich einer Gewerbegebietsentwicklung.

Es wäre wichtig, zu erfahren, wie der Sachstand der Gespräche ist und in welchen anderen Teilräumen eine Ausweisung von Gewerbeflächen möglich erscheint, um auch dort mit den Kommunen ins Gespräch zu kommen. Dann kann es, wie in Mundelsheim und Bönningheim erfolgreich praktiziert, gelingen, Flächenreserven zu akquirieren und Unternehmen anzubieten.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Thomas Bernlöhr
Sprecher im Planungsausschuss

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Kräfte bündeln und auf regionale Aufgaben fokussieren“

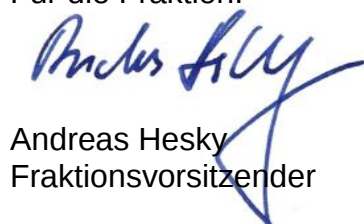
Antrag:

1. Hat die Region eine Zuständigkeit und Aufgabe beim Thema *elektrische Energie* über die Raumordnung hinaus?
2. Welche Akteure aus Energiewirtschaft, Regulierung bzw. öffentlicher Aufsicht sollen vernetzt werden? Bestehen von dort aus Wünsche, dass eine regionale Vernetzung gesucht, wirklich sinnvoll oder gar notwendig wäre?

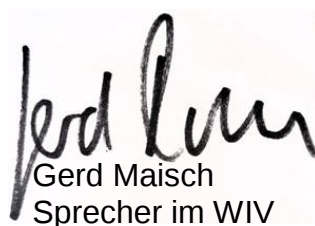
Begründung:

Die Geschäftsstelle plant einen „Regionalen Energiedialog“, um den Netzausbau und den Zubau erneuerbarer Energien zu moderieren und zu orchestrieren. Dazu müsste ein Mangel an Vernetzung, regionaler Steuerung oder Engagement der Akteure vorhanden sein. Dies ist zwar an sich nicht ausgeschlossen, andererseits aber bislang nicht ersichtlich. Gleichzeitig müsste der Verband in der rechtlichen Position sein, die Register ziehen und den Taktstock (wirksam) so schwingen zu können, dass er den Takt vorgibt. Dies möge aufgezeigt werden. Natürlich kann man immer miteinander reden. Aber Ressourcen sollten so eingesetzt werden, dass mehr erreicht wird, als die Floskel: „Gut, dass wir miteinander gesprochen haben“. Die für den Energiedialog eingestellten Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen.

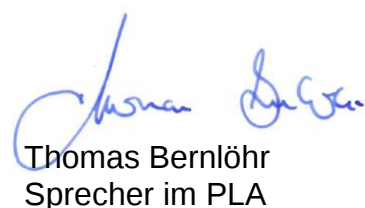
Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Gerd Maisch
Sprecher im WIV



Thomas Bernlöhner
Sprecher im PLA

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhner

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Fachkräfte braucht die Region“

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, über die Veranstaltung der Fachkräfteallianz

Personalabbau & Fachkräftemangel

Arbeitsmarkt im Wandel, regionale Politik im Zugzwang

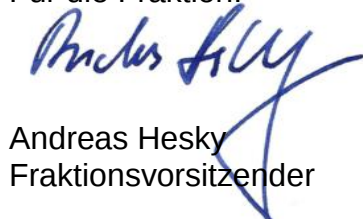
vom 9.10.2025 im WIV zu berichten und die insbesondere den Vortrag von Dr. Gerd Zika den Mitgliedern der Regionalversammlung zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Auf den ersten Blick passen Personalabbau und ein weiter bestehender Fachkräftemangel nicht zusammen. Dennoch besteht dieser fort. Es ist nur schwer nachvollziehbar, dass im selben Unternehmen einerseits Personal freigesetzt und andererseits gesucht wird. Dies offenbart zwei Handlungsfelder: Fachkräfte sind weiterhin zu gewinnen und vorhandene Arbeitskräfte zu qualifizieren. Gemeinsam mit der Fachkräfteallianz wird diese wichtige regionale Aufgabe angegangen. Sie gilt es, auf die neue Situation auszurichten.

Genau in diesem Bereich hat die Veranstaltung Impulse und wichtige Informationen gegeben. Die theoretischen Darlegungen und die praktischen Beispiele, die bei der Veranstaltung vorgestellt wurden, sind für die aktuelle Situation von Interesse für die Fragestellungen der Region Stuttgart und für die regionale Politik.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender

gez.

Rainer Gessler
2. Stv. Verbandsvorsitzender

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Von Regeln befreien“

Antrag:

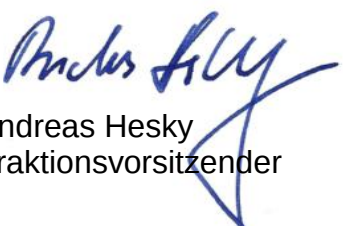
Die Geschäftsstelle zeigt auf, wie von den Möglichkeiten des
„*Kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes*“
Gebrauch gemacht werden kann und legt der Regionalversammlung zeitnah
Vorschläge vor.

Begründung:

Dass in Deutschland eine überbordende Bürokratie die Entwicklung blockiert, ist bekannt und seit vielen Jahren in der Diskussion. Erstaunlich ist allerdings, dass dennoch immer mehr Regelungen dazukommen, weit mehr, als wegfallen.

Am 8. Oktober 2025 hat der Landtag von Baden-Württemberg das „Regelungsbefreiungsgesetz“ beschlossen, das die Möglichkeit eröffnet, neue Lösungswege zu testen und Verwaltungsverfahren zu beschleunigen, zu vereinfachen und kostengünstiger zu gestalten. Die agile und innovative Verbandsverwaltung sollte von dieser neuen Möglichkeit Gebrauch machen. Sie weiß am besten, wo. Daher wird sie gebeten, dies zu benennen und einen aktiven Beitrag zur Befreiung von unnötigen Regeln zu leisten.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Gerd Maisch
Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft,
Infrastruktur und Verwaltung

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Organigramm - so ist die Geschäftsstelle aufgebaut“

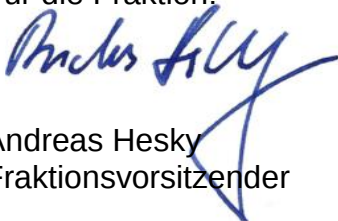
Antrag:

1. Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, ein Organigramm der Aufbauorganisation zu erstellen. In diesem werden in einem Liniensystem die internen Strukturen wie vorgesetzte Stellen, ausführende Stellen, die Kommunikations- und Leitungswege, Geschäftsbereiche, Abteilungen und ggf. interne Gremien aufgezeigt.
2. Die Geschäftsstelle zeigt ebenso auf, welche Änderung der Geschäftsverteilung gesetzlich möglich sind.

Begründung:

Im Ratsinformationssystem ist unter der Rubrik „Organigramm“ die „Organisation der Geschäftsstelle“ zu finden. Diese eher als Aufgabenverteilungsplan anzusehende Grafik enthält zu wenige Informationen über den Aufbau der Geschäftsstelle, die innerhalb der „Bereiche“ gebildeten Abteilung, die Ansiedlung der Stabsstelle und es fehlt die Kennzeichnung von Leitungsstellen und ausführenden Stellen. Dies ist für die Beurteilung von organisatorischen Themen aber unerlässlich, wie die Festlegung, welche Personalentscheidungen nicht mehr in Gremien getroffen werden sollen, um die Geschäftsstelle zu entlasten sowie flexibel und rasch handlungsfähig zu halten.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Gerd Maisch
Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft,
Infrastruktur und Verwaltung

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Verwaltungsleitbild erarbeiten - wir machen es regional“

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, ein regionales Verwaltungsleitbild zu entwickeln.

Begründung:

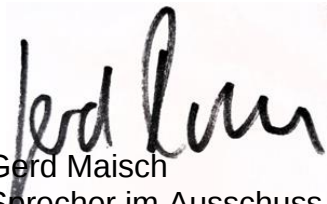
Die Mitarbeitenden der Verbandsgeschäftsstelle leisten herausragende Arbeit. Dies zeigen die vielen erfolgreichen Projekte und Aktivitäten in allen Aufgabenfeldern des Verbands. Dennoch... die Gewinnung von Fachkräften, die Motivation und Identifikation der Beschäftigten zu erhalten und zu fördern, sowie gegenüber den regionalen Stakeholdern transparent zu zeigen, welche kulturellen Werte in der Geschäftsstelle gelebt werden, ist in einer sich immer stärker wandelnden Welt wichtiger denn je. Es geht dabei nicht um die Entwicklung eines Slogans, oder einer Worthülse, sondern um die aus der Geschäftsstelle heraus unter Beteiligung der Mitarbeitenden vorzunehmende Entwicklung eines dann gelebten Leitbildes der Verwaltung, das Orientierung gibt und mit Maßnahmen hinterlegt ist.

Auf viele vorhandene Verwaltungsleitbilder von Kommunen und Behörden wird verwiesen.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Gerd Maisch
Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft,
Infrastruktur und Verwaltung

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Die Verbandsumlage stabil halten - strukturell und strategisch statt Einmaleffekte“

Antrag:

1. Die Geschäftsstelle erarbeitet Vorschläge, wie die vorhandenen Rücklagen und die vorhandene Liquidität kurz- und langfristig umlagereduzierend verwendet werden können.
2. Die Geschäftsstelle zeigt auf, welche Projekte dafür ursächlich sind, dass die Rücklagen und die Liquidität entstanden sind.
3. Die Regionalversammlung beruft eine Haushaltsstrukturkommission, mit dem Ziel die Umlagen strukturell zu entlasten und damit nachhaltig stabil zu halten.

Begründung:

Die Finanzsituation der Landkreise, der Städte und Gemeinden ist dramatisch angespannt. Haushaltsungleiche sind nur noch bei ganz wenigen Kommunen möglich. Kommunale Rücklagen sind aufgebraucht. So manche freiwillige Aufgabe kommt nicht nur auf den Prüfstand, sondern wird eingestellt. Da die Landkreise und Kommunen über Umlagen den VRS finanzieren, hat die Region eine besondere Verantwortung gegenüber denjenigen, die ihre Umlage finanzieren. Dieses Rücksichtnahmegebot gilt auch im Verhältnis der Landkreise zu den Kreisumlage zahlenden Kommunen.

Die Finanzsituation des VRS dagegen ist verhältnismäßig günstig. Beim Verband wird im Gegensatz zur kommunalen Familie öfters über zusätzliche Ausgaben nachgedacht als über Einsparungen und Streichungen.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Auch zeichnet den Verband enorm hohe Rücklagenbestände aus, ebenso eine hohe Liquidität. Zumeist entstanden aus Umlagen, die von den Kommunen und Kreisen erhoben wurden. Der Verband erinnert in seiner Finanzstruktur eher an eine „Sparkasse“.

Mit dem Antrag soll geklärt werden, wie diese Rücklagen und die Liquidität zustande gekommen sind und wie sie in der aktuellen wirtschaftlichen Situation eingesetzt werden können, die Umlagelast zu reduzieren. Dabei geht es nicht um Einmaleffekte, sondern um strukturelle Verbesserungen auf längere Sicht. Ein Rücklagen- und Liquiditätsanpassungsprogramm im Sinne einer Finanzvereinbarung zwischen Kommunen, Kreisen und Verband soll beiden Seiten helfen, die wirtschaftliche Situation zu meistern und für eventuelle künftige Sondersituationen gerüstet zu sein.

Wichtig ist daher auch, die Umlagen nachhaltig zu reduzieren, zumindest aber stabil zu halten.

Die Finanzplanung sieht bisher eine andere Entwicklung vor:

Die Verbandumlage soll bis 2029 um über 6,5 Mio. € steigen, das sind rund 20 % mehr als 2026. Die Verkehrsumlage soll nach der mittelfristigen Finanzplanung um über 22 Mio. € steigen, das entspricht mehr als 38% Steigerung.

Solche Steigerungsraten sind für die Umlagefinanzierer nicht darstellbar.

Deshalb soll eine Haushaltsstrukturkommission Vorschläge erarbeiten, wie die Umlagelast in der Finanzplanung spürbar reduziert werden kann.

Die Vorschläge sollen zum Haushaltsjahr 2027 wirksam werden.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Gerd Maisch
Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft,
Infrastruktur und Verwaltung

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Ergebnisse der IBA'27 dauerhaft sichern“

Antrag:

1. Erstellung einer Konzeption, wie die Ergebnisse, die im Rahmen der IBA'27 in den vergangenen 10 Jahren erarbeitet wurden, dokumentiert und für eine weitere Nutzung zugänglich macht.
2. Aufnahme von Gesprächen in den bestehenden Netzwerken, mit dem Ziel, die bestehenden Partnerschaften auch über 2023 hinaus einzubinden und neue Partner zu gewinnen, dazu gehören insbesondere die Architektenkammer und die Universitäten.

Begründung:

Der interfraktionelle Antrag aus dem Jahr 2024 „Fortführung der IBA'27 über 2027“ führte zur Gründung der Arbeitsgruppe „IBA'27 plus“. Diesen Schritt begrüßen wir ausdrücklich.

Nach ersten Gesprächen zeichnet sich ab, dass die IBA'27 GmbH bis zum Jahr 2030 fortgeführt werden kann. Es ist auch erkennbar, dass in der Arbeitsgruppe IBA'27 plus großes Interesse daran besteht, die Vielzahl von technischen und organisatorischen Erkenntnissen auch über den heute im Fokus stehenden Zeitraum 2028-2030 hinaus zugänglich und nutzbar zu machen.

Schließlich wurden im Rahmen der über 10jährigen Aktivitäten der IBA'27 nicht nur viele Bauvorhaben angestoßen, begleitet und umgesetzt, es wurden auch zahlreiche, für das Bauwesen richtungsweisende Ideen und Konzepte entwickelt. Die IBA'27 ist zu einem anerkannten Ideenpool und Inkubator für modernes und visionäres Bauen geworden. Dieses Wissen ist wertvoll und kann, auch über das Jahr 2030 hinaus, einen wesentlichen Beitrag für die Baukultur und -technik in der Region Stuttgart und darüber hinaus leisten.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Die Geschäftsführung und die Mitarbeiter der IBA'27 GmbH werden im Jahr 2026 mit der Vorbereitung und im Jahr 2027 mit der Umsetzung des Ausstellungsjahres 2027 beschäftigt sein.

Ohne die Entwicklung einer Konzeption im o.g. Sinn besteht die Gefahr, dass nach dem Ausstellungsjahr bis zum Jahr 2030 nur noch „aufgeräumt und abgewickelt“ wird.

Es ist außerdem zu befürchten außerdem, dass die Wissensträger der GmbH mangels attraktiver Alternativen, schon bald neue Aufgabenfelder suchen und die Endphase von 2028 – 2030 nicht abwarten werden.

Durch die Ausarbeitung einer Konzeption für eine dauerhafte Fortführung der „IBA-Idee“ könnte die Abwanderung von Personen, Wissen und Ideen verhindert und die langfristige Nutzung und Weiterentwicklung der IBA Erkenntnisse ermöglicht werden.

Angesichts der oft komplexen Entscheidungswege erscheint es angezeigt, die beantragten Schritte umgehend anzugehen. Eine enge Verzahnung mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe „IBA'27 plus“ wird vorausgesetzt.

Im Zuge der weiteren Gespräche wird sich zeigen, wie eine „Erkenntnissicherung“ organisatorisch und institutionell gelingen kann und wie die Finanzierung zu sichern ist. Ob dies ein „IBA'27“ Brainpool, ein Archiv oder ein Thinktank wird, mögen die weiteren Überlegungen zeigen. Das heute bestehende Netzwerk dafür einzubinden, ist eine große Chance.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Andreas Lorey
Mitglied der AG IBA plus

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Tangentialverbindungen ausbauen – Expressbusse als Chance“

Antrag:

Der Verband Region Stuttgart beauftragt eine Machbarkeitsstudie für eine Expressbuslinie *Schondorf – Plochingen – Neuhausen auf den Fildern*.

Begründung:

Die Verwaltung hat zuletzt im Verkehrsausschuss am 7. Mai 2025 über die Entwicklung der Fahrgastzahlen und die wirtschaftlichen Kenndaten der Expressbuslinien berichtet und kam zum Ergebnis, dass sich diese in den vergangenen 8 Jahren erfolgreich etabliert haben. Das ist in hohem Maße erfreulich!

Zu den Bestandsstrecken X10 (Kirchheim unter Teck – Flughafen), X20 (Waiblingen – Esslingen), X60 (Leonberg – Flughafen) und X93 (Göppingen – Lorch) kommt nun die Linie X92 (Kirchheim unter Teck – Göppingen) hinzu.

Die Fraktion Freie Wähler hat immer betont, wie wichtig Tangentialverbindungen zwischen den S-Bahn-Stationen für eine Stärkung des ÖPNVs und des Umweltverbunds sind. Vor allem angesichts der so gut wie unmöglichen Schaffung von tangentialen Schienenverbindungen angesichts der Topographie und der Kosten. Hinzukommen immens lange Planungszeiträume. Schneller, effektiver und effizienter geht es mit dem Expressbus.

Die RELEX-Linien haben sich zu einem guten Angebot etabliert, um das sternförmig auf die LHS Stuttgart zugeschnittenes S-Bahn-Netz sinnvoll zu ergänzen.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Im Gegensatz zum schienengebundenen Nahverkehr mit langen Planungs- und Bauphasen können Expressbusse mit überschaubarem Vorlauf eingerichtet werden.

Ein zusätzlicher Expressbus von Schorndorf (S2) über Plochingen (S1 + S11) nach Neuhausen auf den Fildern (S3) könnte den Rems-Murr-Kreis mit dem Landkreis Esslingen, bei einem Umstieg in Plochingen mit dem Landkreis Göppingen und über die S1 mit Kirchheim unter Teck sowie über die neue S-Bahn-Station in Neuhausen a.d.F. mit dem Flughafen Stuttgart verknüpfen.

Mit dieser attraktiven Verbindung können deutliche Zeitgewinne für Pendler und Reisende erzielt und neue Kunden für den ÖPNV erschlossen werden.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Frank Buß
Sprecher im Verkehrsausschuss

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „S-Bahn nach Weilheim/Teck aufs Gleis setzen“

Antrag:

1. Die Geschäftsstelle führt umgehend die Gespräche mit den weiteren Projektbeteiligten und berichtet, warum sie bis heute nicht geführt wurden.
2. Es wird ein Zeitplan für den weiteren Planungsprozess vorgestellt.

Begründung:

Am 6. März 2023 haben das Verkehrswissenschaftliche Institut Stuttgart (VWI) und die DB-Engineering & Consulting (DB E&C) eine Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung von Nebenbahnen vorgestellt. Die Schienenverbindung von Kirchheim unter Teck nach Weilheim an der Teck erhielt dabei von allen fünf untersuchten Varianten das beste Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKI) von 1,47 und lag deutlich über dem Schwellenwert von 1,0.

Trotzdem wurde anschließend eine Durchbindung der S-Bahn von Kirchheim u.T. über Weilheim a.d.T. und Bad Boll nach Göppingen priorisiert weiter untersucht.

Außerdem hat die Geschäftsstelle im Verkehrsausschuss am 15. März 2023 empfohlen, „um für den Korridor Kirchheim – Weilheim die vorzugswürdigste Lösung vorsehen zu können“, weitere Betrachtungen zur Kleinen Teckbahn und zu Stukix abzuwarten. Weiter wurde empfohlen, die Untervariante Oberlenningen - Weilheim unter Einbindung des Landkreises Esslingen als Träger des Busverkehrs vertiefend zu betrachten und den Prüfkorridor für die RELEX-Busse nochmals zu prüfen.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Wie erwartet, konnte keine der genannten Sensitivitätsbetrachtungen den NKI für die Tangentiale Kirchheim – Göppingen über die Schwelle von 1,0 heben. Folgerichtig hat der Verkehrsausschuss am 20. März 2024 entschieden die durchgebundene Schienenvariante zwischen Kirchheim und Göppingen nicht mehr weiterzuverfolgen.

Am 26. Juni 2024 wurde im Rahmen der Untersuchung der Kleinen Teckbahn (Kirchheim – Oberlenningen) ein Stufen-Konzept (Elektrifizierung Kleine Teckbahn; Verlängerung S1 nach Weilheim; Zugteilung in Kirchheim) vorgestellt. Die Geschäftsstelle wurde beauftragt, dieses Stufenkonzept mit dem Landkreis Esslingen und den Anliegerkommunen sowie mit DB Regio und DB InfraGo abzustimmen.

Am 17. September 2024 befasste sich der Verkehrsausschuss im Zuge der Beratungen über Qualitätsverbesserung bei der Kleinen Teckbahn erneut mit dem Drei-Stufen-Modell. Lediglich Stufe 3 (Zugteilung in Kirchheim) wurde mit dem Zusatz „Umsetzung der Stufe kann nur bei einer Verbesserung der Betriebsqualität S1 empfohlen werden“ versehen.

Es besteht der Eindruck, dass die Beschlüsse des Verkehrsausschusses von der Geschäftsstelle bis heute nicht umgesetzt wurden. Seit März 2023 sind somit zwei Jahre vergangen, ohne das Projekt „S-Bahn-Verlängerung nach Weilheim an der Teck“ voranzubringen. Dies stößt in der Raumschaft auf Unverständnis, denn die Rahmenbedingungen (Bundesförderung zur Reaktivierung ehemaliger Eisenbahnstrecken bis zu 90%-Förderung, Mitfinanzierungsvereinbarung für Kleine Teckbahn und Grundsatzeinigung für Verlängerung S-Bahn liegen vor) für dieses Projekt sind sehr gut.

Zusätzliche Bedeutung hat diese Strecke für den regionalbedeutsamen Gewerbeschwerpunkt „Rosenloh“ mit dem Ansiedlungsprojekt „Klimawerk (Brennstoffzellen-Produktion)“ von cellcentric, dessen Erschließung mittlerweile begonnen hat.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Frank Buß
Sprecher im Verkehrsausschuss

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Wie steht es mit der S-Bahn nach Geislingen?“

Antrag:

Die Verbandsverwaltung berichtet über den aktuellen Stand der der Untersuchungen durch die DB InfraGO und der Gespräche mit den Landkreisen Göppingen und Esslingen sowie mit den Anliegerkommen an der geplanten S-Bahn-Verlängerung bis Geislingen und informiert über den weiteren Fahrplan für dieses Projekt.

Begründung:

Die Anbindung des Landkreises Göppingen an die S-Bahn bis nach Geislingen ist ein wichtiges Ziel der regionalen Verkehrspolitik. Wir Freien Wähler unterstützen dieses Projekt nachhaltig.

Die Verbandsverwaltung hat am 22. Januar 2025 über die erheblichen Probleme auf der gesamten Strecke und die komplexe Einbindung in die Stammstrecke bis zur Schwabstraße berichtet. Deshalb wurde als erster Schritt eine Verbindung von Bad Cannstatt bis Süßen beschlossen, die jedoch ebenfalls mit erheblichen betrieblichen Problemen behaftet ist.

In der Sitzungsvorlage wird dargestellt, dass die ursprünglich angedachte Infrastrukturmaßnahme im Zuge der Sanierung Filstalbahn einerseits von der DB InfraGO abgelehnt wurde und andererseits keine belastbaren Aussagen bezüglich des Umsetzungshorizonts getroffen werden können.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Die Geschäftsstelle wurde am 22. Januar 2025 beauftragt, den Vorlaufbetrieb (Ausbaustufe A) in der Variante 4 (Bad Cannstatt – Süßen) und den Zielzustand (Ausbaustufe C Schwabstraße – Geislingen) voranzutreiben. Ziel ist es, zeitnah Klarheit über den konkreten Fahrzeug- und Betriebsleistungsbedarf für den Start des neuen Verkehrsvertrags im Vorlaufbetrieb zu gewinnen und die notwendigen Zubestelloptionen zu ermitteln.

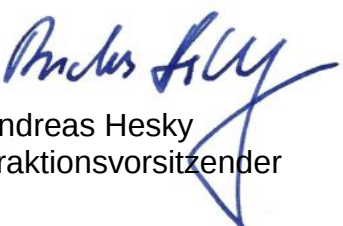
Auf Empfehlung der Verbandsverwaltung hat der Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 16. Juli 2025 für die S-Bahn Filstal beschlossen, den Linienweg Schwabstraße – Süßen in den Verkehrsvertrag aufzunehmen. Dies lässt darauf schließen, dass der Verbandsverwaltung nähere Erkenntnisse über die weiteren Untersuchungen vorliegen.

Außerdem gibt es Hinweise, dass sich die geplante Sanierung der Filstalbahn aus wirtschaftlichen Gründen verzögert. Hier stellt sich die Frage, wie sich dies auf das Projekt „S-Bahn-Verlängerung in den Landkreis Göppingen“ auswirkt.

Derzeit ist auch die Mitfinanzierung der Landkreise Göppingen und Esslingen bzw. der Anliegerkommunen noch offen.

Ein aktueller Bericht zum gesamten Themenkomplex wäre hilfreich, um die regionale ÖPNV-Planung zielgerichtet auszurichten.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Frank Buß
Sprecher im Verkehrsausschuss

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Wasserstoff und Brennstoffzelle... quo vadis?“

Antrag:

Die Verbandsverwaltung berichtet im Sinn einer Evaluation über den aktuellen Sachstand bei der Umsetzung der regionalen Wasserstoff- und Brennstoffzellenstrategie

Begründung:

Grüner Wasserstoff spielt für das Erreichen der deutschen Klimaschutzziele eine zentrale Rolle, insbesondere hinsichtlich der Treibhausgasneutralität bis 2045. Wasserstoff hat nach Einschätzung von Experten großes Zukunftspotenzial als Energieträger, insbesondere im Hinblick auf die Dekarbonisierung verschiedener Sektoren wie Industrie und Verkehr, in denen batterie-elektrisch bisher keine Perspektiven bestehen. Die der Messe hy-fcell hat dies gerade im Bereich des Fliegens gezeigt. Aber auch (schwere) LKWs, Binnen- und Seeschifffahrt und Baumaschinen können mit Wasserstoff und Brennstoffzelle CO²-neutral betrieben werden.

Leider sind die internationalen Signale „zurück zu fossilen Energien“ statt „wind baby wind“ dazu geeignet, Unternehmen zu verunsichern und ihre Investitionen in innovative Energien zu überdenken. Mit der beschlossenen Wasserstoff- und Brennstoffzellenstrategie hat der VRS Weitsicht und technologische Offenheit bewiesen, die auch in der heimischen Wirtschaft gesehen und anerkannt wird.

In der Region Stuttgart hat die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation bereits 2021 Eckpunkte für die Wasserstoff- und Brennstoffzellenstrategie in der Region Stuttgart publiziert. Als Fazit wird u.a. festgehalten:

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

„Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien stellen einen elementaren Baustein dar, um die weltweiten Treibhausgasemissionen zu reduzieren und den Klimawandel zu abschwächen. Daraus lassen sich enorme internationale Marktpotentiale ableiten. Um davon zu profitieren und Arbeitsplätze zu sichern bzw. auszubauen, muss sich auch die Region Stuttgart frühzeitig auf den Weg machen, um die Industrialisierung von Wasserstoff- und Brennstoffzellenanwendungen voranzutreiben.“

Insgesamt wurden 57 Maßnahmen definiert und priorisiert.

5 Jahre nach der Veröffentlichung kann die Evaluation und der Blick auf den Zielerreichungsgrad bei den Maßnahmen helfen, zu zeigen, dass Wasserstoff und Brennstoffzelle Bausteine einer modernen und klimafreundlichen (Vorbild-)Region Stuttgart sind.

Um einen Bericht im WIV wird gebeten.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Frank Buß
Sprecher im Verkehrsausschuss

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Im Fahrerhäuschen ist ein Platz frei - automatisiertes Fahren der S-Bahn“

Antrag:

1. Die Verbandsverwaltung berichtet im 1. Quartal 2026 über den aktuellen Sachstand beim automatisierten Fahren im S-Bahn-Bereich.
2. Es wird aufgezeigt, ob der neue S-Bahn-Vertrag offen für diese und andere technologische Innovationen ist.

Begründung:

Die Verbandsverwaltung hat zuletzt im Verkehrsausschuss am 22. Januar 2025 über die mögliche Einführung des automatisierten Fahrens bei der S-Bahn berichtet.

Für uns Freien Wähler gehört das automatisierte Fahren mit zur Zukunft der S-Bahn, um dem Personalmangel zu lindern und die Qualität im S-Bahn-Betrieb zu erhöhen. Informationsreisen in Kommunen, in denen diese Technologie bereits im Einsatz ist, wie Kopenhagen, haben gezeigt, dass es keine „Raketenwissenschaft“ mehr ist, sondern „State of the Art“.

Auch der neue S-Bahn-Vertrag muss die Offenheit für diese Technologie enthalten.

Deshalb bitten wir um einen Sachstandsbericht.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Frank Buß
Sprecher im Verkehrsausschuss

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky - Winnender Str. 88 - 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Rainer Wieland
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
E-Mail: andreas.hesky@outlook.de
Tel.: 015118048008

www.freiewaehler.de

19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026 – „Northern Virginia - der Blick über den großen Teich“

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird um einen aktuellen Bericht über die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in der Partnerregion Northern Virginia gebeten.

Begründung:

Die amerikanische Politik unterliegt einem bislang unbekannten, rasanten, in alle Bereiche des staatlichen Lebens eingreifenden Transformationsprozess. Mit in einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit werden politische Realitäten geschaffen, die eine zunehmende große, historisch einzigartige Herausforderung für das check and balances System und das Rechtssystem der Vereinigten Staaten darstellen.

Die Auswirkungen sind spürbar und spalten die amerikanische Gesellschaft immer stärker. Sie sind nicht nur auf Bundesebene zu spüren, sondern wirken sich auch auf die einzelnen Bundesstaaten und Regionen aus. Daher soll ein aktueller Bericht aufzeigen, was sich in unserer Partnerregion Northern Virginia bislang verändert hat und vor welchen Herausforderungen die Region steht.

Die Region Stuttgart will ein verlässlicher Partner sein, der auch in Krisenzeiten fest zu dieser transatlantischen Partnerschaft stehen wird. Gleichzeitig haben die Veränderungen in den USA auch zunehmend Auswirkungen auf unsere Region.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

Im nächsten Jahr, 2026, feiern die USA ihr 250jähriges Bestehen, das sicherlich unter völlig anderen Vorzeichen stehen wird als die Welt das vor Jahren noch für möglich gehalten hätte. Die Vereinigten Staaten leben zunehmend in zwei verschiedenen Realitäten. Es bleibt intensiv zu beobachten, wie die Entwicklung verläuft, da nicht ausgeschlossen ist, dass in Zukunft auch andere Länder, gerade auch in Europa, mit ähnlichen Situationen konfrontiert werden könnten.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Hedy Barth Rößler
Regionalrätin

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Frank Buß

Wilfried Dölker (1. Stv.)
Thomas Bernlöhr

Dr. Annette Silberhorn-Hemminger (2. Stv.)
Gerd Maisch

17. Oktober 2025

Verband Region Stuttgart

Kronenstr. 25

70174 Stuttgart

Antrag der AfD-Fraktion/WIV zum Haushalt 2026

Projekt „Natur-Region“ anstoßen

Die Antragsteller möchten neben den bestehenden Vereinigungen „KulturRegion“¹ und „SportRegion“ eine „Natur-Region“ etablieren. Die Geschäftsstelle wird gebeten, die vorbereitenden Arbeiten hierzu in die Wege zu leiten.

Begründung:

Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung die Region Stuttgart vor allem wegen der noch vorhandenen Naturräume und des abwechslungsreichen Landschaftsbilds schätzt (siehe Präsentation zum regionalen Workshop zur Naherholungskonzeption vom 19.07.2024, Zitat: „Auch die regelmäßigen Umfragen des Regionalverbandes zeigten den hohen Stellenwert von Natur und Landschaft für die Lebensqualität in der Region“). Auf der Seite „Landschaftspark Region Stuttgart“ des VRS ist zu lesen: „Natur und Landschaft – Das sind mit Abstand die meistgenannten Antworten auf die Frage, was den Bürgerinnen und Bürgern in der Region am besten gefällt.“

Mit einer im Jahr 2024 gestarteten Bürgerbefragung sollten Anregungen zur Verbesserung bestehender oder Ideen für neue Projekte zur Naherholung gesammelt werden („Neben der Bürgerschaft hatten auch die Kommunen sowie Verbände und Vereine die Möglichkeit, Vorschläge zur Erweiterung des naturgebundenen Freizeitangebots, zur Erhöhung der ökologischen Qualität und zur Verbesserung des Landschaftsbildes in eine Online-Beteiligungskarte einzutragen“, siehe landschaftspark.region-stuttgart.org/de/mitmachen).

Im Rahmen der Beteiligungsverfahren zur erwähnten Naherholungskonzeption ebenso wie auch bei der Öffentlichkeitsbeteiligung zu den laufenden Teilfortschreibungen des Regionalplans wurden von Privatpersonen und von Verbänden zahlreiche naturschutzrelevante Details gemeldet: Besonderheiten von Flora und Fauna, Vorkommen seltener Arten, insbesondere ornithologische Entdeckungen und Beobachtungen. Damit wurden das Interesse an und die Verbundenheit mit der Natur gezeigt und dokumentiert. Dieses Wissen aus der Bevölkerung gilt es aufzunehmen und für die Planungen, insbesondere für die Fortschreibungen des Regionalplans, nutzbar zu machen. Bestandserfassungen, Kartierung und Monitoring können damit zentral und vereinfacht vorgenommen werden.

¹ ausführlich: Interkommunale Kulturförderung Region Stuttgart e. V.

Natürlich gibt es eine Vielzahl von Akteuren und Anlaufstellen in diesem Bereich: Natur- und Umweltschutzverbände, Umweltakademien, Naturschutzbehörden und Landschaftserhaltungsverbände. Die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) liefert mit dem gesammelten und aufbereiteten Datenmaterial aus den Kartierungen von Fauna und Flora ebenso eine Grundlage für die Regionalplanung (vgl. Angaben in den Steckbriefen der potentiellen Windkraftvorranggebiete, zum Teil nicht aktuell). Aber gerade die Vielzahl der Akteure, welche großenteils nicht regionsbezogen arbeiten, macht einen Überblick schwierig. Unter dem eingängigen Schlagwort „Natur-Region“ könnte hier eine Bündelung von Einzelprogrammen und -projekten² vorgenommen werden. Hinweise auf Aktivitäten in der Region könnten von dieser Stelle aus verlinkt werden. So wie die KulturRegion e. V. auf Kulturveranstaltungen in der Region hinweist, könnte die „Natur-Region“ auf aktuelle Naturentdeckungen in der Region, auf naturkundliche Wanderungen, auf Besuchungsmöglichkeiten von Naturgärten usw. aufmerksam machen und diese bewerben. Unter dem Dach „Natur-Region“ könnten auch die Initiativen zum Erhalt der Streuobstwiesen und der Steillagenweinberge vereinigt werden.

Zu überlegen wäre, welche Rechtsform diese Institution erhalten kann und inwieweit vorhandene Strukturen genutzt werden können. Die Finanzierung könnte in ähnlicher Form wie bei KulturRegion bzw. SportRegion erfolgen.

Gleichzeitig könnte eine Auseinandersetzung mit den Begriffen Natur und Kultur erfolgen (in Anlehnung an einen bekannten Werbespruch „*Natur und Kultur verbinden*“, der insbesondere von der BayWa-Stiftung publik gemacht wurde), so wie immer wieder betont wird, dass wir in einer Kulturlandschaft und nicht in einer Naturlandschaft leben – wobei die Bedeutung von „Kultur“ hier weiter gefasst ist als beim Gegenstand der Kultur-Region.

Insgesamt können damit die Bereiche Naturschutz, Naherholung und Umweltbildung auf regionaler Ebene abgedeckt werden.

Der Zeitpunkt für eine Inangriffnahme des Projekts „Natur-Region“ ist günstig, da es demnächst das 25-jährige Jubiläum der Mitgliedschaft des Verbands bei KulturRegion und SportRegion zu feiern gibt und jetzt das unvollständige Doppel zu einem wohlklingenden und vollständigen Dreiklang „Natur, Kultur, Sport“ erweitert werden kann.

AfD-Fraktion

Dr. Ursula Fink, Ulrich Deuschle, Stephan Schwarz, Daniel Lindenschmid, Martin Hussinger

Anhang

² Projekt „Adressen am Fluss“, Modellprojekte im Bereich „sanfter Tourismus“, Forschungsprojekt MORO (Modellvorhaben der Raumordnung), ... Ein eigenständiges und wichtiges Projekt ist natürlich das Konzept „Landschaftspark“.

Anhang

Auf der Seite von www.kulturregion-stuttgart.de ist in der Rubrik „Über uns“ zu lesen:

Die KulturRegion Stuttgart setzt sich aktiv für die Entwicklung und Förderung von Kultur in der Region ein und ist dabei ein wichtiger Multiplikator für ihre Mitgliedskommunen, deren kulturelle Aktivitäten sie sichtbar macht und bündelt. Gleichzeitig beteiligt sie sich an kulturpolitischen Debatten, um die Bedeutung von Kultur für die Gesellschaft zu betonen.

Im Parallelverfahren könnte es dann so – oder so ähnlich – heißen:

Die NaturRegion Stuttgart setzt sich aktiv für die Erhaltung und Förderung von Natur in der Region ein und ist dabei ein wichtiger Multiplikator für ihre Mitgliedsverbände, deren naturschutzrelevante Aktivitäten sie sichtbar macht und bündelt. Gleichzeitig beteiligt sie sich an umweltpolitischen Debatten, um die Bedeutung von Natur und Landschaft für die Bewohner der Region zu betonen.

Und in der ersten Satzung der KulturRegion wurde deren Gründungsidee wie folgt dargelegt:

Zweck des Vereins ist die Förderung und Pflege der interkommunalen Kulturarbeit in der Region Stuttgart. Dazu gehören – neben der interkommunalen Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten der Kultur – die Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von gemeinsamen Ausstellungen und anderen kulturellen Veranstaltungen in der Region Stuttgart. Zum Aufgabenbereich gehören auch eine gemeinsam getragene Öffentlichkeitsarbeit und PR-Maßnahmen im Kulturbereich.

Möglich wäre dazu folgender Parallelentwurf:

Zweck der Initiative ist die Förderung und Pflege der interkommunalen Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten des Natur- und Landschaftsschutzes in der Region Stuttgart. Dazu gehören auch die Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen und Aktivitäten im Bereich der Umweltbildung und des Naturschutzes. Hinweise aus der Bevölkerung zu schutzwürdigen Strukturen können gebündelt und für Kartierungen nutzbar gemacht werden. Zum Aufgabenbereich gehört auch eine gemeinsam getragene Öffentlichkeitsarbeit.

Ähnliche Parallelen lassen sich zur SportRegion aufzeigen. Diese wirbt mit dem Slogan:

Die Stimme des Sports in der Region

Nun also:

Die Stimme der Natur in der Region

AfD Fraktion im VRS, Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart

Datum: 16.10.2025

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25
70174 Stuttgart

**Abstimmung zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Verband
Region Stuttgart zur Planung des Ersatzneubaus der Rosensteinbrücke
im Hinblick auf die Cannstatter Schleuse**

Antrag:

Der Regionalverband Region Stuttgart möge beschließen:

1. Die Regionalversammlung fordert die Verwaltung des Verbands Region Stuttgart auf, mit der Landeshauptstadt Stuttgart in Kontakt zu treten und auf eine enge Abstimmung bei der weiteren Planung des Ersatzneubaus der Rosensteinbrücke hinzuwirken.
2. Ziel dieser Abstimmung soll sein, sicherzustellen, dass der Brückenneubau mit den regionalen und überregionalen Zielsetzungen zur Schifffahrt auf dem Neckar und insbesondere zu einem möglichen Ausbau der Cannstatter Schleuse in Einklang steht.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Verkehrsausschuss bzw. der Regionalversammlung nächstmöglich, spätestens bis Jahresende über den Stand der Gespräche und die Haltung der Landeshauptstadt Stuttgart zu berichten.
4. Der Verband Region Stuttgart bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Position, dass der Ausbau der Neckarschleusen ein wesentliches Element einer klimafreundlichen und nachhaltigen Güterverkehrspolitik in der Region darstellt und auch bei kommunalen Infrastrukturmaßnahmen Berücksichtigung finden muss.

Begründung:

Die Rosensteinbrücke stellt eine wichtige innerstädtische Verkehrsverbindung dar und liegt in unmittelbarer Nähe zur Cannstatter Schleuse – einem strategischen Bestandteil der Neckarschiffahrtsstraße.

Während die Landeshauptstadt Stuttgart derzeit den Ersatzneubau der Brücke als städtisches Infrastrukturprojekt vorbereitet, hat der Verband Region Stuttgart wiederholt betont, dass die Verkehrs- und Wasserinfrastruktur entlang des Neckars im regionalen Kontext nicht isoliert betrachtet werden darf.

Der Regionalverband setzt sich seit Jahren für den Ausbau der Neckarschleusen auf 135 Meter Länge ein, um die Binnenschifffahrt zu stärken und Transporte von der Straße auf das Wasser zu verlagern. Diese Zielsetzung wurde in mehreren Beschlüssen der Regionalversammlung bekräftigt, zuletzt im Rahmen des Faktenchecks Neckarschleusen und der Vorbereitung eines regionalen Schleusengipfels.

Ein Ersatzneubau der Rosensteinbrücke ohne Abstimmung mit den regionalen Planungszielen könnte die spätere Erweiterung der Cannstatter Schleuse technisch erschweren oder wirtschaftlich verteuern. Deshalb ist es im Interesse der gesamten Region erforderlich, dass die Stadt Stuttgart den Verband Region Stuttgart frühzeitig und verbindlich in die Planungen einbezieht, um eine kompatible, zukunftsfähige Lösung zu gewährleisten.

Durch diese abgestimmte Vorgehensweise wird vermieden, dass städtische und regionale Infrastrukturziele in Konflikt geraten, und zugleich ein Beitrag zur nachhaltigen Mobilitätsstrategie der Region Stuttgart geleistet.

Fraktionsvorsitzender:
Stephan Schwarz

Sprecher AK Verkehr:
Uwe Mardas

Verfasser:
Thomas Rosspacher

AfD Fraktion im VRS, Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart

Datum: 16.10.2025

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25
70174 Stuttgart

Kooperation und gemeinsame Weiterentwicklung digitaler Mobilitätsplattformen in der Region Stuttgart

Antrag:

Der Regionalverband Region Stuttgart möge beschließen:

1. Der Verband Region Stuttgart prüft gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart und weiteren Kommunen in der Region eine verbindliche Kooperation zur Entwicklung und Verknüpfung digitaler Mobilitätsplattformen (z. B. „ZuMOBI“, polygo, VVS-Angebote).
2. Ziel ist die Schaffung eines interoperablen, regionsweiten digitalen Angebots, das verschiedene Verkehrsträger (ÖPNV, Radverkehr, Car- und Bikesharing, Mitfahrplattformen, Park+Ride) nahtlos integriert.
3. Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von Stadt Stuttgart, VVS, SSB, regionalen Verkehrsunternehmen, Hochschulen und relevanten Unternehmen einzurichten, um Synergien zu heben und Doppelstrukturen zu vermeiden.
4. Über den Stand der Gespräche und ein mögliches Umsetzungs- und Finanzierungsmodell ist der Regionalversammlung bis Ende 2026 zu berichten.

Begründung:

Die Digitalisierung der Mobilität eröffnet große Chancen, intermodale Angebote einfacher zugänglich zu machen. In der Region Stuttgart existieren bereits zahlreiche Plattformen und Dienste – von ZuMOBI über polygo bis hin zu VVS-Weiterentwicklungen. Ohne enge Kooperation droht jedoch die Entstehung paralleler Systeme, die hohe Kosten verursachen und die Nutzerfreundlichkeit beeinträchtigen.

Ziel muss daher eine effiziente, abgestimmte Weiterentwicklung sein, die vorhandene Strukturen bündelt und Doppelarbeit vermeidet. Ein einheitlicher Zugang zu ÖPNV, Sharing und ergänzenden Angeboten erhöht die Attraktivität für Pendler und stärkt die Akzeptanz nachhaltiger Verkehrsmittel.

Durch die gemeinsame Entwicklung kann die Region Stuttgart nicht nur Ressourcen schonen, sondern auch ihre Wettbewerbsfähigkeit als Modellregion für intelligente Mobilität sichern – ohne dabei die Steuerzahler mit unnötigen Mehrkosten zu belasten.

Fraktionsvorsitzender:
Stephan Schwarz

Sprecher AK Verkehr:
Uwe Mardas

Verfasser:
Thomas Rosspacher

AfD Fraktion im VRS, Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart

Datum: 16.10.2025

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25
70174 Stuttgart

Gäubahn über Panoramabahn für selektierte Verbindungen direkt in neuen Bahnhof leiten

Vorbemerkung:

Wir kennen die Problematik aus vielen Diskussionen und es scheint fast keine Optionen zu geben. Wir begrüßen auch sehr die Initiative der Geschäftsstelle, die Panoramabahn grundsätzlich erhalten zu wollen, die aber leider erst nach IBN des Pfaffensteigtunnels angedacht ist. Wenn der Pfaffensteigtunnel nutzbar ist, ist die Zeitersparnis von Böblingen kommend konkurrenzlos. Bis zur IBN des Pfaffensteigtunnels sollte es wenige ausgewählte Züge (sinnvollerweise die Verbindungen von/nach Zürich) geben, mit denen man umstiegsfrei in den neuen Tiefbahnhof reisen kann, ggf. mit etwas erhöhtem Zeitbedarf.

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird gebeten, eine ergebnisoffene, aber druckvolle Diskussion mit allen Beteiligten über eine mögliche Realisierung zu führen. Das Ergebnis zählt, selbst wenn am Ende nicht die Panoramabahn, sondern die Renninger Route genutzt würde.

Begründung:

Die Möglichkeit, mit drei bis fünf Zügen am Tag trotz Kappung der Panoramabahn direkt in den neuen Bahnhof zu gelangen, ist ein Signal zur richtigen Zeit, insbesondere, dass die Panoramabahn erhalten bleiben wird, auch wenn dadurch die Reisezeit gegenüber einem Umsteigen in Vaihingen etwas länger werden könnte.

Dies könnte durch eine Nutzung der jetzigen Güterzugstrecke Feuerbach-Vaihingen mit Fahrtrichtungswechsel erreicht werden. Fachleute haben uns ermutigt, diese Idee weiter zu verfolgen, da sie technisch und organisatorisch möglich wäre, ggf. mit moderatem finanziellen Einsatz.

Fraktionsvorsitzender:
Stephan Schwarz

Sprecher AK Verkehr:
Uwe Mardas

Verfasser:
Uwe Mardas

AfD Fraktion im VRS, Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart

Datum: 16.10.2025

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25
70174 Stuttgart

Einsatz für zugesagte Infrastrukturprojekte in der Region Stuttgart – Sicherstellung der Finanzierung durch den Bund

Antrag:

Der Regionalverband Region Stuttgart möge beschließen:

1. Die Regionalversammlung Stuttgart fordert die Bundesregierung – insbesondere das Bundesministerium für Digitales und Verkehr sowie das Bundesministerium der Finanzen – nachdrücklich auf, die Finanzierung der für die Region Stuttgart zugesagten und baureifen Bundesinfrastrukturprojekte (insbesondere A8-Albaufstieg, A81-Ausbau am Autobahnkreuz Stuttgart, B10-Ortsumfahrung Enzweihingen) verbindlich sicherzustellen.
2. Die Finanzierung muss so erfolgen, dass die im Finanzierungs- und Realisierungsplan der Autobahn GmbH vorgesehenen Zeitachsen eingehalten werden. Dies umfasst insbesondere den vorgesehenen Baubeginn des A8-Albaufstiegs ab 2027, wie bereits im Bundestag durch MdB Hans-Jürgen Goßner eingefordert.
3. Der Verkehrsausschuss unterstützt die Forderung nach einer klaren Priorisierung dieser Projekte als zentrale Engpassbeseitigungen im überregionalen Verkehrsnetz und bittet das Bundesfinanzministerium, die erforderlichen Mittel aus dem Bundeshaushalt bzw. dem Sondervermögen ohne weitere Verzögerung freizugeben.
4. Der Ausschuss bezieht sich dabei ausdrücklich auf den Sachvortrag der Autobahn GmbH Südwest in der Sitzung am 07.05.2025, wonach der Albaufstieg planfestgestellt, baureif und im Bundeshaushalt verankert ist. Dennoch bestehen aufgrund der aktuellen Haushaltslage Risiken für Ausschreibungs- und Baufreigaben, die auszuschließen sind.
5. Der Vorsitzende wird beauftragt, das Anliegen im Namen des Verkehrsausschusses in geeigneter Form an das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr zu übermitteln und den Abgeordneten aus der Region zur Unterstützung zuzuleiten.

Begründung:

Die Region Stuttgart ist in besonderem Maße von leistungsfähigen überregionalen Verkehrsverbindungen abhängig. Der Albaufstieg der A8 stellt seit Jahrzehnten einen Engpass dar, der die Bevölkerung im Oberen Filstal mit Umleitungsverkehr, Staus, Lärm- und Sicherheitsrisiken erheblich belastet. Auch die Projekte an der A81 und der B10 sind für die Entlastung der Region von großer Bedeutung.

Die Autobahn GmbH hat im Verkehrsausschuss am 07.05.2025 bestätigt, dass der Albaufstieg baureif und im Bundeshaushalt verankert ist. Gleichwohl drohen durch die aktuelle Haushaltslage Verzögerungen und Ausschreibungsstopps, die nicht akzeptabel sind. Vor Ort besteht die klare Erwartungshaltung, dass die zugesagten Projekte ohne weiteren Aufschub umgesetzt werden.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Verkehrssicherheit sowie die Lebensqualität der Bürger in der Region Stuttgart hängen entscheidend von der Umsetzung dieser Infrastrukturmaßnahmen ab. Die Regionalversammlung setzt deshalb ein deutliches Signal an die Bundesregierung, dass die Finanzierung der Projekte sichergestellt werden muss.

Fraktionsvorsitzender:
Stephan Schwarz

Sprecher AK Verkehr:
Uwe Mardas

Verfasser:
Hans-Jürgen Goßner, MdB
Thomas Rosspacher

AfD Fraktion im VRS, Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart

Datum: 16.10.2025

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25
70174 Stuttgart

Kostenloses Parken von Berufspendlern an den S-Bahn-Stationen der Region

Vorbemerkung:

Dieser Antrag ist bereits 2024 unter dem Titel *P+R für Pendler im Umland kostenlos* von uns gestellt worden und wurde wegen avisiertem Sachstandsbericht und anderer ähnlicher Anträge sowie der Aussage, dass *P+R-Plätze mit Zeitkarten bereits weitestgehend kostenlos zu Nutzen seien*, zurückgezogen. Dies ist insbesondere auf der S1-Achse nach Herrenberg nicht der Fall, deshalb bringen wir den Antrag erneut etwas erweitert ein.

Antrag:

1. Die Verbandsgeschäftsstelle wird gebeten, eine Analyse der Parkgebühren *aller* P+R Plätze an den S-Bahn-Linien zu erstellen/erfragen, insbesondere die Gebühren von Zeitkarteninhabern (jetzt wohl mehrheitlich Deutschlandticket) sind von Bedeutung für diesen Antrag, wenngleich die grundsätzlichen Parkgebühren auch von Interesse wären. Diese Übersicht bitten wir mittelfristig in einem vernünftig lesbaren Format bereitzustellen.
2. Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, sich mit den Betreibern der P+R Parkplätze, die keinen kostenlosen Tarif für Zeitkartenbesitzer anbieten, auszutauschen, unter welchen Bedingungen ein kostenfreies Parken bei Besitz einer Zeitkarte zur Erreichung des Arbeitsplatzes möglich ist und wie eine mögliche Kompensation finanziell aussehen kann.

Begründung:

Grundsätzlich sollte die Attraktivität des ÖPNV für Berufspendler weiter erhöht werden. Ein Baustein dazu ist das kostenfreie Parken auf den P+R Parkplätzen speziell im Umland. Insbesondere Schichtarbeiter können dann die *letzte Meile* schnell und einfach mit dem eigenen Auto fahren, ohne weitere Kosten zu haben oder suboptimale Busverbindungen nutzen zu müssen.

Ein Nachweis sollte geführt und regelmäßig überprüft werden. Dies könnte im Abo-Portal elektronisch verwaltet und bei Berechtigung ein für ein Jahr gültiger Parkausweis für den bevorzugten P+R-Parkplatz ausgestellt werden.

Fraktionsvorsitzender:
Stephan Schwarz

Sprecher AK Verkehr:
Uwe Mardas

Verfasser:
Uwe Mardas

AfD Fraktion im VRS, Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart

Datum: 16.10.2025

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25
70174 Stuttgart

Sicherung einer nachhaltigen Finanzierung des Deutschlandtickets und zur Stärkung der Position kommunaler Verkehrsunternehmen (hier: SSB AG)

Vorbemerkung:

Die Regionalversammlung verweist auf die Beschlüsse VA-058/2025 und VA-059/2025 (04.06.2025) zur Umsetzung der bundesweiten Einnahmenaufteilung (BEAV) und der Weiterleitung der Ausgleichsmittel. Die operative Abwicklung ist damit gewährleistet. Um strukturelle Defizite ab 2026 zu vermeiden, sind zusätzliche politische Beschlüsse von Bund und Land erforderlich.

Antrag:

1. Der Verband Region Stuttgart nimmt den bereits in den Haushaltsunterlagen vorgesehenen Bericht über die Erfahrungen mit dem Deutschlandticket und seine prognostizierten finanziellen Auswirkungen ernst und setzt ihn prioritär um. Dieser Bericht soll im 1. Halbjahr 2026 vorgelegt werden und folgende Aspekte enthalten:
 - a) Einnahmen- und Kostenevaluation der D-Ticket-Periode bis dato
 - b) Projektionen für die Jahre 2026–2030 unter verschiedenen Finanzierungsszenarien
 - c) Auswirkungen auf die Liquidität und Finanzrisiken des Verbands und des VVS.
2. Der Verband fordert Bund und Land Baden-Württemberg auf, den Bundeszuschuss für das Deutschlandticket ab 2026 nicht auf 3,0 Mrd. € zu begrenzen, sondern dynamisch anzupassen, mindestens in Höhe der realen Kostenentwicklung im ÖPNV (Löhne, Energie, Fahrzeuge, Infrastruktur). Gleichzeitig soll ein Nivellierungsmechanismus zwischen den Verkehrsregionen eingeführt werden, der strukturelle Benachteiligungen kompensiert.
3. Der Verband Region Stuttgart fordert, dass Effizienzgewinne und Mehrerlöse der Verkehrsunternehmen nicht als Automatismus zur Reduktion der Ausgleichszahlungen verwendet werden dürfen, sondern erst nach einer transparenten Prüfung und im Rahmen des Konnexitätsprinzips zur Anwendung kommen.

4. Ab 2027 ist ein bundesweit gültiger Kostenindex zur Preisbildung (Deutschlandticket-Index) verbindlich einzuführen. Der Verband Region Stuttgart fordert, in die Ausgestaltung dieses Indexes – z. B. durch Vertretung bzw. Mitspracherecht – eingebunden zu werden.

5. Solange kein fairer und kostendeckender Verteilmechanismus etabliert ist, erhält der Verband Region Stuttgart die Position, dass regionale Verkehrsunternehmen (insbesondere die SSB/der VVS) ein Vetorecht bei der Einnahmenaufteilung in Baden-Württemberg behalten.

6. Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt, im Rahmen von Verhandlungen auf Länderebene und gegenüber dem Bund aktiv dafür zu werben, dass der Haushaltsentwurf zur D-Ticket-Finanzierung 2026 nicht auf eine Unterdimensionierung von 1,5 Mrd. € festgelegt wird, sondern eine realitätsnahe Finanzierung absichert.

Begründung:

Die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) verzeichnet zwar kurzfristig Mehreinnahmen durch die D-Ticket-Preiserhöhung zum 01.01.2025 (+7,8 Mio. € über Plan), sieht sich jedoch ab 2026 mit sinkenden Ausgleichsvolumina und steigenden Kosten konfrontiert. Die Beschlüsse der Sonder-Verkehrsministerkonferenz vom 18.09.2025 sichern zwar den Fortbestand des Tickets bis 2030, lassen jedoch zentrale Fragen offen:

- Das Ausgleichsvolumen sinkt von 3,5 Mrd. € (2025) auf 3,0 Mrd. € (2026).
 - Die Preiserhöhung auf 63 € reicht nicht aus, um Kostenanstieg und Mindereinnahmen auszugleichen.
 - Eine Dynamisierung oder gesetzliche Verankerung fehlt bislang.
 - Effizienzgewinne der Unternehmen sollen zur Refinanzierung herangezogen werden.
- Damit besteht das Risiko, dass kommunale Verkehrsunternehmen wie die SSB die Finanzierungslücke über lokale Zuschüsse ausgleichen müssen – letztlich also über die Steuerzahler in der Region. Der Regionalverband soll deshalb Bund und Land zu einer verlässlichen und gerechten Nachjustierung der D-Ticket-Finanzierung auffordern.

Verweise:

- Verband Region Stuttgart, Verkehrsausschuss 04.06.2025, VA-058/2025 und VA-059/2025 – Umsetzung BEAV und Ausgleichsregelung
- VVS-Pressemitteilung: „VVS begrüßt Einigung, fordert aber tragfähige Finanzierung“
- DSTGB-Stellungnahme zur 11. Änderung des Regionalisierungsgesetzes
- Stuttgarter Zeitung: „Sonderkonferenz beschließt Preiserhöhung auf 63 €“
- Haushalt 2025 des Verbands Region Stuttgart (ÖPNV-Finanzierung, Verbundstufe II)

Fraktionsvorsitzender:
Stephan Schwarz

Sprecher AK Verkehr:
Uwe Mardas

Verfasser:
Thomas Rosspacher

AfD Fraktion im VRS, Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart

Datum: 16.10.2025

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25
70174 Stuttgart

Proaktive Informationsinitiative zur Inbetriebnahme von Stuttgart `21

Vorbemerkung:

Die IBN S21 wird in den nächsten 2 Jahren viele Zumutungen für unsere Fahrgäste bringen. Wenn man aber die Hintergründe besser versteht und ggf. durch klare und einfache Kommunikation für sich rechtzeitig Alternativen finden kann, ist man eher geneigt, das Kommende zu akzeptieren. Die „Leidensfähigkeit“ für eine gewisse Zeit ist größer, als man denkt, wenn man gewisse Umstände akzeptieren kann.

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird gebeten, mit allen Partnern oder eigenverantwortlich eine Imagekampagne aufzusetzen, was die Fahrgäste in den nächsten zwei Jahren zu erwarten haben und warum. Diese Kampagne sollte weniger in der Presse, sondern eher in den neuen Medien (SocialMedia) geführt werden.

Begründung:

Die Fahrgäste müssen rechtzeitig „mitgenommen“ werden, damit sie Verständnis für die vielen Baustellen, Ausfälle und Unannehmlichkeiten haben. Noch ist Zeit, eine Imagekampagne zu entwerfen und zum richtigen Zeitpunkt zu starten. Der finanzielle Einsatz im Vergleich zu den Kosten von S21 sind marginal.

Das Ziel ist erreicht, wenn unsere Fahrgäste sagen: *„Es ist zwar sehr unangenehm, aber wir verstehen, dass dies notwendig ist, um etwas Neues und Einzigartiges zu erhalten.“*

Fraktionsvorsitzender:
Stephan Schwarz

Sprecher AK Verkehr:
Uwe Mardas

Verfasser:
Uwe Mardas

AfD Fraktion im VRS, Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart

Datum: 16.10.2025

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25
70174 Stuttgart

Sicherheits- und Wahrnehmungsoffensive S-Bahn Stuttgart - Verstärkte Initiierung sicherheitsrelevanter Maßnahmen an S-Bahnstationen nach gesetzlicher Zuständigkeit durch die Bundespolizei

Antrag:

Der Regionalverband Region Stuttgart möge beschließen:

1. Einhaltung der gesetzlichen Sicherheitsverantwortung der Bundespolizei

Der Regionalverband fordert die Bundespolizei auf, ihre nach § 3 Abs. 1 Bundespolizeigesetz (BPolG) festgelegte Zuständigkeit für die Gefahrenabwehr auf bahneigenen Anlagen (einschließlich Bahnhofsbereiche, Gleise und S-Bahn-Stationen) vollumfänglich wahrzunehmen. Dies umfasst eine sichtbare und engmaschige Präsenz an kriminalitätsbelasteten Standorten (insb. Stuttgart Hbf, Bad Cannstatt, Vaihingen) sowie die rasche Reaktion auf sicherheitsrelevante Vorkommnisse.

2. Keine Ausweitung der finanziellen Beteiligung des Regionalverbands

Der Regionalverband beteiligt sich bereits seit 2021 an den Kosten für Doppelstreifen der DB Sicherheit in den Abendstunden. Diese bisherige Beteiligung kann vorerst fortgeführt werden, jedoch erfolgt keine weitergehende finanzielle Beteiligung an Aufgaben, die eindeutig in die gesetzliche Verantwortung der Bundespolizei fallen. Es ist nicht zielführend, die originäre Verantwortung für die Sicherheit im Bahnbereich auf den Aufgabenträger S-Bahn abzuwälzen.

3. Kooperation mit DB Sicherheit

Der Regionalverband erwartet von der DB Sicherheit die Aufrechterhaltung und ggf. Optimierung der Bestreifung, den gezielten Einsatz moderner Videotechnik sowie die Fortführung der Ordnungspartnerschaft mit der Bundespolizei.

4. *Transparenz und öffentliche Wahrnehmung*

Quartalsweise Berichterstattung im Regionalparlament von Vorkommnissen, Sicherheitsstatistiken, Bestreifungsquoten und ergriffenen Maßnahmen, um das subjektive Sicherheitsempfinden der Fahrgäste zu verbessern.

Durchführung einer Imagekampagne („S-Bahn – sicher unterwegs in der Region“), um das öffentliche Vertrauen in den ÖPNV zu stärken.

5. *Berichterstattungspflicht über:*

- Maßnahmen und Präsenz der Bundespolizei,
- Umsetzung und Wirkung der DB-Sicherheitsmaßnahmen,
- Ergebnisse von Fahrgastbefragungen zum Sicherheitsempfinden.

Begründung:

Die aktuelle Sicherheitslage an zentralen S-Bahn-Knotenpunkten – insbesondere am Stuttgarter Hauptbahnhof und auch an den größeren Bahnhöfen im Umkreis (Bad Cannstatt, Esslingen, Waiblingen, Ludwigsburg und Böblingen) – sowie die jüngsten negativen Medienberichte erfordern eine konsequente Einforderung der gesetzlich festgelegten Pflichten der Bundespolizei (§ 3 Abs.1 BPolG).

Der Verband Region Stuttgart hat als Aufgabenträger der S-Bahn bereits seit 2021 freiwillig zusätzliche Doppelstreifen der DB Sicherheit mitfinanziert. Diese Unterstützung kann zunächst fortgeführt werden. Eine Ausweitung dieser finanziellen Beteiligung ist jedoch nicht gerechtfertigt, da die originäre Verantwortung bei der Bundespolizei liegt.

Das Ziel ist, die Sicherheit objektiv zu erhöhen, das subjektive Sicherheitsempfinden zu verbessern und das Vertrauen in die S-Bahn Stuttgart durch Transparenz und klare Zuständigkeitsverteilung zu festigen – ohne den Regionalverband über seine originären Aufgaben hinaus finanziell zu belasten.

Fraktionsvorsitzender:
Stephan Schwarz

Sprecher AK Verkehr:
Uwe Mardas

Verfasser:
Thomas Rosspacher

Stuttgart, 10. September 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/VA

Gutachten zur Barrierefreiheit in der Region Stuttgart

Antrag:

Im Haushalt des Verbands Region Stuttgart für das Jahr 2026 werden 50.000 Euro bereitgestellt, um ein Gutachten zur Barrierefreiheit in der Region Stuttgart in Auftrag zu geben. Ziel ist es, durch eine fundierte Bestandsaufnahme und Analyse die Region Stuttgart dem Ziel einer weitgehend barrierefreien Mobilität und Teilhabe für alle Menschen – insbesondere für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Familien mit Kindern – deutlich näher zu bringen.

Das Gutachten soll vor allem folgende Fragestellungen adressieren:

- Wie ist der aktuelle Stand der Barrierefreiheit an Haltestellen, Bahnsteigen, Zugängen und in den Fahrzeugen des regionalen Schienen- und Busverkehrs?
- Welche Hürden bestehen im Bereich der intermodalen Mobilität (z. B. beim Wechsel zwischen Verkehrsmitteln, Zugang zu Mobilitätsstationen)?
- Welche Rahmenbedingungen (baulich, rechtlich, organisatorisch) erschweren bzw. fördern die Umsetzung barrierefreier Mobilität in der Region?
- Welche Praxisbeispiele aus anderen Regionen oder Ländern bieten konkrete Ansätze für Verbesserungen?
- Welche Handlungsempfehlungen lassen sich für regionale Akteure, Verkehrsunternehmen und kommunale Entscheidungsträger ableiten?

Als Grundlage sollen bereits bestehende Datengrundlagen und Initiativen (z. B. des VVS, einzelner Kommunen oder Verkehrsunternehmen) einbezogen werden. Das Gutachten soll unter Beteiligung relevanter Akteure – insbesondere aus den Bereichen Behindertenverbände, Mobilitätsexperten und kommunale Vertreter wie kommunale

Behindertenbeauftragte – erarbeitet werden.

Die Ergebnisse sollen der Regionalversammlung im Laufe des Jahres 2026 vorgestellt und diskutiert werden. Ziel ist es, aus dem Gutachten konkrete Handlungsempfehlungen und Prioritäten für weitere politische und infrastrukturelle Schritte zu entwickeln.

Begründung:

Barrierefreiheit ist ein zentrales Anliegen moderner und inklusiver Mobilität. Sie trägt nicht nur zur Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen bei, sondern erleichtert die Nutzung öffentlicher Räume und Verkehrsmittel für alle. Mit dem geplanten Gutachten soll eine fundierte Wissensgrundlage geschaffen werden, um bestehende Lücken zu identifizieren, Handlungsfelder zu priorisieren und realistische Umsetzungsschritte hin zu einer barrierefreien Region Stuttgart zu ermöglichen. Die Erkenntnisse aus dem Gutachten sollen dazu beitragen, die Region Stuttgart als lebenswerte, zugängliche und inklusive Region für alle Menschen weiterzuentwickeln. Mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz kann damit eine große strategische Wirkung erzeugt werden.

AfD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender
Stephan Schwarz

Stuttgart, 10. September 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/WIV

60 Jahre Mondlandung – Raumfahrtregion Stuttgart stärken

Antrag:

Die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) und die KulturRegion Stuttgart werden beauftragt, gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten, wie das 60-jährige Jubiläum der ersten bemannten Mondlandung im Jahr 2029 in der Region Stuttgart begangen werden kann. Ziel ist es, das Thema „Raumfahrt und Weltraum“ wirtschaftlich und kulturell zu nutzen, um Impulse zur Stärkung der regionalen Wirtschaft, insbesondere im Bereich der Luft- und Raumfahrt, zu geben und das Vorhaben kulturell und gesellschaftlich breit zu begleiten und daraus Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu gewinnen.

Dabei soll das Konzept insbesondere:

- die Zusammenlegung und Vernetzung bestehender jährlich wiederkehrender Aktivitäten rund um den Tag der Weltraumforschung (20. Juli) sowie die Weltraumwoche (erste Oktoberwoche eines Jahres) prüfen und für Aktivitäten im Jahr 2029 weiterentwickeln,
- konkrete Formate (z. B. Konferenzen, Unternehmensmessen, kulturelle Veranstaltungen, Bildungsprojekte und Ausstellungen) entwickeln, die den Transfer zwischen Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft stärken, Sichtbarkeit für regionale Raumfahrtakteure schaffen und die Begeisterung für Wissenschaft, Technik und Innovation fördern,
- gezielt Wirtschaftspotenziale für ansässige Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen der Region erschließen (z. B. Matching-Events, Innovationswettbewerbe, Netzwerkveranstaltungen),
- bestehende Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur in der Region einbinden (z. B. Raumfahrtzulieferer, Hochschulen, Museen, Planetarien),

- die kulturelle Dimension des Themas (z. B. künstlerische Auseinandersetzung, Bürgerbeteiligung, Wissenschaftskommunikation) in enger Zusammenarbeit mit der KulturRegion Stuttgart integrieren.

Zur Umsetzung der Vorhaben werden im Haushalt jährlich 25.000 € für die Phase 2026 bis 2029 bereitgestellt.

Die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart und die KulturRegion Stuttgart legen der Regionalversammlung bis spätestens Ende 2026 ein Grobkonzept zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Begründung:

Die erste bemannte Mondlandung am 20. Juli 1969 ist ein Meilenstein der Menschheitsgeschichte. Im Jahr 2029 jährt sich dieses Ereignis zum 60. Mal. Die Region Stuttgart beheimatet zahlreiche Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit Bezug zur Luft- und Raumfahrt. Das Jubiläum bietet eine herausragende Gelegenheit, das Thema Raumfahrt als Zukunftsbranche öffentlichkeitswirksam zu positionieren, junge Menschen für MINT-Berufe zu begeistern und die Sichtbarkeit regionaler Kompetenzen zu erhöhen.

Durch die Kooperation von WRS und KulturRegion Stuttgart kann ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden, der wirtschaftliche und kulturelle Aspekte gleichermaßen berücksichtigt. Mit einer frühzeitigen und konzeptionellen Vorbereitung lassen sich Synergien nutzen und die Region national wie international als zukunftsorientierter Standort profilieren. Die finanzielle Unterlegung ist für eine angemessene Konzeption, Koordination und erste Umsetzungsschritte erforderlich.

AfD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender
Stephan Schwarz

Stuttgart, 10. September 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/WIV

Konzeptentwicklung für kulturelle Veranstaltungen in der Region Stuttgart zum 75-jährigen Jubiläum des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2027 durch die KulturRegion

Antrag:

Es wird beantragt, im Haushalt 2026 einen Betrag in Höhe von 50.000 Euro bereitzustellen, um die KulturRegion Stuttgart mit der Erarbeitung eines Konzepts für kulturelle Veranstaltungen anlässlich des 75-jährigen Bestehens des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2027 zu beauftragen.

Begründung:

Im Jahr 2027 feiert das Land Baden-Württemberg sein 75-jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum bietet eine besondere Gelegenheit, die historische, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung des Landes sichtbar zu machen und aktiv zu gestalten. Die Region Stuttgart soll sich an diesem bedeutenden Jubiläum mit einem eigenständigen Kulturprogramm beteiligen, das die Vielfalt, Geschichte und Zukunft der Region in den Mittelpunkt stellt.

Ziel ist es, ein Veranstaltungsprogramm zu entwickeln. Das Konzept soll:

- **die gesamte Region Stuttgart** abdecken und **dezentral in der gesamten Region Stuttgart** stattfinden,
- auf **alle Altersgruppen und sozialen Schichten** ausgerichtet sein,
- innovative, partizipative und integrative Formate bieten,

- unterschiedliche **kulturelle und künstlerische Formate** (z. B. Ausstellungen, Mitmachprojekte, Lesungen, Konzerte, Diskussionsveranstaltungen) vorschlagen, die möglichst breite Partizipation ermöglichen,
- die kulturelle Identität der Region sichtbar machen und stärken,
- Heimatverbundenheit fördern.

Das 75-jährige Jubiläum von Baden-Württemberg im Jahr 2027 ist ein herausragender Anlass für die Region Stuttgart, die Landesgeschichte gemeinsam in der Region mit Kulturprojekten zu feiern und zu reflektieren. Ein innovatives und inklusives Kulturprogramm macht die Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Landes für alle Menschen in der Region erlebbar und stärkt das Bewusstsein für die regionale Identität und die Heimatverbundenheit.

Die KulturRegion Stuttgart verfügt über die notwendige Expertise und Vernetzung, um ein solches Konzept zu entwickeln. Das Konzept soll die Grundlage für eine mögliche Umsetzung im Jahr 2027 bilden und entsprechende Fördermöglichkeiten auf Landes- und Bundesebene berücksichtigen. Die KulturRegion Stuttgart erarbeitet das Konzept in enger Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren aus Kultur, Bildung und Vereinen und stimmt sich dabei mit bereits bestehenden Aktivitäten und landesweiten Initiativen ab.

AfD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender
Stephan Schwarz

Stuttgart, 10. September 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/WIV

Förderung eines Kulturprojekts zur jenischen Kultur in der Region Stuttgart

Antrag:

Im Haushalt 2026 werden 50.000 Euro für die KulturRegion Stuttgart bereitgestellt mit dem Auftrag, in Kooperation mit Partnern aus Wissenschaft, Kultur sowie der jenischen Gemeinschaft in Baden-Württemberg ein Kulturprojekt zur Kultur und Geschichte der Jenischen in der Region Stuttgart zu entwickeln und umzusetzen.

Ziel des Projekts ist es, am Beispiel der gelungenen Aktivitäten zum jüdischen Leben die Sichtbarkeit der jenischen Minderheit, ihrer Geschichte und Kultur in der Region Stuttgart zu erhöhen, bestehende Forschungslücken zu schließen und einen Beitrag zur gesellschaftlichen Anerkennung zu leisten.

Die Projektinhalte sollen insbesondere umfassen:

- Recherche von historischen und zeitgenössischen Spuren jenischer Kultur im Raum Stuttgart – beispielsweise durch Kooperation mit Experten aus Museen, Archiven, Freilandmuseen und aus der jenischen Gemeinschaft in Baden-Württemberg;
- Entwicklung von Bildungsangeboten, Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen, die die kulturellen Leistungen, Lebensweisen und Sprache der Jenischen vermitteln, vergleichbar mit bestehenden erfolgreichen Formaten der KulturRegion Stuttgart;
- Kooperation mit lokalen Akteuren (Schulen, Kultureinrichtungen, Museen) und ggf. Austausch mit anderen Regionen, in denen Kulturarbeit zu Jenischen bereits initiiert wurde (siehe Kreis Schwäbisch Hall).

Die KulturRegion Stuttgart wird gebeten, nach Dialog mit entsprechenden Gruppen und Partnern eine Projektskizze auszuarbeiten und der Regionalversammlung zur Beratung vorzulegen.

Begründung:

Die jahrhundertealte Kultur der Jenischen ist auch Teil der Region Stuttgart, wurde jedoch bislang kaum erforscht und ist wenig bekannt (vgl. „Schwäbische Heimat“ 2021/3, Schwäbischer Heimatbund). Die Jenischen gehören damit zu den wenig bekannten, jedoch historisch bedeutsamen Gruppen in Mitteleuropa. Ihre Kultur, Sprache und Lebensweise wurden lange ausgegrenzt oder verdrängt. Auch im Raum Stuttgart gab und gibt es Spuren jenischer Präsenz, doch sie sind bislang kaum erforscht oder öffentlich thematisiert worden.

Mit dem angestrebten Kulturprojekt soll das Wissen um die Jenischen und die Situation in der Gegenwart betrachtet werden. Die KulturRegion Stuttgart hat bereits große Expertise bei ähnlichen Vorhaben erworben, wie die erfolgreichen Initiativen zum jüdischen Leben gezeigt haben.

AfD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender
Stephan Schwarz

Stuttgart, 10. September 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/WIV

Rohstoffpartnerschaften mit anderen Regionen

Antrag:

Im Haushalt 2026 werden 50.000 Euro bereitgestellt, um die Chancen und Möglichkeiten für Rohstoffpartnerschaften zwischen der Region Stuttgart und anderen Regionen systematisch zu eruieren.

Ziel ist es, durch eine fundierte Analyse und das Einholen von fachlicher Expertise:

- den aktuellen Bedarf und die zukünftige Entwicklung regional relevanter Rohstoffe (insbesondere für Mobilität, Maschinenbau, Digitalisierung und Energie) zu identifizieren,
- erfolgversprechende internationale Kooperationsregionen für Rohstoffpartnerschaften zu ermitteln,
- bestehende Netzwerke und Initiativen zu analysieren sowie Potenziale für neue, strategisch ausgerichtete Partnerschaften herauszuarbeiten,
- Handlungsempfehlungen für die regionale Wirtschaft und Politik zu formulieren, wie durch Partnerschaften Versorgungssicherheit, Wertschöpfung und Wohlstand für die Bürger in der Region Stuttgart gestärkt werden können.

Die Ergebnisse sollen der Regionalversammlung spätestens Ende 2026 in Form eines Berichts vorgestellt und diskutiert werden.

Begründung:

Die Versorgung mit kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen ist ein zentrales Thema für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Region Stuttgart. Eine verlässliche Rohstoffversorgung ist von entscheidender Bedeutung für die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen. Angesichts globaler Unsicherheiten

und der wachsenden Herausforderungen in den Lieferketten ist es notwendig, frühzeitig Optionen für Partnerschaften zu eruieren, die der Region Stuttgart größere Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit ermöglichen.

Durch die gezielte Prüfung entsprechender Kooperationsmodelle mit anderen Regionen können frühzeitig Potenziale erschlossen, Synergien genutzt und widerstandsfähige Wertschöpfungsketten aufgebaut werden. Der Verband Region Stuttgart sollte hier eine koordinierende und initiiierende Rolle übernehmen. Die beantragten Mittel sollen dazu dienen, Chancen und Risiken systematisch zu bewerten und eine fundierte Entscheidungsgrundlage für künftige Maßnahmen und Kooperationen bereitzustellen.

AfD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender
Stephan Schwarz

Stuttgart, 10. September 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/WIV

Zusätzliche Förderung inklusiver Sportprojekte durch die SportRegion Stuttgart

Antrag:

Zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am sportlichen Leben der Region Stuttgart werden der SportRegion Stuttgart e.V. jährlich zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Die Mittel sollen zweckgebunden für die Konzeption, Förderung und Durchführung von Sportprojekten für Menschen mit Behinderung verwendet werden. Dabei sollen insbesondere Projekte berücksichtigt werden, die:

- den Zugang zu regelmäßigen Sportangeboten für Menschen mit körperlicher, geistiger oder psychischer Beeinträchtigung verbessern,
- inklusive Sportveranstaltungen stärken oder neue Formate initiieren,
- die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen, Behindertensportorganisationen, Schulen und sozialen Trägern fördern,
- die Sensibilisierung für Inklusion im Sportbereich sowie die Aus- und Fortbildung von Übungsleitungen im Bereich Behindertensport unterstützen.

Die Geschäftsstelle der SportRegion Stuttgart wird gebeten, dem Verband Region Stuttgart jährlich über den Einsatz der zusätzlichen Mittel und über erzielte Wirkungen zu berichten.

Begründung:

Sport verbindet und ist ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf gleichberechtigten Zugang zu Sportangeboten. Die SportRegion Stuttgart leistet dazu bereits heute wertvolle Beiträge. Durch die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel können gezielt neue inklusive Projekte initiiert,

bestehende Angebote verstetigt und langfristige Partnerschaften zwischen Sportvereinen, Behindertensportverbänden und sozialen Trägern gefördert werden.

AfD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender
Stephan Schwarz

Stuttgart, 13. Oktober 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/WIV

Regionales Kompetenzzentrum für Kernenergetik

Antrag:

Der Verband Region Stuttgart richtet ein regionales Kompetenzzentrum für Kernenergetik, Reaktortechnik und Materialforschung ein. Zu denken ist insbesondere an die Universität Stuttgart mit ihrem international renommierten Institut für Kernenergetik und Energiesysteme (IKE), auch in der Form einer Kooperation zwischen Universität und Industrie. Aufgaben des Kompetenzzentrums sind Einbindung in bestehende, insbesondere EU-initiierte Förderprogramme, Infrastrukturförderung, Netzwerk- und Kooperationsförderung, Förderung von Nachwuchs und Qualifikation, Innovations- und Pilotprojekte sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Als ersten Schritt beruft der Verband eine Planungskommission für die Schaffung des Kompetenzzentrums und bewilligt dafür Planungsmittel im kommenden Haushalt. Die Finanzierung der von der Kommission entwickelten Aufgaben soll als „Kofinanzierungsprogramm Kernenergieforschung Region Stuttgart“ gestaltet werden.

Begründung:

Der Strukturbericht 2025 der Region Stuttgart betont die Sicherung bezahlbarer Energie als Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Die EU-Kommission sieht im Nuklearbereich erheblichen Investitionsbedarf von EU-weit rund 241 Mrd. EUR bis zum Jahr 2050 (Stand Juni 2025). Investitionen seien sowohl für die Verlängerung der Lebensdauer bestehender Reaktoren als auch für den Bau neuer Großreaktoren erforderlich, zusätzlich auch für kleine modulare Reaktoren (SMR), fortgeschrittene modulare Reaktoren (AMR) und Mikroreaktoren; für die längerfristige Zukunft bleibe die Kernfusion eine Perspektive. Daher sei es wichtig, die **industrielle Führungsrolle** der EU in diesem Sektor aufrechtzuerhalten.

Die Region Stuttgart ist eine der wirtschaftsstärksten und innovativsten Regionen Europas. Auch ihre Führungsrolle muss aufrechterhalten werden, und dazu zählt auch und gerade, ganz im Sinne der EU-Kommission, die Leistungs- und Innovationskraft im Bereich der

Kernenergienutzung.

Die Förderung von Forschung und Lehre, die Weiterqualifizierung der vorhandenen Arbeitskräfte, die Gewinnung neuer Talente, nicht zuletzt im internationalen Kontext, und die Unterstützung von Start-up-Unternehmen werden die Innovation ankurbeln. Die Vermarktung und Markteinführung modernster Kerntechnologien, einschließlich kleiner modularer Reaktoren (SMR), fortgeschrittener modularer Reaktoren (AMR), Mikroreaktoren (und auf längere Sicht Fusion) wird für die Zukunft des Sektors in Europa und darüber hinaus von zentraler Bedeutung sein – so die Zielrichtung der EU. Dies gilt auch für die Zukunft der Region Stuttgart.

Der Verband Region Stuttgart sollte bei der Zukunftstechnologie Kernenergetik agil und mutig handeln und über die Region hinaus sichtbare Zeichen setzen.

AfD-Fraktion

Michael Meyer

Stuttgart, 13. Oktober 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/WIV

Regionsweiten Handwerkerparkausweis endlich umsetzen

Antrag:

VRS und WRS werden gebeten, die Einführung eines regionsweiten Handwerkerparkausweises umzusetzen und damit einen wesentlichen Beitrag zur praktischen Entbürokratisierung zu leisten.

Begründung:

Nachdem neben dem Rems-Murr-Kreis und dem Landkreis Böblingen nun auch der Landkreis Esslingen am 9.10.2025 mit Vorlage 091/2025 einen Handwerkerparkausweis einführt und die Landkreise Göppingen und Ludwigsburg in der Umsetzungsplanung sind, steht die Integration kommunaler Einzellösungen in den Landkreisen vor einem erfolgreichen Ende.

Da aber die Handwerksbetriebe sich in ihrer praktischen Tätigkeit nicht an Kreisgrenzen orientieren und Stuttgart in der Mitte von vier Landkreisen liegt, ist eine regionsweite Integration notwendig.

Es gibt keinen sachlichen Grund, dass die Handwerker in der Region Stuttgart nicht die Vorzüge einer regionalen Lösung in Anspruch nehmen dürfen und weiter gegenüber ihren Kollegen in der Metropolregion Rhein-Neckar, der Region Karlsruhe, dem Rheinkreis Neuss oder der Region Ulm benachteiligt bleiben sollen.

Die Antragsteller sehen auch die Gefahr, dass das lt. Verwaltung vom 16.6.2025 von der Landeshauptstadt Stuttgart gezeigte Interesse an einer „übergreifenden Integration“ aufgrund finanzieller Zwänge nicht allzu lange anhält und am Ende die Handwerker in unserer Region „im Regen stehen gelassen werden.“

AfD-Fraktion

Deuschle, Schwarz, Hussinger, Lindenschmid

Stuttgart, 13. Oktober 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/WIV

Sicherung von Arbeitsplätzen und Meinungsvielfalt bei regionalen Tageszeitungen in der Region Stuttgart

Antrag:

Die Verwaltung berichtet über die Folgen des verschärften Konzentrationsprozesses in der regionalen Zeitungslandschaft, und zwar konkret

1. auf Arbeitsplätze von Redakteuren und anderen festangestellten sowie freien Mitarbeitern von Verlagen

2. und klärt, inwieweit die für eine demokratische Gesellschaft notwendige Meinungsfreiheit durch den Konzentrationsprozess eingeschränkt wird.

Des Weiteren macht die Verwaltung konkrete Vorschläge, wie z. B. durch Ausbau der verbandlichen Medienarbeit dieser für eine führende Wirtschafts- und Kulturregion in Deutschland und Europa inakzeptablen Entwicklung entgegengewirkt werden kann.

Begründung:

Nachdem das Bundeskartellamt Ende Juni 2025 den Verkauf der baden-württembergischen SWMH-Zeitungen (darunter „Stuttgarter Zeitung“, „Stuttgarter Nachrichten“, „Eßlinger Zeitung“, „Schwarzwälder Bote“ und „Böblinger Kreiszeitung“) an den Verlag der Ulmer „Südwest Presse“ (NPG) trotz lt. eigener Aussage „offensichtlicher Wettbewerbsbedenken“ genehmigt hat, ist lt. Medienwissenschaftler Horst Röper „ein ganz großer Player in der Zeitungslandschaft“ entstanden. Die NPG kann damit in eigener Regie gestalten, wie die Berichterstattung in großen Teilen Baden-Württembergs und auch der Region Stuttgart aussehen soll.

Damit ist in weiten Teilen der Region ein quasi-monopolistischer Anbieter entstanden, was zu einem Verlust von Presse- und Meinungsvielfalt führt. Somit haben Zeitungsleser kaum mehr Möglichkeiten, sich aus unterschiedlichen Quellen zu informieren. Es besteht die Gefahr, dass durch „medialen Einheitsbrei“ Politik- und Demokratieverdrossenheit entsteht.

Für Journalisten verschlechtern sich die Arbeitsverhältnisse dadurch, dass sie aufgrund verminderter Möglichkeit zum Wechsel des Arbeitsplatzes leichter zu Wohlverhalten unter

Druck gesetzt werden können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die verbandliche Medienarbeit auszubauen.

Deuschle, Schwarz, Hussinger, Lindenschmid und AfD-Fraktion

Stuttgart, 10. September 2025



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD-Fraktion/WIV

Gutachten zum Bürokratieabbau in der Region Stuttgart

Antrag:

Im Haushalt 2026 werden 50.000 Euro bereitgestellt, um ein unabhängiges Gutachten zum Bürokratieabbau in der Region Stuttgart zu beauftragen. Ziel ist es, konkrete Hemmnisse, strukturelle Ursachen und Zuständigkeitsüberschneidungen zu identifizieren, die bürokratische Prozesse im regionalen Zuständigkeitsbereich erschweren oder verlangsamen – insbesondere in Bereichen mit Schnittstellen zwischen Regionalverband, Kommunen, Behörden und Unternehmen.

Das Gutachten soll unter anderem folgende Fragestellungen untersuchen:

- Welche Verwaltungs- und Abstimmungsprozesse innerhalb der Zuständigkeit des Verbands Region Stuttgart gelten als besonders aufwendig oder verzögert?
- Wo entstehen Reibungsverluste durch komplexe Zuständigkeitslagen, rechtliche Vorgaben oder uneinheitliche Auslegung?
- Welche Erwartungen und Erfahrungen haben Unternehmen, Institutionen und Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit regional geprägten Verwaltungsprozessen (z. B. bei Planungsverfahren, Förderanträgen, Mobilitätsprojekten)?
- Welche Best-Practice-Beispiele bieten Reformansätze für effizientere, transparentere Verfahren im Verwaltungs- und Entscheidungsbereich der Region?

Das Gutachten soll Handlungsempfehlungen enthalten, wie sich Abläufe vereinfachen, beschleunigen und digitalisieren lassen, ohne Rechtsvorgaben zu verletzen.

Die Ergebnisse des Gutachtens sollen der Regionalversammlung spätestens im dritten Quartal 2027 präsentiert und in einer öffentlichen Sitzung diskutiert werden.

Begründung:

Zunehmende Bürokratie stellt eine wachsende Belastung für Bürger, Unternehmen, Vereine sowie die öffentliche Verwaltung selbst dar. Viele Regelungen sind historisch gewachsen, könnten heute jedoch hinderlich, ineffizient oder entbehrlich sein. Ein wissenschaftlich fundiertes Gutachten soll analysieren, in welchen Bereichen Bürokratie in der Region als besonders belastend empfunden wird, welche strukturellen Ursachen zugrunde liegen und welche Reformansätze realistisch und wirkungsvoll wären. Der Verband Region Stuttgart kann hier eine aktive Rolle bei der Identifikation und Überwindung bürokratischer Hürden spielen, Prozesse verschlanken und die Qualität der Zusammenarbeit mit Kommunen und Wirtschaftsakteuren verbessern. Das beantragte Gutachten soll dafür die nötige Grundlage liefern.

AfD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender
Stephan Schwarz

15. Oktober 2025

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2026

Auslastung, Fahrgeldeinnahmen und Deckungsgrad der 1. Klasse in der S-Bahn

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

dem Verkehrsausschuss über die Auslastung, die Fahrgeldeinnahmen und den Deckungsgrad der 1. Klasse in den Jahren 2024 und 2025 zu berichten.

Angesichts der wiederholt extrem schlechten Besetzungszahlen in der 1. Klasse soll dargestellt werden, welche Fahrgeldeinnahmen in diesen Jahren real generiert wurden und wie hoch der jeweilige Deckungsgrad seit dem Ende der Corona-Pandemie war.

Die Frage nach der überfälligen Abschaffung der 1. Klasse in der S-Bahn ist, im Hinblick auf die Ausschreibung der S-Bahn, einer abschließenden Entscheidung zuzuführen.

Begründung:

Nachdem der Verkehrsausschuss mehrheitlich die Abschaffung der 1. Klasse abgelehnt hat, gilt es weiterhin den Erfolg und die Wirksamkeit dieser Entscheidung kritisch zu überprüfen. Nicht zuletzt, um im Hinblick auf den neuen S-Bahn-Vertrag die richtigen Schlüsse im Sinne einer sinnvollen Nutzung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zu ziehen.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Michael Makurath
Verkehrspolitischer Sprecher

und Fraktion

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2026

Ausbildungsregion Stuttgart

VRS und WRS werden gebeten,

über den Stand der Ausbildungsplätze und die Situation der beruflichen Ausbildung in der Region Stuttgart zu berichten. Der Bericht soll die vorliegenden Informationen aus verschiedenen Quellen und Studien sowohl aus der Perspektive des Ausbildungsplatzangebots (Unternehmen und andere Organisationen, Berufsschulen) als auch der Ausbildungsplatznachfrage (junge Menschen und Schulabgehende) vor dem Hintergrund folgender Fragen aufbereiten und bewerten:

- Wie stellt sich der Ausbildungsmarkt räumlich und sektoral in der Region dar? In welchen Ausbildungsberufen ist die Lücke zwischen Ausbildungsplatznachfrage und -angebot besonders groß?
- Welche aktuellen und längerfristigen Herausforderungen bestehen für ausbildende Organisationen und Berufsschulen in der Region?
- Welchen Stellenwert hat eine berufliche Ausbildung bei jungen Menschen in der Region? Was sind Hemmnisse für junge Menschen, um den Weg einer beruflichen Ausbildung zu starten?
- Welche landkreisübergreifenden, regionsweiten Initiativen und Kooperationen bestehen heute im Bereich beruflicher Bildung?
- Welche Best-Practice-Beispiele von Unternehmen und/oder Berufsschulen, die gewürdigt und kommuniziert werden können, gibt es?
- Welche Förderungen und sonstigen Aktivitäten bestehen seitens des VRS und der WRS, um die Akteure im Ausbildungsmarkt zu unterstützen?
- Wie schätzen VRS und WRS Defizite und Handlungserfordernisse ein?
- Welche Möglichkeiten sehen VRS und WRS für zukünftige Aktivitäten, um die berufliche Ausbildung in der Region zu stärken? Insbesondere:
 - Welche Möglichkeiten eröffnen sich regional, wenn man dem Imperativ der ständigen Qualifikationsentwicklung folgt und die berufliche Erstausbildung mit dem System an Weiterbildung besser verknüpfen will?
 - Wie kann der Beitrag des existierenden Weiterbildungsverbundes Region Stuttgart für eine solche Verknüpfung aussehen und was könnten VRS und WRS dafür zusätzlich tun?
 - Wie können VRS und WRS dazu beitragen, Aktivitäten und Angebote der Berufsschulen kreisübergreifend zu koordinieren und zu bündeln – etwa, wenn es um Blockunterricht für seltene und „kleine“ Berufe geht?
 - Wie können VRS und WRS Unternehmen und andere Organisationen darin unterstützen, ihre Aus- und Weiterbildung stärker zu verzahnen und zu digitalisieren, um eine möglichst attraktive und effektive Fachkräfteausbildung zu gewährleisten und dem Fachkräftenachwuchs Perspektiven aufzuzeigen?

- Was können VRS und WRS dazu beitragen, um eine berufliche Ausbildung für junge Menschen attraktiver zu machen – etwa, indem mehr bezahlbarer Wohnraum am Ausbildungsort oder fairere Ausbildungsvergütungen unterstützt werden?

Begründung:

Viele Unternehmen, Handwerksbetriebe und soziale Einrichtungen in der Region Stuttgart klagen über unbesetzte Ausbildungsstellen. Zugleich gelingt es nicht, alle Jugendlichen in eine berufliche Ausbildung zu integrieren. Gute Ansätze der letzten Jahre, wie der Kombi-Ansatz AV Dual, wirken zwar, aber noch nicht in der genügenden Breite. Die Entwicklung gefährdet nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer regionalen Wirtschaft, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die duale berufliche Ausbildung ist ein tragendes Fundament des deutschen Beschäftigungsmodells. Sie ist nicht nur wirtschafts- und industriepolitisch wichtig, sondern auch integrations-, bildungs- und sozialpolitisch bedeutsam. Denn sie bietet jungen Menschen praxisnahe Qualifizierung, Aufstiegsperspektiven und soziale Teilhabe, gerade – aber bei Weitem nicht nur – für diejenigen, die über einen geringen, schlechten oder keinen schulischen Bildungsabschluss verfügen. Wenn dieses System an Stabilität verliert, drohen langfristig wachsende Fachkräftengpässe, eine weitere Spaltung des Arbeitsmarkts und ein Verlust an sozialer Durchlässigkeit.

In den laufenden Transformationsprozessen gerät auch der Ausbildungsmarkt in der Region Stuttgart unter Druck. Dies zeigen die Zahlen aus dem Strukturbericht: Sowohl die Zahl der Ausbildungsbetriebe (minus 17,6 % seit 2017) als auch die Zahl der Auszubildenden ist gesunken (von rund 55.000 Auszubildenden 2020 auf rund 50.000 2024). VRS und WRS haben die zentrale Rolle der beruflichen Ausbildung zu Recht erkannt. Zugleich liegt im Vergleich zur Weiterbildung und zur hochschulgebundenen Bildung darauf bislang kein besonderer Schwerpunkt der Verbandsarbeit. Die schulische Zuständigkeit liegt bei den Stadt- und Landkreisen.

Vor diesem Hintergrund ist aus sozio-ökonomischer Sicht eine fundierte Bestandsaufnahme der Ausbildungssituation in der Region Stuttgart erforderlich. Der Bericht soll darstellen, wo die größten Passungsprobleme zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage bestehen und welche Hemmnisse Betriebe, Berufsschulen und (potenzielle) Auszubildende erleben. Zudem sollen erfolgreiche regionale Initiativen und Best-Practice-Beispiele sichtbar gemacht werden.

Mit dem beantragten Bericht soll die Grundlage für ein strategisches, abgestimmtes Vorgehen geschaffen und Möglichkeiten für regionsweite Aktivitäten von VRS und WRS geprüft werden, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, Berufsschulen, die Kreise als Schulträger sowie Ausbildungsbetriebe zu stärken und Jugendlichen gute Zukunftschancen in der Region zu eröffnen.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Jürgen Kessing
Wirtschaftssprecher



Dr. Klaus Spachmann

und Fraktion

15. Oktober 2025

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2026

Der „Bauturbo“ und seine Auswirkungen auf die Region Stuttgart

Die Geschäftsstelle wird gebeten,

zu berichten, wie sich die neue baurechtliche Bundesgesetzgebung, umgangssprachlich „Bauturbo“ genannt, auf den Landschaftspark, die regionalen Grünzäsuren und die Gewerbeflächenentwicklung in der Region Stuttgart auswirken.

Begründung:

Unsere große Diversität an Grünflächen in der Region Stuttgart ist ein hohes Gut, um dessen zukünftigen wertschätzenden Umgang wir ständig ringen müssen. Aus diesem Grund sollte im Kontext der neuen baurechtlichen Bundesgesetzgebung geprüft werden, wie sich diese Grünflächen in einer Zukunft des verdichteten und beschleunigten Bauens potentiell entwickeln.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Andrea Schwarz
Planungssprecherin

und Fraktion

15. Oktober 2025

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2026

Doppelte Wertschöpfung: Landwirtschaft und Solarenergie gemeinsam stärken

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

in Abstimmung mit der WRS, ein Informations- und Beratungsprogramm für landwirtschaftliche Betriebe in der Region Stuttgart zu den Chancen und Potenzialen von Photovoltaik (PV) auf landwirtschaftlichen Flächen zu entwickeln.

Dabei soll insbesondere die Mehrfachnutzung von PV und Landwirtschaft („Agri-PV“) berücksichtigt und praxisnah vermittelt werden. Geeignete Formate wie z.B. Informationsveranstaltungen oder Angebote zum Austausch mit Fachverbänden sind zu konzipieren und umzusetzen.

Ebenso soll ein Beitritt zur Modellregion Agri-PV Baden-Württemberg, die mit Landesmitteln das Konzept einer doppelten Wertschöpfung in der Landwirtschaft bereits vorantreibt, geprüft werden.

Begründung:

Mit dem Beschluss zur Ausweisung von Flächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen, entstehen in der Region Stuttgart neue Möglichkeiten für den Ausbau erneuerbarer Energien. In der Regel sind diese Flächen bislang landwirtschaftlich genutzt.

Damit die Energiewende auf diesen Flächen erfolgreich gelingt, ist eine enge Einbindung und Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe entscheidend.

Die Betriebe stehen vor der Herausforderung, ihre Flächen künftig gegebenenfalls sowohl für landwirtschaftliche Produktion als auch für PV-Anlagen zu nutzen. Die Agri-PV bietet hier große Chancen: Flächen können doppelt genutzt, Erträge diversifiziert und die regionale Wertschöpfung gesteigert werden.

In einigen Betrieben besteht noch Bedarf an praxisnahen Informationen zu technischen Konzepten, rechtlichen Rahmenbedingungen, Fördermöglichkeiten und erfolgreichen Praxisbeispielen.

Der Verband Region Stuttgart kann durch ein begleitendes Informations- und Beratungsprogramm dafür sorgen, dass die ausgewiesenen Flächen rasch, konfliktarm und im Sinne einer nachhaltigen Mehrfachnutzung aktiviert werden. Dies unterstützt die Landwirtschaft beim Transformationsprozess, stärkt die Akzeptanz der neuen Flächenkulisse und leistet einen Beitrag zur Erreichung der regionalen Klimaschutzziele.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Jürgen Kessing
Wirtschaftssprecher



Ines Schmidt

und Fraktion

15. Oktober 2025

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2026

„Green Capital Award“ - eine Chance für die Region Stuttgart

Die Geschäftsstelle wird gebeten,

zu prüfen und zu berichten, inwiefern im Zuge des 20-jährigen Jubiläums des Wettbewerbs Landschaftspark und in Vorbereitung auf eine Ausrichtung der Buga eine Bewerbung für den „Green Capital Award“ der EU für die Region Stuttgart aussichtsreich erscheint.

Begründung:

Den „Green Capital Award“ vergibt die EU-Kommission seit 2010 an Städte, denen es in besonderer Weise gelungen ist, Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum zu verbinden und so die Lebensqualität ihrer Einwohner zu steigern. Dabei werden Kriterien wie Grünflächen und nachhaltige Flächennutzung, Klimaschutz und Klimaanpassung, Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Wasser, Biodiversität u.a.m. bewertet. Der Preis ist mit 600.000 € dotiert. Neben der internationalen medialen Aufmerksamkeit werden die Gewinner in das ständig wachsende Netzwerk der vorangegangenen „Green Capitals“ aufgenommen. Städte wie Stockholm, Kopenhagen, Essen, Lissabon und zuletzt Heilbronn wurden mit dem Preis für ihre Anstrengungen geehrt.

Die Region Stuttgart hat mit ihrem konsequenten Freiraumschutz durch Grünzüge und Grünzäsuren, mit dem Wettbewerb Landschaftspark, der seit über 20 Jahren viele wegweisende Projekte für die Naherholung und den Naturschutz auf den Weg gebracht hat, mit den Masterplänen und Renaturierungen für die Flusslandschaften der Region, dem öffentlich zugänglichen Klimaatlas u.v.m. nicht nur eine konsequente und umfassende Strategie, sondern auch sichtbare Erfolge. Mit der möglichen Buga-Bewerbung werden viele dieser Anstrengungen nochmals fokussiert.

Um die Sichtbarkeit der Region Stuttgart als in hohem Maße attraktive, lebenswerte und nachhaltige Stadtregion zu erhöhen und positive Signale zu setzen, soll eine Bewerbung für den Award geprüft und angestrebt werden.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Andrea Schwarz
Planungssprecherin

und Fraktion

15. Oktober 2025

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2026

Mögliche Endpunkte der Schusterbahn im Landkreis Ludwigsburg

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

dem Verkehrsausschuss nochmals dazustellen, welche möglichen Endpunkte es für eine Verlängerung der Schusterbahn in den nördlichen Landkreis Ludwigsburg gibt und welche baulichen Maßnahmen dabei an den möglichen Endpunkten notwendig wären.

Begründung:

Bislang scheint Walheim der geeignete Endpunkt für eine Verlängerung der Schusterbahn in den nördlichen Landkreis Ludwigsburg zu sein. Nun haben sich aber neue Gesichtspunkte ergeben, die auch eine Verlängerung bis nach Kirchheim/Neckar möglich erscheinen lassen.

Eine Verlängerung über die Regionsgrenze bis nach Lauffen/N. erscheint dagegen weiterhin nicht sinnvoll zu sein.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Michael Makurath
Verkehrspolitischer Sprecher

und Fraktion

15. Oktober 2025

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2026

Region Stuttgart an Autobahnen sichtbar machen

Die Geschäftsstelle wird beauftragt:

Gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg, den Straßenverkehrsbehörden und der deutschen Autobahn GmbH ein Konzept zur Aufstellung von Begrüßungs- und Hinweisschildern an den Autobahnen rund um die Region Stuttgart zu entwickeln und die Umsetzung vorzubereiten. Ziel ist es, Reisende beim Befahren der Region Stuttgart sichtbar willkommen zu heißen und die Region als Einheit erkennbar zu machen.

Begründung:

Die Region Stuttgart ist wirtschaftlich stark, landschaftlich vielfältig und kulturell attraktiv. Dennoch ist sie für viele Reisende auf den Autobahnen bislang kaum als zusammenhängende Region wahrnehmbar. Während andere Regionen – etwa die Metropolregion Nürnberg – an den Autobahnen mit Begrüßungsschildern sichtbar sind, fehlt ein solcher Wiedererkennungswert in der Region Stuttgart.

Wie in der Vorstellung des Haushaltsentwurfs erwähnt, soll die Region Stuttgart zur „Marke“ werden.

Mit der Aufstellung von Begrüßungsschildern an zentralen Einfahrtsachsen auf den Autobahnen kann die Region Stuttgart genau diese „Marken“-Identität und -Bekanntheit stärken. Solche Schilder schaffen ein stärkeres Bewusstsein für die Region als Ganzes.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Jürgen Kessing
Wirtschaftssprecher



Ines Schmidt

und Fraktion

15. Oktober 2025

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2026

Schnelle Unterstützung des Kulturguts Weinbau

Die Regionalversammlung beschließt,

bis zu 150.000 € aus den für den Wettbewerb Landschaftspark eingestellten Mitteln für die Förderung von Koordinatoren von Weinbauflächen zu reservieren, soweit entsprechende Anträge eingehen. Die Förderung soll Landkreise oder interkommunale Zusammenschlüsse mit 50% der Personalkosten unterstützen, die aufgegebene Weinbauflächen managen und restrukturieren. Sollten keine entsprechenden Anträge eingehen, werden die Mittel den Projekten im Wettbewerb Landschaftspark wieder zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die Weinberge sind für die Region von umfangreicher wirtschaftlicher, sozialer und vor allem kultureller Bedeutung. Sie sind prägend für das Landschaftsbild der Region Stuttgart und seit Jahrhunderten in besonderem Maß identitätsstiftend.

Der Weinbau ist jedoch von massiven Veränderungen betroffen. Immer mehr Flächen werden aufgegeben und aus der Bewirtschaftung genommen. Die Geschwindigkeit des Umbruchs sucht seinesgleichen und beschränkt sich längst nicht mehr auf die besonders prägenden Steillagen. Die Aufgabe und Verbuschung von immer mehr Weinanbauflächen und der dadurch entstehende Flickenteppich bedeutet jedoch für die verbliebenen Winzer eine zusätzliche Erschwernis z.B. aufgrund überspringender Schädlinge und Krankheiten oder aufgrund schwieriger werdender Bewirtschaftung (Einsatz von Hubschraubern).

Zum Erhalt des Weinbaus kann ein aktives Flächenmanagement beitragen, das z.B.

- gemeinsam mit den Kommunen die wesentlichen Lagen definiert
- Brachflächen mithilfe des vereinfachten Landtausches zurück in die Bewirtschaftung bringt
- dafür sorgt, dass dauerhaft aufzugebende Flächen ordnungsgemäß gerodet und alternativ bepflanzt werden.

Da die Weinlagen häufig über Gemarkungsgrenzen hinausgehen, bietet sich eine Bündelung der Aufgaben an (interkommunal oder Landkreise). Mit Blick auf das 20-jährige Bestehen des Landschaftsparks und die wirtschaftliche, kulturelle und landschaftliche Bedeutung des Weinbaus sollen 50% der Personalkosten gefördert werden. Dazu sollen aus den Mitteln für den Wettbewerb Landschaftspark bis zu 150.000 € für diese Aufgabe reserviert werden.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Andrea Schwarz
Planungssprecherin

und Fraktion

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

16.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Anpassung der Zuschüsse für die Internationale Bauausstellung IBA'27

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2026:

Der Zuschuss an die IBA StadtRegion Stuttgart GmbH wird im Haushaltsjahr 2026 um 15 Prozent gekürzt. Die dadurch eingesparten Mittel sollen zur Haushaltskonsolidierung und zur Entlastung bei der Tilgung genutzt werden.

Begründung:

Die IBA steht kurz vor dem Ende ihrer Laufzeit, die von 2018 bis 2027 reicht. Die meisten konzeptionellen und vorbereitenden Arbeiten sind bereits erledigt. Jetzt konzentrieren sich die verbleibenden Aufgaben hauptsächlich auf die Projektkommunikation, die Sicherung der Ergebnisse und die Dokumentation.

Auf Seite 26 des Haushaltsplanentwurfs 2026 sind für die IBA StadtRegion Stuttgart GmbH insgesamt 353.800 € sowie für zusätzliche Begleitmaßnahmen 77.350 € eingeplant – das macht zusammen 431.150 €.

Eine moderate Reduzierung der Zuschüsse um 15 Prozent ist daher sinnvoll (das sind rund 65.000 Euro) und gefährdet den Erfolg des Projekts nicht. Eine solide Finanzpolitik bedeutet, dass befristete Projekte finanziell so auszurichten sind, dass sie erfolgreich zum Abschluss kommen, anstatt sie dauerhaft zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kai Buschmann'.

Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Heise'.

Gabriele Heise

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Braun'.

Albrecht Braun

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Hartfrid Wolff'.

Hartfrid Wolff

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Osman Dönmez'.

Osman Dönmez

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

16.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Beschleunigung von Anträgen

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Nachfolgende Beschlüsse zum Haushalt 2025 werden für den Haushalt 2026 erneut aufgegriffen und beschleunigt behandelt:

1. Entwicklung einer Finanzplattform für die Region Stuttgart.

Die FDP-Fraktion hatte für den Haushalt 2025 beantragt, ein Konzept für eine Finanzmarktplattform zusammen mit Stuttgart Financial zu entwickeln, um für Investitionen in der Region transparent und offen ein Finanzierungsangebot darstellen zu können.

Hierzu wurde seitens der Regionalversammlung 2024 beschlossen, dass die WRS mit Stuttgart Financial und weiteren Partnern Gespräche führt, um den Bedarf und vorhandene Angebote etc. prüfen zu lassen. Auf Basis dieser Analysen sollte dem WIV ein Bericht bzw. ein Konzept zur weiteren Vorgehensweise vorgelegt werden. Deshalb beantragen wir hiermit: Dem WIV wird bis spätestens zur ersten Sitzung 2026 berichtet, wie der Stand hierzu ist.

2. Konzept Flughafen Stuttgart zu einem europäischen Hub ausbauen.

Die FDP-Fraktion beantragte zum Haushalt 2025, ein Konzept zu erarbeiten, um den Flughafen Stuttgart zu einem europäischen Drehkreuz (EU Hub) weiter zu entwickeln und es zu ermöglichen, wieder internationale Verbindungen (z.B. in die USA) herzustellen.

Es wurde seitens der Regionalversammlung 2024 beschlossen, dass hierzu eine Veranstaltung zusammen mit Wirtschaftsvertretern aus der Region durchgeführt wird.

Deshalb beantragen wir hiermit: Dem WIV ist bis spätestens zur ersten Sitzung 2026 berichtet, wie der Stand der Umsetzung ist.

3. Konzept für einen regionalen Infrastrukturfonds.

Die FDP-Fraktion hatte zum Haushalt 2025 bereits beantragt, ein Konzept für einen Infrastrukturfonds für die Region zu entwickeln. Die Finanzierung von wesentlichen Infrastrukturmaßnahmen in der Region muss auf eine finanziell wie zeitlich solide Basis gestellt werden. Gerade für den Anreiz notwendiger Investitionen sind betriebswirtschaftliche Belange für Unternehmen notwendig: Planbarkeit, längere, gesicherte Finanzierungszeiträume und klare Umsetzungsperspektiven schaffen Investitionssicherheit. Hierzu soll ein Finanzierungskonzept, z.B. über einen Infrastrukturfonds, erarbeitet werden.

Es wurde seitens der Regionalversammlung 2024 beschlossen, dass die WRS und die Geschäftsstelle eruieren, inwieweit solche Maßnahmen bereits in anderen Regionen existieren.

Deshalb beantragen wir hiermit: Der erste Zwischen-Bericht hierzu wird nunmehr in der ersten Sitzung des WIV 2026 erfolgen.

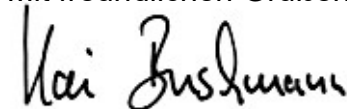
4. Internationale Privatuniversitäten für die Region Stuttgart gewinnen - Freie Forschung in der Region Stuttgart

Die FDP-Fraktion hatte beantragt, sowohl eine aktive Akquisitionsstrategie für Wissenschaftler aus den USA voranzutreiben als auch schnellstmöglich über eine Ansiedlungsstrategie für internationale Privatuniversitäten zu berichten. Über beides wurde positiv im Juli 2025 beschlossen, dieses zu finanzieren und vollumfänglich zu berichten. Wir beantragen deshalb: Der erste Zwischen-Bericht wird hierzu spätestens in der ersten Sitzung des WIV 2026 erfolgen.

Begründung:

Die Transformation der Unternehmen in der Region Stuttgart schreitet mit hohem Tempo voran. Hier muss der Verband Region Stuttgart Stand halten und Gas geben. Dabei sind die Gewinnung von Fachkräften und die Ansiedelung von privaten Universitäten ebenso wichtig wie weitere, noch anhängige Vorhaben. Dazu gehört die Stärkung des Flughafens Stuttgart als eine wesentliche Verkehrsader für den (europäischen/internationalen) Wirtschaftsstandort, aber auch Initiativen zu neuen Investitionsmitteln (z.B. Infrastrukturfonds, ÖPP, Drittmittel-Akquise) oder transparente Formen der Finanzierungsgrundlagen (u.a. Finanzplattform).

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Hartfrid Wolff



Osman Dönmez

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

15.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Index Kommunalfinanzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2026:

Die Verwaltung wird beauftragt, jährlich vor Beginn der Sommerpause über die Entwicklung der Kommunalfinanzen (vorrangig Landkreise und Landeshauptstadt in der Region Stuttgart) zu informieren und hierfür einen Index zu entwickeln, der klare Hinweise für die Festsetzung der Umlagen im anschließend im Herbst zu verabschiedenden Haushalt des Folgejahres gibt.

Begründung:

Seit Gründung des Verbandes Region Stuttgart wird die Umlagefinanzierung des Verbandes immer wieder als „Geburtsfehler“ bezeichnet, weil sich der Verband durch Mehrheitsbeschluss der Regionalversammlung bei Kreisen, Städten und Gemeinden unabhängig von deren Haushaltslage finanziell bedienen kann (FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen Hofer am 06.10.1999 in der WKZ: „Der Geburtsfehler ist die Umlagefinanzierung“). Zuletzt verwendete 2021 sogar der Stuttgarter Alt-OB Fritz Kuhn (Grüne) bei seinem Ausscheiden aus der Regionalversammlung in seinem Resümee genau diese Formulierung. Am 22.10.2016 hatte die FDP-Fraktion einen Antrag eingebracht, eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern aller Fraktionen einzusetzen, die einen Vorschlag für eine Umstellung der Finanzierung des Verbandes Region Stuttgart auf Steuermittel erarbeitet. Die politische Durchsetzbarkeit einer solchen Finanzierung wurde damals mehrheitlich

nicht gesehen. In der aktuellen schweren kommunalen Finanzkrise wird mit dem Antrag nun ein Weg der Orientierung an den kommunalen Finanzen mittels Index vorgeschlagen.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Hartfrid Wolff



Osman Dönmez

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

15.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Internetübertragung von Regionalversammlungen ermöglichen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2026:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, das künftig die Übertragung und die Bereitstellung von Sitzungen der Regionalversammlung im Internet ermöglicht. Die Haushaltsmittel hierfür sind abzuschätzen und im Haushalt 2026 zu berücksichtigen.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion hat seit 2014 in mehreren Anträgen immer wieder gefordert, die Übertragung von Sitzungen der Regionalversammlung im Internet möglich zu machen. Diese Anträge wurden bisher mit den Argumenten abgelehnt, dass keine Rechtssicherheit bezüglich Film- und Tonaufnahmen bestehe und die Presseberichterstattung dadurch zusätzlich zurückgehen würde. Bezüglich beider Argumente hat sich die Situation geändert: Am 16. Juli 2025 beschloss der Landtag eine Novelle der Gemeindeordnung (§ 35 Abs. 3) und der Landkreisordnung (§ 30 Abs. 3). Demnach sind in öffentlichen Sitzungen nun Film- und Tonaufnahmen zulässig. Dies ist nun auch Rechtsgrundlage für den Regionalverband. Die Presseberichterstattung hat sich im letzten Jahrzehnt so stark zurückentwickelt, dass heute neue Informations- und Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerschaft geschaffen werden müssen. Die fortschreitende Digitalisierung der Informationsbeschaffung erfordert zudem neue Wege.

Die FDP Regionalfraktion ist offen, wie in den neuen Informationsübermittlungs kanal eingestiegen wird (Livestream oder Videopodcast, ganz oder TOP-bezogen, nur Redende oder mit Aussprache etc., nur Regionalversammlung oder auch Ausschüsse, mit oder ohne Gebärdendolmetscher). Der Einstieg sollte einfach und preiswert sein, um erste Erfahrungen zu sammeln und Hemmschwellen bei den Beteiligten zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Hartfrid Wolff



Osman Dönmez

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

16.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Externe Kostenkontrolle und Mittelbindung nach Leistungsfortschritt bei ÖPNV-Großprojekten

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2026:

1. Für die großen Investitionsprojekte im öffentlichen Nahverkehr rund um Stuttgart, die jährlich über 10 Millionen Euro kosten, wird ein unabhängiges externes Projekt- und Kostencontrolling eingerichtet. Das betrifft derzeit besonders die Verlängerung der S-Bahn nach Neuhausen (Projektschlüssel 7300012) und die Einführung des ETCS-Systems sowie die Maßnahmen am Schienenknoten Stuttgart (Projektschlüssel 7300026).
2. Die Haushaltsmittel sollen zukünftig gestaffelt nach dem Fortschritt der jeweiligen Leistungen oder Projekte bereitgestellt werden, um Überbindungen und nicht genutzte Mittel zu vermeiden.
3. Der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Verwaltungsausschuss (WIV) soll halbjährlich über die Ergebnisse des externen Controllings und mögliche Anpassungsvorschläge informiert werden.

Begründung:

Die S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen ist das größte Einzelprojekt im Investitionsplan 2026 (Regionalplanungsentwurf, Seite 245) mit einem Mittelansatz von 51,2 Millionen Euro. Im Vergleich zur ursprünglichen Planung gab es eine Kostensteigerung von etwa 13 Millionen Euro. Auch bei der Einführung des ETCS-Systems und den Maßnahmen am Schienenknoten Stuttgart (27,5 Millionen Euro) bestehen erhebliche Risiken in Bezug auf Zeitpläne und Kosten.

Ein externes Projekt- und Kostencontrolling sorgt dafür, dass die Mittelbindung und Auszahlungen immer am tatsächlichen Fortschritt der Bau- und Leistungsarbeiten ausgerichtet sind. Das schafft mehr Transparenz, reduziert Fehlentscheidungen und ermöglicht eine gezielte Planung der Liquidität.

Selbst kleine Kostenabweichungen können bei diesen Projekten Millionensummen ausmachen. Durch eine externe Kontrolle und die schrittweise Bereitstellung von Mitteln können kurzfristig durch die Vermeidung von überplanmäßigen Mittelbindungen und Zinsbelastungen Einsparungen oder Entlastungen erzielt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Hartfrid Wolff



Osman Dönmez

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

15.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Landschaftsparkprojekte und Crowdfunding

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2026:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, das zu Crowdfunding bei der Beantragung von Landschaftsparkprojekten motiviert.

Begründung:

In der kommunalen Finanzkrise werden Freiwilligkeitsaufgaben in Städten und Gemeinden radikal zurückgefahren. Das ist für die Bewerbung um Kofinanzierungsmittel aus dem Landschaftsparkprogramm des Verbandes Region Stuttgart nicht günstig. Da es sich beim Landschaftsparkprogramm aber um einen Wettbewerb handelt, sollte die Jury auch künftig auswählen können. Vereinzelt aktivieren Kommunen schon private Mittel im Sinne von Crowdfunding für ihre Projekte, so 2017/18 beim Schönbuchturn, der durch den Verkauf der Patenschaften für die 348 Treppenstufen mitfinanziert wurde. Die FDP Regionalfraktion schlägt als Anreiz vor, zum Beispiel bei Aktivierung von Kapital durch Crowdfunding die Bezuschussung des Projektes entsprechend zu erhöhen, ggf. auch über 50 Prozent.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kai Buschmann'.

Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Heise'.

Gabriele Heise

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Braun'.

Albrecht Braun

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Hartfrid Wolff'.

Hartfrid Wolff

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Osman Dönmez'.

Osman Dönmez

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

16.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Stärkung der Metropolregion - Zusammenarbeit mit angrenzenden Innovationsinitiativen suchen

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

A. Prüfung Errichtung einer Fakultät Technische Medizin in Stuttgart

Die Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart beschließt:

1. der Verband Region Stuttgart wird beauftragt, gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg und Universitäten der Region sowie der BioRegion STERN GmbH und der WRS zu prüfen, inwieweit die Errichtung einer Fakultät für Technische Medizin in Stuttgart möglich, sinnvoll und zukunftsweisend ist.
2. Im Rahmen dieser Prüfung soll insbesondere in den Blick genommen werden, ob und wie das Land diese Initiative unterstützt, wie sich eine Fakultät für technische Medizin komplementär und kooperativ zur Uni Tübingen entwickeln lässt, welche Standortoptionen in der Region Stuttgart bestehen und welche Finanzierungs- und Förderoptionen sich ergeben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2026 einen Bericht über die Ergebnisse sowie Handlungsempfehlungen zu geben.

B. Aufbau einer eigenen Initiative zur KI-Innovationsregion Heilbronn - Stuttgart

Die Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart beschließt:

1. Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt, gemeinsame Initiativen zur Weiterentwicklung der Künstlichen Intelligenz zusammen mit dem KI-Innovationspark Heilbronn zu entwickeln und voranzutreiben.

2. Im Rahmen der Prüfung soll insbesondere in den Blick genommen werden, ob und wie das Land die Kooperation unterstützen kann, wie beiderseits ein Zweckverband geschlossen werden kann, der gemeinsame Initiativen ermöglicht, und welche öffentlich-rechtlichen Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten sowie Drittmittelakquisitionen und ÖPP-Modelle es geben kann, um die Forschungs- und Verkehrsinfrastruktur gemeinsam voranzutreiben.

Begründung:

Die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich die angestoßene Diskussion zur Weiterentwicklung des Forschungsstandorts Stuttgart zusammen mit angrenzenden Initiativen (u.a. Tübingen und Heilbronn).

Die Region Stuttgart wächst immer mehr auch an ihren Verbandsgrenzen. Umso mehr ist die Initiative zu ergreifen, mit konstruktiven Vorschlägen auf die Nachbarregionen Tübingen/Reutlingen sowie Heilbronn zuzugehen. Beide Regionen können ihre Assets einbringen und die Menschen im Großraum Mittlerer Neckar gewinnen.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Hartfrid Wolff



Osman Dönmez

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

16.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Überprüfung der zeitlichen Streckung politisch steuerbarer Investitionsprogramme

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2026:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Investitionsprogramm 2026 (siehe Seiten 241 ff. der Vorlage RV-039/2025) aufgeführten Programme auf ihre rechtlichen und vertraglichen Bindungen sowie auf mögliche Streckungsmöglichkeiten zu überprüfen.
2. Bei Programmen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben oder vertraglich gebunden sind, soll geprüft werden, ob eine schrittweise Bereitstellung von Mitteln oder eine Verschiebung von Teilbeträgen in die kommenden Jahre (2027 und folgende) möglich ist.
3. Der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Verwaltungsausschuss (WIV) soll bis zum Ende des ersten Quartals des Jahres 2026 über die Ergebnisse der Prüfung informiert werden.

Das Ziel ist es, den Finanzierungsbedarf im Jahr 2026, um mindestens 20 % der vorgesehenen Mittel zu reduzieren.

Begründung:

Diese Programme werden insbesondere auch durch Kredite finanziert. Eine Streckung würde die Kreditaufnahme verringern, die Zinskosten (derzeit etwa 3 – 3,5%) senken und eine realistischere Planung der Umsetzung ermöglichen. Wir setzen uns für eine transparente und klare Haushaltsführung ein, die nicht auf symbolische Budgetüberzeichnungen setzt.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Hartfrid Wolff



Osman Dönmez

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

16.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Überprüfung der zentralen Steuerung und Bündelung der Kommunikations- und Marketingaktivitäten

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2026:

1. Die Verwaltung wird gebeten, alle im Haushaltsplan 2026 vorgesehenen Budgets für Marketing, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Region Stuttgart zu erfassen und in einer übersichtlichen Zusammenstellung darzustellen.
2. Auf dieser Grundlage soll untersucht werden, wie eine Bündelung der Aktivitäten unter einer einheitlichen Marken- und Kommunikationsstrategie Synergien nutzen, Überschneidungen vermeiden und Effizienzsteigerungen erreichen kann.
3. Die Ergebnisse dieser Analyse sind bis zum Ende des ersten Quartals 2026 dem Wirtschafts-, Infrastruktur- und Verwaltungsausschuss (WIV) vorzulegen.

Begründung:

Im Haushaltsplan sind allein für die neue Marketing- und Markenstrategie der Region Stuttgart 360.000 € eingeplant. In der mittelfristigen Finanzplanung sind weitere 150.000 € vorgesehen (Haushaltsplanentwurf 2026, Seite 17). Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass in den verschiedenen Teilhaushalten weitere Kommunikationsmaßnahmen in Planung oder bereits im Einsatz sind. Der Antrag zielt nicht darauf ab, sofortige Kürzungen vorzunehmen, sondern möchte die Effizienz und Transparenz verbessern. Er legt den Grundstein dafür, dass im nächsten Schritt über konkrete Synergien oder Einsparmöglichkeiten entschieden werden kann, sobald ein vollständiger Überblick über die Kommunikationskosten vorliegt.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Hartfrid Wolff



Osman Dönmez

FDP-Regionalfraktion

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Gabriele Heise,
Albrecht Braun, Osman Dönmez,
Hartfrid Wolff

16.10.2025

☒ Antrag

☐ Anfrage

Reduktion der Zuschusserhöhung an die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS)

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2026:

Die im Haushaltsplan 2026 geplante Erhöhung des Zuschusses an die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) soll um 300.000 Euro gesenkt werden. Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, zusammen mit der WRS ein Konzept zu entwickeln, das aufzeigt, wie private Kofinanzierungen und EU-Fördermittel künftig besser zur Finanzierung genutzt werden können.

Begründung:

Die Wirtschaftsförderung ist zwar wichtig, gehört aber nicht zu den zentralen Aufgaben des Verbands Region Stuttgart. Mit über 14 Millionen Euro Gesamtförderung im Jahr 2026 (Haushaltsplanentwurf 2026, Seite 26 f.) und einem Anstieg von knapp 611.000 Euro wächst der Zuschuss überdurchschnittlich. Viele Formate, wie Messeauftritte oder Marketing- und Innovationskampagnen, haben einen klaren Bezug zu Unternehmen oder Branchen und könnten teilweise auch von der Wirtschaft selbst getragen werden. Die Kürzung der Zuschusserhöhung würde nicht nur 300.000 Euro im Haushalt einsparen, sondern würde auch gleichzeitig die Effizienz, Eigenverantwortung und marktwirtschaftliche Disziplin stärken, ohne die Handlungsfähigkeit der WRS zu gefährden. Eine

solide Finanzpolitik bedeutet, öffentliche Mittel nur dort einzusetzen, wo sie einen klaren, nicht privat erzielbaren Mehrwert bieten.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Hartfrid Wolff



Osman Dönmez

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Neuausschreibung der S-Bahn Stuttgart: 1. Klasse abschaffen

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Um eine nutzerfreundliche S-Bahn-Gestaltung für die Mehrheit der Fahrgäste zu schaffen, soll im Zuge der Neuausschreibung des S-Bahnvertrags ab 2032 die 1. Klasse gestrichen und durch Ruhe- oder Familienbereiche ersetzt werden. Auch eine mögliche Umwandlung der Bereiche in barrierefreie WCs soll geprüft werden.

Begründung

Die Daten, die im Verkehrsausschuss am 17.05.2025 vorgelegt wurden, zeigen, dass die 1. Klasse in der S-Bahn mit einer Auslastung von durchschnittlich 3,2 % pro Werktag kaum nachgefragt wird. Selbst in den am stärksten belegten Streckenabschnitten lagen die Werte (bezogen auf ein Stundenintervall) bei nur 11-13 %. Die Verkaufszahlen von 1.-Klasse-Tickets entwickeln sich seit 2019 deutlich rückläufigⁱ. Wir sehen deshalb keinen Bedarf, die 1. Klasse beizubehalten. Auch in Hamburg, München und Berlin wird sie seit ihrer Abschaffung wohl nicht weiter vermisst.

Im Interesse der Mehrheit der Fahrgäste schlagen wir stattdessen die Einrichtung von Ruhe- oder Familienbereichen vor. Damit würden tatsächliche Bedarfe der Menschen abgedeckt werden, statt die bestehenden Abteile größtenteils leer stehen zu lassen. Zudem könnten mit solchen Bereichen Barrieren abgebaut werden, die Menschen von der Nutzung der S-Bahn abhalten (beispielsweise neurodivergente Menschen, die von Ruhebereichen profitieren, in denen sie weniger Reizüberflutung ausgesetzt sind). Zusätzlich könnte sich die gerade in der Hauptverkehrszeit oft auftretende Überfüllung der S-Bahnabteile etwas entzerren.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

ⁱ Siehe Sitzungsvorlage Nr. VA-048/2025, Verkehrsausschuss vom 07.05.2025 (https://region-stuttgart.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZbXqDPpehpbmG5U6j4nN1CJrCCvuU7QsFd-gP3qXEpp9/Vorlage_-mit_Beschluss-_VA-048-2025.pdf)

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Anbindung der Mittel- und Unterzentren an S-Bahn-Stationen

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Um die Mittel- und Unterzentren in der Region besser ans S-Bahn-Netz anzubinden, sollen folgende Maßnahmen getroffen werden:

1. Der Verband erstellt einen Bericht, in dem die aktuelle Anbindung der Mittel- und Unterzentren der Region ans S-Bahn-Netz erhoben und analysiert wird. Diese Daten werden auch in den digitalen Zwilling mit eingebunden.
2. Basierend auf den Ergebnissen entwickelt der Verband eine langfristige Strategie mit konkreten Handlungsvorschlägen, wie man die Anbindung ans S-Bahn Netz flächendeckend ermöglichen kann.
3. Die dafür notwendigen Mittel werden vom Verband beziffert und bereitgestellt.

Begründung

Für den Klimaschutz benötigen wir eine Mobilitätswende. Vor allem der ÖPNV im ländlichen Raum der Region muss zu diesem Zweck gestärkt und besser an das S-Bahn-Netz angebunden werden. Wir wollen, dass die Menschen unabhängiger vom Auto mobil sein können. Insbesondere Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen, die nicht (mehr) selbst Auto fahren können, soll damit mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ermöglicht werden.

Als Aufgabenträger der S-Bahn muss die Region ein besonderes Interesse daran haben, dass eine gute Anbindung ans S-Bahn-Netz möglichst flächendeckend gewährleistet wird. Gerade mit Blick auf das Stadt-Land-Gefälle sehen wir hier einen Handlungsauftrag für die Region.

Zur Erhebung der Qualität der ÖPNV-Anbindung ließe sich unter anderem vielleicht das Tool "Zukunftsnetzwerk ÖPNV" der Universität Konstanz heranziehen, das anhand einer interaktiven Karte aufzeigt, wie gut jedes Gebäude in Deutschland an den Nahverkehr angeschlossen ist.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



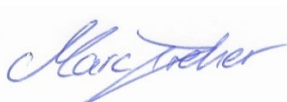
Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Ausbauoffensive „Regionale Mobilitätsdrehscheiben 2030“

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Der Verband Region Stuttgart entwickelt bis 2027 das Konzept „Regionale Mobilitätsdrehscheiben 2030“ und stellt hierfür im Haushalt 2026 150.000 € für Konzept und Standortanalysen bereit. Ab dem Haushaltsjahr 2027 werden weitere 300.000 € jährlich für Pilotmaßnahmen vorgemerkt.

Ziel ist der Aufbau und die Modernisierung multimodaler Umstiegspunkte zwischen S-Bahn, Expressbus, Rad- und Individualverkehr in der gesamten Region. Ein Schwerpunkt liegt auf der Aufwertung von P+M-Parkplätzen (Parken & Mitfahren) zu Mobilitätsstationen mit Bushaltestellen, Fahrradabstellanlagen, Carsharing-Angeboten, Ladeinfrastruktur und Echtzeit-Infosystemen. Die Standorte werden gemeinsam mit Landkreisen und Kommunen festgelegt und in die Fortschreibung des Regionalverkehrsplans integriert.

Begründung

Der Strukturbericht 2025 betont die Notwendigkeit, „die Transformation der Mobilität aktiv zu gestalten“ und fordert „eine bessere Vernetzung von Stadt- und Umlandverkehren sowie multimodale Angebote, die den Umstieg erleichtern“ (S. 41–46). Die Aufwertung von P+M-Standorten zu vollwertigen Mobilitätsdrehscheiben fördert den Umweltverbund, reduziert Pendlerverkehre und stärkt die Standortqualität der Region.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

**Erweiterung des Programms „Landschaftspark Region Stuttgart“ – Modul
Klimaanpassung und Wasserrückhalt**

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Das bestehende Förderprogramm „Landschaftspark Region Stuttgart“ wird um das Modul „Klimaanpassung und Wasserrückhalt“ erweitert. Hierfür werden ab dem Haushaltsjahr 2026 200.000 € jährlich zusätzlich bereitgestellt. Gefördert werden sollen regionale Projekte zur Entsiegelung, Begrünung, Wasserspeicherung, Wiedervernässung und Verschattung in Siedlungs- und Gewerbeflächen.

In Frage kommende ergänzende Förderprogramme sollen geprüft werden.

Begründung

Der Strukturbericht 2025 betont den zunehmenden Anpassungsdruck durch Klimawandel und Flächenverbrauch (S. 8 und 42 ff.) und empfiehlt, Freiraumstrukturen als Klimaanpassungsräume zu stärken. Das neue Modul fördert Projekte, die Hitze, Starkregen und Trockenheit abmildern und damit zur Resilienz und Lebensqualität in der Region beitragen.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Träger und Protektierer von Photovoltaik und Windkraft in der Region

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Der Verband Region Stuttgart erstellt einen Bericht über die Träger und Protektierer der Photovoltaik- und Windkraftanlagen in der Region und legt ihn dem Planungsausschuss vor. Unter anderem soll erhoben werden, in welchem Umfang öffentliche Träger, privatwirtschaftliche Träger und genossenschaftliche Träger (Bürgerenergie-Genossenschaften) involviert sind.

Darüber hinaus soll dargestellt werden, welche Faktoren eine direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an ihrer Energieversorgung in Form von Genossenschaften begünstigen, und welche Fördermöglichkeiten (Förderprogramme des BAFA, KFW-Kredite, etc.) es für solche genossenschaftlichen Projekte gibt.

Die für die Berichterstellung notwendigen Mittel werden von der Verwaltung beziffert und im Haushalt berücksichtigt.

Begründung:

Einer der positiven Aspekte von Photovoltaik und Windenergie ist die Möglichkeit, sich unabhängiger von großen Energiekonzernen zu machen und eine lokale, bürgernahe Energieversorgung zu günstigen Konditionen und ohne Marktspekulationen zu sichern.

Angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung beim Thema Windkraft ist der lokalen Akzeptanz geplanter Windkraft- und PV-Anlagen ein hoher Stellenwert beizumessen. Hier zeigt sich, dass Bürgerenergiegenossenschaften und eine lokale finanzielle Beteiligung positive Auswirkungen auf die Einschätzung der Projekte in der lokalen Bevölkerung haben¹. Lokale und bürgernahe Energieversorgung kann somit die Akzeptanz von Windenergie und erneuerbaren Energien stärken und dazu beitragen, vor Ort Ängste abzubauen. Privatwirtschaftliche Energiekonzerne hingegen stehen dieser Idee oft eher entgegen.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

¹ Siehe https://www.fachagentur-wind-solar.de/fileadmin/Wind/Akzeptanz/UfU_Paper_1-13_Akzeptanz_von_Windkraftanlagen_in_Baden_Wuerttemberg.pdf, [Akzeptanz und Beteiligung bei Windkraftanlagen - NRW.Energy4Climate](#).

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Rüstungsregion oder Zukunftsregion? Keine Förderung der Rüstung durch die WRS

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

- 1) Die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) wird beauftragt, keine Beratung, Unterstützung oder Förderung von Unternehmen im Zusammenhang mit der Expansion in die Rüstungs- und Verteidigungsindustrie durchzuführen. Ebenso soll die WRS keine Veranstaltungen organisieren oder unterstützen, die auf eine Entwicklung oder Ausweitung von militärischer Produktion oder Verteidigungsindustrie in der Region abzielen.
- 2) Der Bereich „Defence“ im neu entstehenden „Kofinanzierungsprogramm Zukunftstechnologien“ wird gestrichen.

Begründung

Die WRS verfolgt das Ziel, eine zukunftsfähige, langfristige, nachhaltige und international wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur in der Region zu stärken. Die gezielte Förderung der Rüstungs- und Verteidigungsindustrie steht im Widerspruch zu diesem Ziel und ist aus mehreren Gründen abzulehnen:

Rüstungsproduktion schafft volkswirtschaftlich nur einen geringen und vor allem kurzfristigen Mehrwert. Da der Rüstungssektor über keine klassische Konsum- und Nachfragekette verfügt, sondern von Staatsaufträgen und geopolitischen Entwicklungen abhängig ist, findet automatisch eine Sättigung statt, die nur noch über Nutzung des Materials in kriegerischer Auseinandersetzung oder Rüstungsexporte ins Ausland umgangen werden kann. Beides sind politische Ziele, welche wir als Fraktion strikt ablehnen.

Unternehmen, die nun aufgrund der Aussetzung der Schuldenbremse in die Rüstungsproduktion einsteigen, können höchstens kurzfristige Gewinne einfahren, die einer langfristigen Unternehmensstrategie – und damit den Zielen der WRS – widersprechen. Dadurch entstehen Kosten bei der Umstellung der Produktion, welche in Gefahr laufen, nicht wieder refinanziert werden zu können.

Die Förderung eines volkswirtschaftlich wenig produktiven Sektors wie der Rüstung bedeutet, dass Arbeitskräfte, Kapital und Innovation nicht in produktivere und gesellschaftlich sinnvollere Bereiche wie Energiewende, Mobilität und Infrastruktur fließen. Vielmehr entstehen dadurch fiskalische Verdrängungseffekte, die hohe gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Kosten verursachen.

Als öffentlich finanzierte Institution unterliegt die WRS einer besonderen Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl. Eine aktive Unterstützung der Rüstungs- und Verteidigungsindustrie steht im Widerspruch zu diesem Grundprinzip. Die Verwendung öffentlicher Mittel für militärisch geprägte Wirtschaftsbereiche ist ethisch und politisch nicht vertretbar und gefährdet das Vertrauen der Bevölkerung in der Region, welche die WRS mit Steuergeld finanziell unterstützt.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Aspekte der Nachhaltigkeit beim Kofinanzierungsprogramm Gewerbeflächen stärken

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Bei Projekten, die auf Flächen im Rahmen des Kofinanzierungsprogramms zur Sicherung und Aktivierung von Gewerbeflächen entstehen, muss künftig eine Darstellung vorgelegt werden, wie die Antragsteller dem Thema Nachhaltigkeit bei der beantragten Gewerbefläche Rechnung tragen werden, und welche ökologischen Auswirkungen (z.B. durch Flächenversiegelung, Zubau von Kaltluftschneisen und im Bezug auf Tierschutz und Artenvielfalt) zu erwarten sind. Nachhaltigkeitskriterien (beispielsweise ein Konzept zur Energieversorgung des Gebiets mit erneuerbaren Energien) können sich dann positiv auf die Bewerbung auswirken.

Außerdem sollen für die Kofinanzierung konsequent bereits versiegelte Flächen bei der Förderung bevorzugt und ausdrücklich beworben werden. Ebenfalls positiv auf die Bewertung auswirken soll sich eine sparsame Flächennutzung.

Als weiteres Kriterium soll die ÖPNV-Anbindung geplanter Gewerbegebiete im Rahmen des Kofinanzierungsprogramms prinzipiell mitbetrachtet und gefördert werden.

Die Verwaltung des Verbands wird beauftragt, einen entsprechenden Katalog an Nachhaltigkeitskriterien auszuarbeiten und mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Industrie und Gewerbe in der Region sind essenziell, aber bedauerlicherweise auch für sehr viel Flächenfraß sowie für direkte und indirekte CO₂-Emissionen verantwortlich. Wenn Gewerbeansiedlungen vom Verband Region Stuttgart mit öffentlichen Geldern gefördert werden, sollten dabei auch Aspekte der Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert einnehmen. Deshalb schlagen wir eine Nachhaltigkeitskomponente für das Kofinanzierungsprogramm Gewerbeflächen vor, die die obengenannten Punkte umfassen soll.

In Zeiten des fortschreitenden menschengemachten Klimawandels halten wir es für wichtig, die Relevanz von Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei der Förderung von Gewerbeflächen besonders hervorzuheben und als eigenes Kriterium aufzunehmen.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2025

Regionale Energieinfrastrukturstrategie 2040 – Schwerpunkte Wasserstoff und Energiespeicher

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Der Verband Region Stuttgart erarbeitet bis 2027 eine Regionale Energieinfrastrukturstrategie 2040, die die Themen Wasserstoff, Stromnetze, Wärmenetze und Energiespeicher integriert.

Dazu gehören: Planung und Standortentwicklung für Wasserstoffkorridore und Elektrolyseanlagen, Förderung von regionalen Batterie- und Quarterspeichern, sowie Konzepte zur Abwärmenutzung und Wärmespeicherung in Industriegebieten.

Für die Konzeptphase werden einmalig 150.000 € im Haushalt 2026 bereitgestellt.

Begründung:

Der Strukturbericht 2025 hebt hervor, dass eine zukunftsfähige Energieinfrastruktur Netzstabilität, Speicher und erneuerbare Energien gemeinsam betrachten muss (S. 38 ff.). Neben Wasserstoff sind insbesondere Batterie- und Wärmespeicher entscheidend, um Lastspitzen auszugleichen und die regionale Versorgungssicherheit zu stärken.

Der Verband kann hier seine planerische und koordinierende Rolle im Zusammenspiel mit Kommunen, Stadtwerken und Energieversorgern wahrnehmen.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Regionales Programm „Klimaneutrale Industrieareale 2035“

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Der Verband Region Stuttgart legt ab dem Haushaltsjahr 2026 das Förderprogramm „Klimaneutrale Industrieareale 2035“ auf. Hierfür werden ab dem Haushaltsjahr 2026 150.000 € jährlich bereitgestellt. Gefördert werden Machbarkeitsstudien und Modellprojekte zur Dekarbonisierung bestehender Industrie- und Gewerbeflächen, insbesondere in den Bereichen Abwärmenutzung, Photovoltaik, Speicherlösungen und Wärmenetze.

Die Umsetzung erfolgt in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) und den regionalen Energieagenturen.

Begründung

Der Strukturbericht 2025 Region Stuttgart zeigt, dass sich die industrielle Basis der Region in einer Phase tiefgreifender Transformation befindet und aktive Unterstützung bei der Dekarbonisierung benötigt („Transformation erfolgreich gestalten“, S. 31 ff.).

Ein gezieltes Programm ermöglicht es dem Verband, als strategischer Koordinator der industriellen Transformation zu wirken.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Sozialticket für die Region Stuttgart

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Die Verbandsverwaltung ergreift die notwendigen Schritte, um im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) eine umfassende und ergebnisoffene Prüfung der Einführung eines VVS-weiten Sozialtickets zu veranlassen.

Geprüft werden sollen insbesondere:

- Die Kosten, die sich aus der Einführung eines um 50 % vergünstigten Bezugs des Deutschland-Tickets für Bezugsberechtigte (also Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen nach SGB, WoGG sowie AsylbLG) ergeben;
- Zur Vermeidung ausufernder Kosten das Prinzip einer stichtagsorientierten Abmangelfinanzierung, bei dem den Verkehrsunternehmen diejenigen Verluste ersetzt werden, die durch einen Wechsel aus dem „normalen“ Deutschlandticket zum reduzierten Deutschlandticket entstehen;
- Best-Practice-Erfahrungen mit bestehenden Bonuscard-, Sozialticket- und rabattierten Deutschlandticket-Modellen innerhalb und außerhalb der Region Stuttgart;
- Potenzielle Fördermöglichkeiten im Rahmen des baden-württembergischen Landesmobilitätsgesetzes zur Finanzierung eines Sozialtickets;
- Potenziale zur Generation eventueller Mehreinnahmen durch die Gewinnung von Neukunden.

Die Ergebnisse werden dem Verkehrsausschuss vorgestellt und dienen als Basis für weitere Konzepterstellungen.

Die für die Untersuchung gegebenenfalls notwendigen anteiligen Mittel werden von der Verwaltung beziffert und im Haushalt 2026 eingestellt.

Begründung:

Neben den rapiden Preiserhöhungen beim Deutschlandticket (2023: 49 €, 2025: 58 €, 2026: 63 €) stiegen parallel auch die Ticketpreise im VVS stark an (ab 01.09.2023 um 7,5 %, ab 01.08.2024 um 7,9 %, ab 01.09.2025 um 5,2 %). Von den Steigerungen überproportional betroffen sind Menschen mit geringen Einkommen, für die bereits ein Deutschlandticket für 49 € unerschwinglich war.

Für Menschen, die für ihren Lebensunterhalt auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, übersteigt der Preis des Deutschlandtickets nun wieder deutlich den Anteil des für Mobilität verfügbaren Betrags in den Regelsatzberechnungen. Ebenfalls betroffen sind Menschen, die

aufgrund ihres niedrigen Einkommens Leistungen nach dem WoGG erhalten. Gerade Haushalte mit sehr niedrigen Einkommen müssen daher einen höheren Anteil ihres Budgets für Mobilität aufwenden. Das ist ungerecht.

Das VVS-Tarifsystem berücksichtigt soziale Kriterien bereits bei der Preisgestaltung für Senioren, Studierende, Auszubildende und Schüler. Diese Vergünstigungen werden einkommensunabhängig gewährt. Finanziell benachteiligte Menschen sind in besonderer Weise auf Rabatte angewiesen, wie sie ein preisreduziertes soziales Deutschlandticket gewähren würde – mehr noch als beispielsweise wohlhabende Senioren, oder Studierende und Schüler mit einkommensstarkem familiärem Hintergrund.

Auch böte sich mit einem reduzierten sozialen Deutschlandticket dem VVS die Chance, diese Gruppe in nennenswerter Zahl dauerhaft als Abo-Neukunden zu gewinnen. Wie viele Untersuchungen zeigen, bleiben die meisten der so gewonnenen Neukunden dem ÖPNV auch dann treu, wenn sie nicht mehr auf Unterstützung angewiesen sind. Das von unserer Fraktion zur Prüfung vorgeschlagene abmangelorientierte Finanzierungsmodell könnte außerdem für eine wirksame Kostenbegrenzung sorgen und sollte daher ergebnisoffen geprüft werden.

Die Einführung des Deutschlandtickets war ein überfälliger und mutiger Schritt hin zur Mobilitäts- und Klimawende. Sichergestellt werden muss jedoch, dass nicht ausgerechnet die einkommensschwächsten Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Region ausgeschlossen werden.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Bericht zur Umwandlung von Büroflächen in Wohnraum

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Als Maßnahme gegen den Wohnungsmangel und aufgrund des zunehmenden Leerstands von Büroflächen erstellt der Verband Region Stuttgart einen Bericht zu potenziellen Strategien, Hilfestellungen und Best-Practice-Beispielen zur Umwandlung von Büroflächen in Wohnraum und gemischte Wohnquartiere, in denen Gewerbe und Wohnen zusammen gedacht werden.

Bei der Erstellung des Berichts sollen auch die Hochschulen der Region, die bisherigen konzeptuellen Aktivitäten im Rahmen der IBA 2027, sowie die praktische Umsetzung der Ergebnisse aus dem vom VRS initiierten Wohnbauforum einbezogen werden.

Die notwendigen Mittel werden vom Verband beziffert und im Haushalt berücksichtigt.

Die Ergebnisse sollen im entsprechenden Ausschuss vorgestellt und der Öffentlichkeit und insbesondere den relevanten Zielgruppen der Bauwirtschaft zugänglich gemacht werden.

Begründung:

Die Region Stuttgart mit ihrer guten Arbeitsmarktlage, differenzierten Hochschullandschaft und einem vielseitigen Kultur- und Freizeitangebot zieht viele Menschen in ihre Städte. Als besondere Herausforderung erweist sich der daraus resultierende Mangel vor allem an bezahlbaren Wohnungen in geeigneter Lage. Gleichzeitig sinkt durch Digitalisierung, veränderte Arbeitswelten und zunehmendes Homeoffice infolge der Corona-Epidemie die Nachfrage nach klassischen Büroflächen in bestimmten Lagen, während der Bedarf an innerstädtischem Wohnraum immer weiter steigt.

Unsere Fraktion setzt angesichts der Wohnproblematik prinzipiell auf Innenentwicklung statt auf Flächenverbrauch. Neben höheren Bruttowohndichten durch eine qualitätsvolle Bauleitplanung, um Infrastrukturkosten zu senken und die endliche Ressource Boden und das Klima zu schützen, könnte daher die Nutzungsumwandlung von Büro- in Wohnflächen einen zusätzlichen Beitrag zur nachhaltigen Innenentwicklung leisten, ohne weitere wertvolle Flächen zu versiegeln.

Daher beantragen wir die Erstellung eines Berichts, der potenzielle Strategien, Hilfestellungen und Best-Practice-Beispiele für die Umnutzung von Büroflächen zu Wohnraum oder gemischten Wohnquartieren aufzeigen soll. Er soll insbesondere:

- Regionale Potenziale identifizieren;
- Rechtliche, bauliche und wirtschaftliche Hemmnisse identifizieren und Vorschläge zu ihrer Überwindung aufzeigen;
- Übertragbare Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten und Regionen darstellen;
- Konkrete Handlungsempfehlungen für Kommunen, Planungsbehörden und Investoren liefern.

In der Region Stuttgart könnten so ohne weiteren Flächenverbrauch zusätzliche urbane Wohnflächen entstehen, was sich auch positiv auf die Innenentwicklung auswirken würde. Darüber hinaus würden Leerstand und struktureller Verfall von Büroimmobilien vermieden und die nachhaltige und resilienzorienteerte Stadtentwicklung gestärkt. Umnutzung und Umbau bestehender Gebäude statt Abriss und Neubau würden außerdem unnötigen Verbrauch von Ressourcen und CO₂-Emissionen vermeiden. Auch die ÖPNV-Anbindung wäre durch Wohnraumschaffung in den Innenstädten bereits in vielen Fällen gewährleistet.

Insbesondere mit dem nahenden Ausstellungsjahr der IBA 2027 könnte der Bericht auch einen wichtigen Beitrag leisten, um Erkenntnisse aus IBA-Projekten zu dokumentieren und auf weitere Bauvorhaben zu übertragen.

Der beantragte Bericht könnte eine Handhabe für regionale Akteure bei der Entwicklung tragfähiger und rechtssicherer Konzepte zur Nutzungsänderung darstellen. Der VRS könnte sich durch die Unterstützung entsprechender Maßnahmen und durch das Anstoßen von Modellprojekten als Impulsgeber für eine zukunftsfähige Stadt- und Regionalentwicklung positionieren und so einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftsförderung leisten.

Von besonderer Bedeutung wäre die anschließende Dissemination der Ergebnisse und Potenziale einer entsprechenden Umwandlung von Büro- in Wohnflächen an Öffentlichkeit und Bauwirtschaft.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark

Stuttgart, 19. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Verbesserter Zugang bei der Landschaftspark-Nutzung

Die Fraktion Linke.Piraten.SÖS beantragt:

Die Möglichkeiten zur Teilhabe für Menschen mit Behinderung an den Angeboten des regionalen Landschaftsparks sollen verbessert werden. Dazu sollen unter anderem folgende Maßnahmen getroffen werden:

1. In den Kriterienkatalog für die Kofinanzierung der Landschaftspark-Projekte werden als neues Kriterium Maßnahmen mit aufgenommen, die die Teilhabe bei der Nutzung der geförderten Projekte verbessern und Barrieren abbauen. Diese Maßnahmen können unter anderem umfassen:
 - Verbesserung der Zugänglichkeit, beispielsweise durch Rampen oder durch gut mit Rollstuhl oder Kinderwagen befahrbare Zuwege;
 - Spiel- und Bildungsangebote, die die Beteiligung für Menschen mit Behinderung erleichtern;
 - Projekte im Bereich Naherholung/Freizeitgestaltung, die sich direkt an Menschen mit Behinderungen richten;
 - Weitere unterstützende Maßnahmen, die sich gegebenenfalls noch in der Auseinandersetzung mit der Fragestellung ergeben.
2. Auf der Website des Landschaftsparks Region Stuttgart werden die Angaben zur Barrierefreiheit der verschiedenen Projekte und Routen ergänzt. Zudem soll eine Übersicht über barrierearme Nutzungsmöglichkeiten erstellt werden.
3. Die für die beantragten Maßnahmen notwendigen Mittel werden von der Verwaltung beziffert und im Haushalt berücksichtigt.

Begründung

Die vielfältigen Kofinanzierungsprojekte des Landschaftsparks in der Region Stuttgart bieten den Menschen in der Region Möglichkeiten zur Naherholung und tragen damit zur Steigerung der Lebensqualität und zur Förderung der Gesundheit bei.

Wo immer möglich sollte auch ein barrierefreier Zugang für Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden. So können alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von ihrer Mobilität – gleichberechtigt am Erholungsangebot teilhaben. Entsprechende Maßnahmen zur Steigerung der Barrierefreiheit würden darüber hinaus auch älteren Menschen und Familien mit Kinderwägen zugutekommen.

Eine barrierefreie Aufwertung geeigneter Wege, Ruheplätze oder Aussichtspunkte wäre außerdem ein besonderes Qualitätsmerkmal für Naherholung und Tourismus in der Region. Die Ergänzung des Kriterienkatalogs für Landschaftspark-Projekte um den Punkt Barrierefreiheit mit verbesserten Chancen bei der Kofinanzierung würde aus Sicht unserer Fraktion die Qualität von Landschaftspark-Projekten insgesamt erhöhen. Barrierefreie Konzepte stärken die individuelle Lebensqualität, fördern soziale Gerechtigkeit und unterstreichen die Bedeutung von Inklusion in der Region.

Für die Fraktion Linke.Piraten.SÖS



Johanna Rech
Fraktionsvorsitzende



Philip Köngeter
stellv. Fraktionsvorsitzender



Paul Russmann



Marc Dreher



Sebastian Stark